



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

63. Sitzung

7. Wahlperiode

Freitag, 12. April 2019, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt	Beschluss
Antrag der Fraktion der AfD Förderung des kommunalen Straßenbaus weiterhin sicherstellen – Drucksache 7/3392 – 3	Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV Umgang mit den „Fridays for Future“- Demonstrationen – Drucksache 7/3407 – 23
Stephan J. Reuken, AfD 3	Änderungsantrag der Fraktion der AfD – Drucksache 7/3463 – 23
Minister Christian Pegel 4, 8	Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV 23, 26, 30, 44, 46
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 5	Ministerin Birgit Hesse 24, 25, 26
Dietmar Eifler, CDU 7	Christoph Grimm, AfD 25, 27
Martina Tegtmeier, SPD 8	Marc Reinhardt, CDU 28
Jens-Holger Schneider, AfD 9	Simone Oldenburg, DIE LINKE 28, 30, 31
Beschluss 10	Elisabeth Aßmann, SPD 30, 31, 32, 35
Antrag der Fraktion DIE LINKE Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz sodort stoppen – Drucksache 7/3398 – 10	Thomas de Jesus Fernandes, AfD 31
Henning Foerster, DIE LINKE 10, 21	Dr. Gunter Jess, AfD 32, 40
Minister Harry Glawe 11	Horst Förster, AfD 32, 36, 44, 46
Dirk Lerche, AfD 12	Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 36
Jochen Schulte, SPD 14, 19	Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV 38
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV 16	Philipp da Cunha, SPD 42, 44
Wolfgang Waldmüller, CDU 16	Dr. Ralph Weber, AfD 43
Dr. Ralph Weber, AfD 18	Torsten Renz, CDU 46
	Karen Larisch, DIE LINKE 46
	Beschluss 47
	Persönliche Bemerkung gemäß § 88 GO LT durch den Abgeordneten Horst Förster, AfD 47

Antrag der Fraktion DIE LINKE

**Situation der Beschäftigten bei den
Paketdiensten in Mecklenburg-
Vorpommern verbessern**

– Drucksache 7/3401 – 48

Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler/BMV

– Drucksache 7/3461 – 48

Henning Foerster, DIE LINKE 48, 52

Minister Harry Glawe 50

Bert Obereiner, AfD 50

Christian Brade, SPD 51

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV 51

Sebastian Ehlers, CDU 52

B e s c h l u s s 54

Antrag der Fraktion der AfD

**Bahntrassen Parchim–Malchow
und Plau am See–Güstrow bewahren**

– Drucksache 7/3442 – 54

Antrag der Fraktion DIE LINKE

**Regulären Bahnbetrieb auf der Strecke
Parchim–Malchow wieder aufnehmen**

– Drucksache 7/3445 – 54

Jörg Kröger, AfD 54, 62

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 55, 64

Minister Christian Pegel 57

Dietmar Eifler, CDU 60

Jochen Schulte, SPD 61

B e s c h l u s s 65, 67

Persönliche Bemerkung gemäß § 88 GO LT

durch den Abgeordneten

Thomas de Jesus Fernandes, AfD 65

Nächste Sitzung

Mittwoch, 22. Mai 2019 66

Beginn: 9.01 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 63. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Förderung des kommunalen Straßenbaus weiterhin sicherstellen, Drucksache 7/3392.

**Antrag der Fraktion der AfD
Förderung des kommunalen
Straßenbaus weiterhin sicherstellen
– Drucksache 7/3392 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Reuken.

Stephan J. Reuken, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der kommunale Straßenbau ist pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe der Kommunen, auf den ein überwiegender Teil der Gemeindefinanzen entfällt. Eher geringer werdende Finanzmittel werden strikt nach wirtschaftlichen Belangen eingesetzt. Die Straßenbaulastträger müssen die Notwendigkeit von Baumaßnahmen und den entsprechenden Finanzbedarf genau prüfen und die Mittel, die zur Verfügung stehen, so einsetzen, dass sie die beste Wirkung erzielen.

Das schließt aber nicht aus, die Infrastruktur nachhaltig zu sichern. Dafür ist ein dauerhaft gesichertes Investitionsvolumen zwingend notwendig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Schließlich erwarten nicht nur unsere Bürger als Einheimische oder touristische Verkehrsteilnehmer gut erhaltene Verkehrswege und neu ausgebaute Straßenabschnitte, damit sie in unserem Flächenland schnell und sicher von A nach B gelangen können.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Es gilt ebenso zu verhindern, dass aufgrund maroder Straßen Geschwindigkeitsbeschränkungen oder Gewichtsgrenzen eingeführt werden müssen, die dann zu erheblichen Standortnachteilen führen. Unternehmen, die ihre Waren und Güter über unsere Straßen zu ihren Kunden transportieren müssen, sind sicher dankbar für eine intakte Verkehrsanbindung.

Leider sieht die Realität in unserem Lande etwas anders aus. Die kommunalen Straßenzustände bereiten zunehmend Kopfzerbrechen. Seit Jahren ist ein Defizit zwischen dem erforderlichen und tatsächlichen Mitteleinsatz zu verzeichnen, der schon jetzt kaum noch aufzuholen ist. Nur um ein paar Zahlen mal zu nennen: Der Landesrechnungshof beziffert im Kommunalfinanzbericht 2018 für den Zeitraum 2014 bis 2017 ein Finanzierungsdefizit von circa 93 Millionen Euro bei der Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur. Natürlich können wir nicht erwarten, dass alle Straßen umfassend und fortlaufend immer auf

dem neuesten Stand sind. Trotzdem müssen wir die negative Entwicklung endlich stoppen. Der Verlust der Substanz der kommunalen Straßen schreitet unaufhörlich voran, wir fahren hier auf Verschleiß.

Zusammengefasst: Die Kommunen sind also nicht nur gefordert, Neu- und Ausbauprojekte in Angriff zu nehmen, sondern zunächst ihr Straßennetz instand zu halten, aber vor allem auch den Erhaltungsrückstand abzubauen. Dazu steht auch in der Begründung unseres Antrages geschrieben: „Zur Bewältigung dieser Aufgaben sind die Kommunen auf die finanzielle Förderung durch das Land angewiesen. Hierzu bedarf es der Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel durch die Landesregierung und eines Instruments, diese Mittel effizient an die Kommunen auszureichen.“ Die Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen im Bereich des kommunalen Straßenbaus in Mecklenburg-Vorpommern ist ein bewährtes Instrument, das in den letzten fünf Jahren von den Kommunen genutzt wurde, um zusätzliche finanzielle Mittel für den kommunalen Straßenbau zu erhalten. Etwa 14 Millionen Euro wurden darüber jährlich ausgereicht. Die benannte Richtlinie läuft nun aufgrund ihrer Befristung Ende 2019 aus.

Laut der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der BMV-Fraktion wird über die Verlängerung der Kommunalen Straßenbaurichtlinie eventuell und in Abhängigkeit von der Verabschiedung des Landeshaushaltes 2020/2021 entschieden. Ich zitiere aus der Kleinen Anfrage: „Der Haushaltsgesetzgeber wird über eine Förderung kommunaler Straßenbaumaßnahmen im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2020/2021 entscheiden. In Abhängigkeit hierzu steht eine eventuelle Verlängerung der Kommunalen Straßenbaurichtlinie.“ Zitatende.

Wir sind der Meinung, Kommunen brauchen Planungssicherheit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Bewährte Instrumente müssen fortgeführt werden. Die Richtlinie wird seit dem 1. Januar 2015 aktiv von den Kommunen genutzt. Eine Verlängerung der Richtlinie um weitere fünf Jahre ist deshalb aus unserer Sicht sinnvoll und notwendig. Die Entscheidung sollte auch nicht erst im Rahmen der Haushaltsverhandlungen erfolgen, und schon gar nicht in Abhängigkeit zu den Haushaltsverhandlungen.

Schon jetzt ist klar, dass die bisherigen Mittel nicht ausreichen, um die Zustände der kommunalen Straßen in naher Zukunft auf eine solide Basis zu stellen. Selbst die Einführung der allgemeinen Infrastrukturpauschale in Höhe von 100 Millionen Euro wird nicht ausreichen. Es ist löblich und allemal auch die richtige Entscheidung, 60 Millionen Euro zusätzliche Landesmittel und 40 Millionen Euro aus der wachsenden FAG-Finanzmasse den Kommunen als Infrastrukturpauschale zur Verfügung zu stellen. Auch die Anhebung in 2020 bis einschließlich 2022 um jeweils weitere 50 Millionen Euro nehmen die Kommunen sicher dankend entgegen. Wir dürfen jedoch nicht ausblenden, dass nur ein Teil dieser Pauschale für den Straßenbau zur Verfügung stehen wird. Es sind außerdem notwendige Investitionen sowie Instandhaltungsmaßnahmen in den Bereichen Schule, Kindertagesstätten, ÖPNV, Sportanlagen, Brandschutz, kommunaler Wohnungsbau und auch Digitalisierung daraus zu finanzieren.

Betrachtet man die Entwicklung des jährlichen Erhaltungsaufwands der Kreisstraßen, wird schnell klar, dass die im Jahr 2018 vom Statistischen Bundesamt bezifferten 61,7 Millionen Euro in den kommenden Jahren nicht ausreichen werden. Im Vergleich zu 2017 ist hier eine Steigerung von sieben Prozent zu verzeichnen. Wie bereits erwähnt, stehen dazu noch mindestens 93 Millionen Euro Defizit im Raum.

Deshalb fordern wir, im Rahmen der Haushaltsplanung 2020/2021 die Mittel für den kommunalen Straßenbau zunächst für die besagte Förderrichtlinie, aber auch darüber hinaus an den tatsächlichen Bedarf anzupassen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Mit der aktuell zugesagten Infrastrukturpauschale hat das Land bereits die richtigen Zeichen zur finanziellen Unterstützung der Kommunen gesetzt. Verfolgen Sie diesen Schritt weiter, und vor allem, machen Sie den nächsten Schritt! Stimmen Sie unserem Antrag zu und helfen Sie unseren Kommunen, die Probleme ernsthaft in Angriff nehmen zu können! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst für die Landesregierung der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie lassen die Uhr für jemanden weiterlaufen, der ich nicht bin, hoffe ich zumindest. Es sei denn, die Telefonzeit mit Herrn Brodkorb ist schon auf die Redezeit gegangen.

Ich bitte um Nachsicht, ich bin einen kurzen Moment später, weil ich vor der Tür noch eine Südbahndiskussion geführt habe. Ich hielt es für angezeigt, dass ich nicht einfach vorbeimarschiere, sondern mir tatsächlich auch für das Gespräch an der Stelle die Zeit nehme. Christian Brade zumindest war ebenfalls dabei. Sie werden zum Teil ja auch diskutiert haben. Er war offenbar auch nicht schnell genug hier oben, genau wie ich.

Sie fragen uns, wie geht es weiter mit der Kommunalen Straßenbaurichtlinie.

(Unruhe im Präsidium)

Ich hatte gehofft, ich hätte Sie begrüßt.

(Die Präsidentin spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, wenn ich Sie nicht begrüßt habe, dann jetzt gern in aller Form.

(Die Präsidentin spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin mir ziemlich sicher, dass ich einmal durchgegangen bin.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Ich habe es auch gehört.)

Ich schau es im Protokoll gern nach.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und AfD)

Sie haben mich hier gebeten, etwas zur Kommunalen Straßenbaurichtlinie zu sagen, die mittelbar in den Hinweisen zum FAG bereits angeklungen ist. Leider darf ich Ihnen keine PowerPoint-Präsentation zeigen, sonst hätte ich jetzt eine Folie des Kollegen Brodkorb rausgeholt, der die verschiedenen Herkünfte der finanziellen Mittel, die im Rahmen des FAG, des FAG-Kompromisses mit den Kommunen, eingesetzt werden, abbildet und auf der anderen Seite abbildet, in welche Bereiche die hineingehen.

Deshalb ist die Frage, die Sie mir stellen, relativ schlicht zu beantworten. Wenn Sie mit Kommunen reden, habe ich sie in den letzten zwölf Monaten auch in verschiedenen Briefen bereits beantwortet. Da war es aber jeweils noch offen. Zwischenzeitlich ist die Entscheidung getroffen. Die beiden kommunalen Spitzenverbände haben seit Längerem – im Übrigen nicht alleine, ich kenne das auch von meinem Greifswalder Oberbürgermeister – das immer wieder kritisch beleuchtet und sagen, mit diesen Fördermitteln zwingt ihr uns in relativ viel bürokratische Aufwände, erstens. Zweitens, ihr nehmt uns ein Stück weit Selbstentscheidungsmöglichkeiten, weil wir sozusagen innerhalb der Korridore von Förderprogrammen agieren müssen mit dem Geld, was ihr uns dann bereit seid zu geben. Und drittens, innerhalb des FAG wäre es besser aufgehoben.

Mit dieser Forderung sind die beiden kommunalen Landesverbände auch in die FAG-Verhandlungen für verschiedene Töpfe – zu denen ich nichts sagen kann, weil sie nicht mit unserem Haus in Berührung stehen – gegangen, aber eben auch für die Mittel aus der Kommunalen Straßenbaurichtlinie, im Übrigen auch mit den ÖPNV-Mitteln.

Das sind Mittel, um mal vielleicht in die Geschichte zu gucken, die ursprünglich aus den sogenannten Entflechtungsmitteln stammen. Als man da also mit der Föderalismusreform Aufgaben anders, neu, klarer zugeordnet hat – Sie dürfen sich die Formulierung gern aussuchen, die Sie über die eigentliche Föderalismusreform schreiben wollen –, gab es auch damals ein sogenanntes GVFG (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) in verschiedenen Stufen. Darin waren auch immer Gelder enthalten, die über die Länder, über entsprechende Förderprogramme der Länder, Bundesgeld auskehrten für die Unterstützung kommunalen Straßenbaus auf, ich sage mal, überregional bedeutsamen Strecken. Das müssen nicht nur Landesstraßen sein, die können es nicht sein, weil sie nicht kommunal sind, Kreisstraßen vor allen Dingen, aber es gibt auch zum Teil Gemeindestraßen, Stadtstraßen, die klar überregionale Bedeutung haben. Die nehmen auch großflächige, großräumig verkehrende Verkehre auf.

Als diese Föderalismusreform dafür Sorge trug, dass diese Trennung erfolgte, gab es dann eine Übergangszeit nach einem entsprechenden Entflechtungsgesetz, das den

Ländern weiterhin Gelder zuwies, aber eben aus den alten Regelungen ausstieg und sagte, in der Perspektive müsst ihr es dann gemeinsam anders finanzieren. Diese Gelder haben wir in etwa als Größenordnung – selbst, nachdem 2013 die strenge Zweckbindung aufgehoben worden war – weiterhin an die Kommunen ausgegeben über die drei Straßenbauämter in die jeweiligen Kreise und Gemeinden, die solche Anträge gestellt haben.

Noch mal, der Wunsch war dann aber zu sagen, gebt es uns direkter, nehmt bürokratische Hemmnisse raus, baut Verwaltungsaufwand ab. Und genau das ist das, was am Ende im Rahmen des FAG jetzt auch verhandelt worden ist, dass dieses Geld in entsprechende Investitionspauschalen geht, die dann aber eine gewisse Zweckbindung haben. Das war immer mein dringender Wunsch an den Finanzministerkollegen, das nicht allgemein in die große Schlüsselmasse zu geben, wo nicht klar ist, wo es hin soll. Dann, glaube ich, gibt es einfach vielfältigere Wünsche in Kreistagen und Gemeinden und Stadtparlamenten, was völlig in Ordnung ist. Mein Interesse war aber schon, wenigstens dieses Geld weiterhin gewiss zu wissen in entsprechenden Investitionen in Infrastruktur. Deshalb ist das eine entsprechend gebundene Pauschale – oder wie auch immer sie dann heißen mag im Gesetz –, aber die Gelder, die bisher in dem Bereich über uns ausgereicht wurden, gehen jetzt direkt übers FAG, aber mit der entsprechenden Zweckbindung, an die Kommunen.

Wir machen uns zurzeit folgende Bemühungen. Wir versuchen, aus den letzten Jahren im Durchschnitt mal zu errechnen, was ist bisher von dem Geld, was da bisher immer reingegangen ist, in etwa in die Kreise gegangen und was ist davon in etwa in die Städte und Gemeinden gegangen. Dabei müssen Sie wissen, dass die Kreise natürlich mehr überregional bedeutsame Straßen haben, als das die kleineren Gemeinden und selbst die größeren Städte haben. Diese Quote versuchen wir jetzt ein Stück weit abzubilden darin, wie man diese Gelder dann im FAG auch tatsächlich auf die bisherigen regelmäßigen Nutznießer verteilt, aber da gehen sie rein.

Ich will trotzdem sagen, davon gibt es zwei kleine Ausnahmen. Wir haben errechnet, was in den letzten Jahren für folgende Situationen von uns regelmäßig als Fördermittel ausgegeben wurde. Wenn Sie als Land an der Landesstraße oder als Land für den Bund an einer Bundesstraße eine großflächige Ortsdurchführung, also in der Ortschaft liegende Straßenteile, sanieren, haben Sie nicht selten die Situation, dass Sie einen Rad-/Gehweg klugerweise mitmachen. Dafür ist aber nach den entsprechenden Gesetzen weiterhin die Kommune zuständig. Dann haben die zuweilen nicht das Geld parat, und dann haben wir oft über diese Fördermittel dabei geholfen, damit dann die Maßnahme auch gemeinsam erfolgen konnte.

Wir haben damit den Irrsinn vermieden, eine nagelneue Straße zu bauen, im Zweifel zwei Meter auszukoffern, aber den Radweg abzustützen, wo die Bürgerinnen und Bürger hinterher fragen, seid ihr eigentlich wahnsinnig, für so viel Geld die Straße zu machen, aber der Radweg sieht aus wie Kraut und Rüben, oder schlimmstenfalls über zwei Jahre später gemacht und du hast erneut eine Baustelle und schädigst gegenseitig. Deswegen haben wir immer einen kleineren Teil tatsächlich dann auch Gemeinden weitergegeben, die in so eine Situation gerieten, aber erkennbar nicht leisten konnten. Und das haben wir mal – auch wiederum im Durchschnitt der letzten

Jahre – ausgerechnet, das behalten wir in einem Landeshaushaltsposten, um genau da helfen zu können, damit die Maßnahmen nicht verzögert werden, die wir auf Bundes- oder Landesstraßen machen, wo wir aber die Kommunen mitnehmen wollen.

Es gibt eine ähnliche zweite kleine weitere Ausnahme bei Eisenbahnkreuzungssituationen. Wenn die Eisenbahn, vor allen Dingen die Deutsche Bahn, sich überlegt, eine gleichgelagerte Kreuzung aufzuheben, da gibt es ein Bundesgesetz, wenn ich die aufhebe, muss die Kommune sich mal salopp mit einem Drittel beteiligen. So in etwa ist die Zahl. Wenn diese Dinge gebaut werden, sind es meistens schöne Brücken oder wundervolle Tunnel, aber die Zahlen sind immer mindestens zweistellig. Und die werden auch mehrstellig in so einem Prozess, bis die Bahn zu Ende ist und wirklich baut. Die werden meist auch noch größer. Die Zahlen, die da aufgerufen werden, sind im Regelfall auch so, dass die Städte und Gemeinden schwer erschrecken und es nicht leisten können, realistisch es nicht leisten können.

Auch da haben wir regelmäßig mit diesen Mitteln in Teilen geholfen, und auch da haben wir uns den Durchschnitt der letzten Jahre ausgerechnet, haben die separiert, würden sie in einem Landeshaushaltstitel lassen. Das trifft dann immer nur ganz wenige pro Jahr, aber die so dolle, dass du dann richtig helfen können musst. Also die Gelder insgesamt sind sozusagen separiert worden um diesen kleinen Betrag Eisenbahnkreuzungsgesetz, den kleinen Betrag Gemeinschaftsmaßnahmen. Der große Teil geht aber ins FAG, und von daher steht er in unseren Landeshaushaltsmitteln nicht mehr bereit.

Die Diskussion war eben auch immer, lasst es uns bitte direkter machen als Kommunen. Dem wollen wir folgen. Das heißt aber umgekehrt, dass eben dieser großzügige Titel „Kommunaler Straßenbau“ mit entsprechenden Fördermitteln nicht mehr existiert oder nicht mehr bestehen wird, das Geld aber – in Anführungszeichen – „umgelagert“ ist und weiter zur Verfügung steht, möglicherweise nicht ganz passgenau wie bisher, aber in der kommunalen Familie dann entsprechend nach Verabredungen, die noch zu treffen sind, verteilt wird.

Ich hoffe, ich konnte damit Aufklärung geben, wie sich das künftig verhalten wird. Dieses Jahr wird noch mal zu Ende gebracht, ab 2020 wird sich dann entsprechend verändert – verhaltene Annahme, dass wir bis dahin das neue FAG beschlossen haben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche eine erfolgreiche Diskussion.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Sebastian Ehlers, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

(Die Abgeordnete Dr. Mignon Schwenke
wendet sich an das Präsidium.)

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Okay.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Investitionsstau bei kommunalen Straßen

ist enorm und der Substanzverlust schreitet von Jahr zu Jahr voran. In die kommunale Infrastruktur insgesamt, so auch in kommunale Straßen, wird viel zu wenig investiert. Statt kontinuierlicher Unterhaltung und Erhaltung wird hier und dort geflickt. Seit Jahren ächzen die Gemeinden und Landkreise unter der Last der Aufgaben und der dafür nicht ausreichenden Finanzmittel.

Da wird – das sei hier zunächst infrage gestellt – bei der aktuellen FAG-Novelle die beschlossene Investitionspauschale vermutlich auch nicht der Stein der Weisen sein.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Im Juni vergangenen Jahres tauschten wir uns intensiv zum Zustand der Kreisstraßen aus. Allein im mecklenburgischen Landesteil ist fast die Hälfte der Kreisstraßen in schlechtem oder sehr schlechtem Zustand. In Vorpommern dürfte es eher noch schlimmer aussehen. Teilweise ist der Zustand so desolat, dass Erhaltungsmaßnahmen nicht mehr ausreichen, sondern nur noch eine grundlegende Erneuerung mit hohen Kosten Abhilfe schaffen kann.

Allein die Landkreise schieben über 1 Milliarde Euro Investitionsstau bei den Kreisstraßen vor sich her. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten wurden die Mittel aufgestockt, dennoch reichen sie nicht einmal, um wenigstens den aktuellen Erhaltungszustand beizubehalten. Mindestens genauso betroffen sind auch die gemeindlichen Straßen, wie beispielsweise auch Gemeindeverbindungsstraßen sowie verkehrswichtige innerörtliche Straßen beziehungsweise solche mit Zubringerfunktion.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist der heutige Antrag der AfD auf den ersten Blick durchaus berechtigt. Beim zweiten Blick halten wir eine bloße Verlängerung der Richtlinie mit entsprechender Finanzausstattung für nicht ausreichend. Ich will das auch gerne begründen: Im Koalitionsvertrag heißt es, dass die Koalitionspartner prüfen werden, wie nach dem „Auslaufen der Entflechtungsmittel die kommunale Straßenbauförderung bis zum Ende der EFRE-Förderperiode fortgeführt“ wird. Die Förderinstrumente des Landes für den Straßen- und Wegebau sollen „auf das Ziel des Substanzerhalts ausgerichtet und aufeinander abgestimmt“ werden. In einem weiteren Prüfauftrag soll geklärt werden, „wie nach dem Auslaufen der Entflechtungsmittel die Förderung des ÖPNV fortgeführt wird“.

Wir wissen nicht, ob das jetzt alles schon zu Ende geprüft ist. Wenn die Mittel nun pauschal über das FAG ausgereicht werden, kann dann trotzdem gesichert werden, dass das Geld da ankommt, wo es hinsoll?

Begrüßenswert ist, dass auch bei kommunalen Straßenbaumaßnahmen der Erhalt vorhandener Infrastruktur deutlich in den Fokus rücken soll. Sanierung und Erhalt kommunaler Straßen sind mit einer bloßen Verlängerung und der Möglichkeit, die Deckschicht zu erneuern, nicht machbar. In Nordrhein-Westfalen ist beispielsweise auch die Förderung der grundhaften Erneuerung maßgeblicher Bestandteile des Straßenkörpers zulässig.

Bei den förderfähigen Straßenbaumaßnahmen ist außerdem die Vernetzung mit dem öffentlichen Personennahverkehr mit in den Blick zu nehmen. Diese politische Steuerung spräche für eine Zweckbindung. Auch ist uns noch nicht klar, wie und ob sich Kommunen etwa bei

Erhalt und Sanierung von Gemeindeverbindungsstraßen einig werden können oder sollen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, fest steht, beim Land kommt auch nach 2019 weiterhin Geld vom Bund an. Zwar läuft das Entflechtungsgesetz zum Jahresende aus, aber dafür einigte man sich bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen darauf, die bisher den Ländern nach dem Entflechtungsgesetz zustehenden Mittel ab 2020 ohne investive Bindung über feste Anteile an der Umsatzsteuer an die Länder zu verteilen.

Ein Rückblick zum Umgang mit den Kompensationszahlungen ist an dieser Stelle aus meiner Sicht angebracht: Mecklenburg-Vorpommern profitierte von den Mitteln aus dem Entflechtungsgesetz seit 2007 mit rund 80 Millionen Euro pro Jahr, in den letzten Jahren zusätzlich weiterer Mittel für den sozialen Wohnungsbau. Bis Ende 2013 waren die Mittel zweckgebunden für den Hochschulbau, die soziale Wohnraumförderung sowie Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinde zu verwenden. Für den Verkehrsbereich standen jährlich 35 Millionen Euro Bundesmittel bereit, die je zur Hälfte dem ÖPNV und kommunalen Straßenbaumaßnahmen zugutekamen.

Seit 2014 sind die Entflechtungsmittel nicht mehr zweckgebunden, sondern nur noch investiv einzusetzen. Und genau wie von uns seinerzeit befürchtet, verleiht sich das Finanzministerium diese Mittel ein und sie kommen nicht mehr eins zu eins bei den Gemeinden an. Die meisten Bundesländer sorgten mit einer Selbstverpflichtung und Landesgesetzen dafür, dass die Bundesmittel weiterhin zweckgebunden für den Hochschulbau, die soziale Wohnraumförderung oder auch den ÖPNV und kommunale Straßenbaumaßnahmen ankamen. Aber unsere Große Koalition verweigerte sich damals unserem Anliegen und tut es seitdem regelmäßig auch im Rahmen von Haushaltsberatungen. Allein für 2018 und 2019 gibt das Land über 14 Millionen Euro für den ÖPNV und knapp 8 Millionen für Straßenbaumaßnahmen aus Entflechtungsmitteln nicht an die Kommunen weiter. Die Befürchtung, dass das Land auch zukünftig wieder klebrige Hände hat, ist begründet.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:
Oh, oh, oh, oh, oh!)

Gesunde Skepsis ist auch angesichts des Feilschens des Finanzministers um die kommunale Investitionspauschale angebracht.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Hinzu kommt, dass die Entflechtungsmittel seit 2007 – die soziale Wohnraumförderung ist dabei ausgeklammert – in gleicher Höhe gezahlt werden. Wie sich insbesondere die Baupreise in 13 Jahren entwickelt haben, wissen wir. Deshalb sind mehr Mittel nötig, die bestenfalls auch zu dynamisieren sind. Auch das spräche für mehr Landesunterstützung.

Meine Damen und Herren, Niedersachsen geht den Weg der Zweckbindung. Dort ist 2014 ein Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz beschlossen worden. Darin war fest verankert, dass die Entflechtungsmittel für den ÖPNV und kommunale Straßenbauvorhaben vollständig weiterhin zweckgebunden zu verwenden sind. Inzwischen wurden die Mittel aufgestockt und es steht mehr

Geld als nach dem Entflechtungsgesetz bereit. Zudem wurden die gesetzlich verankerten 150 Millionen Euro pro Jahr als Mindestsumme deklariert. Es können neben Jahres- auch Mehrjahresprogramme für Vorhaben erstellt werden. Das kommt einer kontinuierlichen Auftragsvergabe, wie vom Bauverband immer wieder gefordert, zugute und kann die Arbeit besser übers Jahr verteilen. Und es wurde festgeschrieben, dass der Anteil für den Schienenverkehr und den straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr ab dem Haushalt 2018 sowie für die Folgejahre 50 Prozent beträgt. Das war eine politische Entscheidung, um die nötige Verkehrswende voranzubringen.

Bitte, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, verstehen Sie mich nicht falsch! Wir wollen, dass die Kommunen in größerem Umfang selbst entscheiden können, wofür sie Geld ausgeben. Sie wissen das ohnehin am besten. Wenn aber die Decke in alle Richtungen zu kurz ist, fällt so manches unter den Tisch, was eigentlich dringend erledigt werden müsste. Wenn wir das nicht wollen, ist eine bedarfsgerechte Finanzausstattung der Kommunen Grundvoraussetzung. Nach jetzigen Informationen bezweifeln wir das.

Deshalb bleibt es notwendig zu sichern, dass das Geld aus dem Entflechtungsgesetz auch da ankommt, wofür es gedacht ist. Den vorliegenden Antrag lehnen wir ab, weil eine bloße Verlängerung der Richtlinie aus unserer Sicht nicht zielführend ist und einen konstruktiven Meinungsbildungsprozess behindert. Das Thema wird uns ganz bestimmt auch noch im Verkehrsausschuss beschäftigen. Darauf bin ich gespannt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: An dieser Stelle möchte ich auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Waldorfschule Schwerin begrüßen. Herzlich willkommen!

Und ich rufe auf für die Fraktion der CDU den Abgeordneten Herrn Eifler.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst gilt es eigentlich festzustellen, dass auf der Grundlage der bestehenden Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen für Maßnahmen des kommunalen Straßenbaus, mit dieser Unterstützung in den zurückliegenden Jahren viele Kreis- und Kommunalstraßen errichtet, unterhalten und gefördert worden sind.

Grundsätzlich, von der Analyse und der Darstellung der Istsituation, sowohl von Herrn Reuken und auch von Ihnen, Frau Dr. Schwenke, das sind die Tatsachen, das ist einfach so, und wenn wir reden über den Erhalt, wissen wir natürlich, dass das sehr viel Geld kostet und dass man dann auch Schwerpunkte setzen muss. In Mecklenburg-Vorpommern ist baulastübergreifend von einer 40- bis 60-prozentigen Unterdeckung der Finanzmittel für den Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur auszugehen. Um die Funktionsfähigkeit der Kreis- und Gemeindestraßen langfristig zu sichern, muss der fortschreitende Substanzverlust aufgehalten werden. Die Landkreise und Gemeinden sind allein nicht in der Lage, ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen, um die in ihrer Trägerschaft befindlichen Straßen zu erhalten.

Experten vertreten die Auffassung, dass zum Erhalt der bestehenden Infrastruktur die Maßnahmen zur Bestandserhaltung in den kommenden Jahren verdoppelt werden müssen. Deshalb sehen wir es als notwendig an, ein entsprechendes Konzept zur Entlastung der Landkreise und Gemeinden zum Erhalt der in ihrer Baulastträgerschaft befindlichen Straßen zu erarbeiten. Gleichzeitig müssen sie finanziell bei der Bestandserhaltung der Straßen unterstützt werden.

Hierzu bedarf es nach Auffassung meiner Fraktion einer Analyse über den aktuellen Erhaltungszustand der in der Trägerschaft der Landkreise und Gemeinden befindlichen Straßen und der künftigen finanziellen Aufwendungen für eine ordnungsgemäße Bestandserhaltung. Erst wenn diese vorliegt, können wir die Landkreise bei der Bestandserhaltung der Straßen unterstützen, ausreichend unterstützen.

Natürlich bedarf es hierfür grundsätzlich der Weiterführung der Kommunalen Straßenbaurichtlinie über den 31. Dezember hinaus. Doch wenn die kommunalen Spitzenverbände, und da gibt es eine neue Ausgangssituation im Zusammenhang mit dem FAG, der Minister hat das angesprochen, wenn die kommunalen Spitzenverbände im Rahmen der aktuellen Verhandlungen zum FAG ein Auslaufen der Richtlinie fordern, um dann Finanzmittel selbst verausgaben zu können – sicherlich ein Element der Stärkung der Selbstverwaltung in den Gemeinden, was man auch ganz klar so sehen kann –, stellt sich natürlich die Frage, inwieweit dann auch eine Zweckbindung der Mittel erforderlich ist,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

um mit dem Ausstatten oder dem Ausreichen der Mittel dann auch das Ziel und den Zweck zu erreichen, dass tatsächlich die Infrastruktur, die Straßen und Wege, erneuert und erhalten bleiben. Dann muss meines Erachtens hier angesetzt werden, um ein Umdenken zu bewirken.

Und ich spreche das auch noch mal als Bürgermeister an: In den Gemeinden, in den kleineren Gemeinden, gibt es sehr viele Bedürfnisse und Begehrlichkeiten, und das setzt natürlich voraus, dass sich die jeweiligen Vertretungen entsprechend ernsthaft dann auch mit der Situation auseinandersetzen. Von daher meine Empfehlung, wenn es denn dazu kommt, diese Mittel mit einer Zweckbindung dann auch auszustatten, damit sie so eingesetzt werden, wie es denn vorgesehen ist. Also an der Stelle appelliere ich auch noch mal an die Akteure insgesamt, in der Diskussion um das FAG mit den kommunalen Spitzenverbänden dies entsprechend festzuhalten, sodass die Mittel, wie ich das schon sagte, entsprechend zur Verfügung stehen.

Die Entflechtungsmittel, Frau Schwenke, haben Sie angesprochen. Da reden wir von einer Gesamthöhe von 80 Millionen. Sie tragen immer wieder vor, dass die ohne Zweckbindung im Finanzministerium festgehalten werden. Das kann ich so hier nicht bestätigen und da will ich mich auch nicht weiter in dem Zusammenhang darauf einlassen. Fest steht, dass das Verkehrsministerium gesagt hat, dass sie also dem Wunsch der kommunalen Spitzenverbände Rechnung tragen werden und das in dieses FAG miteinfließen lassen.

Ich kann an der Stelle nur alle Beteiligten noch mal auffordern, den Kontakt zu den Akteuren im Zusammenhang mit dem FAG aufzunehmen, in die Diskussion zu bringen und die Vor- und Nachteile in dieser Frage abzuwägen. Aus diesem Grund, weil das Verfahren noch offen ist, relativ offen ist, lehnen wir zu dem jetzigen Zeitpunkt den Antrag ab, sind aber grundsätzlich dafür, dass die Kommunen und die Kreise entsprechend weiterhin finanziell unterstützt werden, auf welche Art und Weise, werden wir am Ende der Diskussion und der Beratung zum FAG dann sehen. Aus diesem Grund, wie gesagt, lehnen wir den Antrag ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeyer.

Martina Tegtmeyer, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Also ich habe so den Eindruck, vorgestern in der Aktuellen Stunde haben viele nicht so wirklich aufgepasst. Wir hatten hier die Aussprache zu der zukünftigen Finanzausstattung der Gemeinden.

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Kernstück des Kompromisses, den das Land mit den kommunalen Spitzenverbänden getroffen hat, ist eine Investitionspauschale, die dazu dient, die kommunale Ebene von den sogenannten „goldenen Zügeln“ zu befreien.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Seit Jahr und Tag fordert die kommunale Ebene das Land auf, endlich Schluss zu machen, in die Entscheidungskompetenzen der Gemeinden einzugreifen, indem nur noch Geld über Förderprogramme zur Verfügung gestellt wird, sei es für Straßen, sei es für Schule, sei es für Kita, sei es für andere Dinge, sondern endlich wieder die Kompetenz im eigenen Wirkungskreis zurückzuerhalten, Geld zur Verfügung zu haben und selbst zu entscheiden, wofür das eingesetzt wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wenn die Priorität bei der Schule und nicht bei der Straße liegt, dann muss das Geld dafür genommen werden können. Das soll ganz in der Entscheidungskompetenz der Gemeinden eben liegen.

Die Situation sieht sehr unterschiedlich aus in unseren Gemeinden, das ist so. In meiner kleinen Minigemeinde kann ich nicht über schlechte Straßen klagen, allerdings haben wir auch keine Schule mehr, in die wir hätten investieren müssen. Aber Fakt ist doch, dass wir in der Vergangenheit oft gehört haben von einem Bürgermeister, wenn man gefragt hat, wieso investierst du nicht in deine Schule, Kinder sind deine Zukunft, dann sagt der, ja, ihr fördert ja mehr Straßen, dann gebe ich doch dafür das Geld aus, das kann ich ja nicht liegen lassen, wenn das über ein Förderprogramm kommt. Also Kern ist, die eigene Entscheidungskompetenz auf kommunaler Ebene zu stärken.

Und, Herr Reuken, wenn Sie sich diese Richtlinie, die Sie verlängert haben möchten, mal genau anschauen, was ist denn Voraussetzung überhaupt, darüber Geld zu

erhalten – unter anderem müssen sie nachweisen, dass sie Ihren Haushalt ausgeglichen haben. Also dass sie nachhaltig wirtschaften, ist ein Bestandteil. Das müssen sie nachweisen über Rubicon. Die erhobenen Daten müssen mit eingereicht werden. Und das ist auch so ein Fakt, dass Gemeinden Fördermittel nur erhalten können, also nur investieren können, wenn sie einen ausgeglichenen Haushalt haben. Auch das haben wir mit der Vereinbarung zum FAG anders geregelt, nämlich die Gemeinden sollen auch in die Lage versetzt werden, investieren zu können, wenn sie eben keinen Haushaltsausgleich zurzeit herstellen können. Auch das ist ganz wichtig, dass Gemeinden, die schwach aufgestellt sind, trotz alledem die Möglichkeit haben, in ihre Infrastruktur zu investieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Auch deshalb ist es wichtiger, diese Investitionspauschale zur Verfügung zu stellen, als eine Richtlinie zu verlängern, von der wieder nur ein Teil von Gemeinden profitieren kann, die sowieso einen ausgeglichenen Haushalt haben oder durch ihre Haushaltsdaten nachweisen können, dass ihr Defizit nur vorübergehend ist.

Und so ist es richtig, Herr Reuken, Sie sprachen die Beträge schon an, die über die Richtlinie in den kommunalen Straßenbau zur Förderung geflossen sind, nämlich rund 14 Millionen Euro im Jahr kamen dabei heraus. Nun stellt das Land zusätzlich 60 Millionen Euro für allgemeine Investitionen zur Verfügung plus für drei Jahre noch mal on top 40 Millionen. Da können Sie sehr schnell nachrechnen, dass das ein Mehrfaches von den Mitteln ist, die zurzeit für den Straßenbau zur Verfügung stehen. Natürlich müssen daraus auch andere Dinge finanziert werden.

Und, Herr Eiffler, ich habe mich eben so ein bisschen gewundert. Mit dem FAG, da heben wir Zweckbindung auf, wir wollen Vorwegabzüge abschaffen und keine neuen Bindungen damit eingehen. Das ist ein Grundsatz auch dieses Finanzausgleichsgesetzes. Also wir haben uns in der Vereinbarung dazu entschlossen, die goldenen Zügel, soweit es geht, eben nicht nur zu lockern, sondern abzuschaffen, damit die Gemeinden wieder Gestaltungsspielraum gewinnen. Das ist ein guter Entschluss gewesen, zu dem wir auch nach wie vor stehen. Deswegen ist die Verlängerung dieser Richtlinie nicht angesagt und wird von uns auch nicht unterstützt. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Weil ich eben noch mal gefragt worden bin aus den Reihen der AfD, wie verlässlich ist das, will ich das gern noch einmal versuchen zu betonen. Und weil auch bei Frau Dr. Schwenke – möglicherweise hatte ich Sie jetzt mit Ihrer vorbereiteten Rede überholt, dann wäre das böse, das täte mir leid,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ach, Sie brauchen sich nicht
zu entschuldigen dafür.)

ich hatte angenommen, wir hätten es vorher schon klarer kommuniziert –, es sind zwei Blöcke, die 100 Millionen, in den ersten drei Jahren sind es 150 Millionen, ist eine Vereinbarung, das ist, ich sage mal, die allgemeine Investitionspauschale für Straße, Schule, Kita und so weiter. Wenn Sie jetzt die Grafiken des Kollegen Brodkorb hätten, dann würde darunter extra ausgewiesen, 27 Millionen gehen für ÖPNV/Kommunale Straßenbaurichtlinie – ehemals – rüber. Das kommt sozusagen auf die 100 oder 150 drauf, verteilt sich aber, noch mal, auf ÖPNV und kommunalen Straßenbau, wie es bisher in etwa gewesen ist bei unseren beiden getrennten Förderrichtlinien, die wir im Haus hatten. Dazu haben die Beteiligten – um, ich sage mal, die Werte auch anzugeben –, bisher haben wir 13,5 Millionen Euro pro Jahr in den kommunalen Straßenbau über die Richtlinie gegeben und 10,3 Millionen über eine andere Richtlinie in den ÖPNV, aufsummiert 23,8. Vereinbart ist, das sind rechnerische Effekte, 27 Millionen gehen künftig für diese beiden Zwecke direkt ins FAG.

Es gibt für das FAG nach den Verhandlungen – jetzt muss Mathias Brodkorb im Zweifel knurren, wenn ich es falsch sage – ein Eckpunktepapier, was am Ende der Verhandlungen gemeinsam unterzeichnet worden ist von der Landesregierungsseite und von den kommunalen Vertretern. Mit Erlaubnis der Präsidentin will ich daraus zitieren, weil ich hoffe, dass dann klar ist, dass das tatsächlich auch verlässlich und verbindlich zwischen den Beteiligten vereinbart ist.

Ziffer 7: „Die kommunale Selbstverwaltung und Entscheidungsfreiheit wird erhöht“, so die Überschrift. „Die kommunale Freiheit über Investitionsentscheidungen soll neben Einführung der allgemeinen Infrastrukturpauschale“ – neben der Einführung der allgemeinen Infrastrukturpauschale, von diesen 150 beziehungsweise 100 Millionen Euro zusätzlich – „durch Übertragung von Fördermitteln bei Einstellung/Reduzierung entsprechender Landesprogramme erhöht werden.“ Dann kommen ein paar Zeilen, die ich hier nicht zitieren mag, weil sie fremde Programme betreffen, dann kommen aber die, die wir jetzt diskutieren. „Hierdurch fließen der kommunalen Ebene 27,3 Mio. Euro für Straßenbau und ÖPNV zusätzlich“ – zusätzlich! – „zu. Das Verkehrsministerium reduziert im selben Umfang seine entsprechenden Förderprogramme.“ Es war also allen Beteiligten auch bei den Verhandlungen klar, dass man etwas umswicht und aus der bisherigen Fördersystematik hineinnimmt ins FAG.

Ich hoffe, ich konnte damit noch mal dazu beitragen, klar zu sagen, da gibt es Unterschriften drunter, alle Beteiligten wussten, dass das Veränderungen herbeiführt, aber das Land ist auch fest in die Pflicht genommen. Das ist also nichts, was wir hinterher noch mal drehen können, sondern wo wir uns schon klar committed haben. Ich hoffe, ich konnte damit auch ein Stück weit die Sicherheit abbilden, von der wir glauben, dass wir sie damit allen Beteiligten und uns selbst schon gegeben haben. – Herzlichen Dank für die nochmalige Möglichkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Schneider.

Jens-Holger Schneider, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Werte Gäste! Liebe Landsleute! Tja, nach den Ausführungen

des Ministers, für die ich dankbar bin, und nach den Vorstellungen unserer Kollegen und auch nach den Ausführungen ...

(Thomas Krüger, SPD:
Können Sie ja eigentlich den
Antrag auch zurückziehen.)

Ja, Herr Kollege Krüger, lassen Sie mich das mal eben noch zu Ende bringen.

(Thomas Krüger, SPD:
Das kommt gleich, okay.)

Wir haben das diskutiert

(Dr. Ralph Weber, AfD: Kommt nicht.)

und wir haben natürlich manchmal so ein bisschen den Eindruck, dass wir, ich sage mal,

(Zuruf von Christiane Berg, CDU)

wenn wir denn den Glauben aufrechterhalten könnten, würde uns das leichter fallen, bestimmte Dinge, und ich sage jetzt auch mal, auch anders mitzutragen. Wir haben gehört, dass die Mittel nicht ausreichen. Wir haben jetzt gehört, dass erheblich neu und draufgesattelt wird. Wir haben gehört – und das ist der Teil zwei unseres Antrages, für Zuwendungen für kommunale Straßenbauvorhaben ausreichend finanzielle Mittel im Doppelhaushalt 2020/2021 bereitzustellen –, dass wir über eine bedarfsgerechte Ausstattung der Kommunen reden müssen. Wir müssen auch darüber nachdenken, und anders als Frau Tegtmeier darf es da natürlich keine Konkurrenzsituation geben bei den verschiedenen Infrastrukturmaßnahmen, die dort berücksichtigt werden müssen. Wir brauchen ...

(Martina Tegtmeier, SPD:
Lesen Sie doch mal die Richtlinie!)

Habe ich doch gerade gemacht und im Vorfeld haben wir uns damit auseinandergesetzt.

Natürlich ist es eine Verbesserung, so, wie es angesprochen und angedacht ist im Eckpunktepapier, zu sagen, dass auch die Kommunen, die ihre Haushalte nicht so in Ordnung haben, investieren können. Wir haben lang und breit diskutiert in der Fraktion, sind aber im Ergebnis dazu gekommen, dass wir das tatsächlich aufrechterhalten wollen. Das FAG liegt nicht vor, die Straßenbaurichtlinie liegt vor. Wenn die Sachen sich, ich sage mal, insofern darstellen, dass das auch – der Minister sagte, es ist unterschrieben, und der Minister sagte, es gibt dieses Eckpunktepapier ...

(Thomas Krüger, SPD: Die Vereinbarung
unterschrieben liegt doch vor.)

Ja,

(Christian Brade, SPD: Ja.)

dann sehen wir die Ausführungen im FAG dazu.

(Thomas Krüger, SPD: Sie bezweifeln,
dass das, was wir mit den Kommunen
unterschrieben haben, beide Seiten,
dass das im FAG stehen wird.)

Wir warten das Ergebnis ab. Wir warten einfach das FAG ab, so, wie es ausformuliert ist.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Bitte?

(Thomas Krüger, SPD: Gibt es doch.)

Ja, wir haben es aber noch nicht. Insofern bleiben wir dabei, dass wir sagen, ich sage mal, diese Richtlinie, wenn diese Mittel umgeschichtet werden, wenn diese 27,3 Millionen, wovon der Minister sprach, dann die, ich sage mal, diese Straßenbaurichtlinie gegen null ginge, dann wäre sie obsolet. Aber im Moment ist das alles noch nicht so, insofern bleiben wir erst mal dabei. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/3392. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/3392 bei Zustimmung der Fraktion der AfD, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz sofort stoppen, Drucksache 7/3398.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz
sofort stoppen
– Drucksache 7/3398 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es mag Jahrzehnte her sein, dass man an Straßenmasten Plakate mit der Aufschrift „8 Stunden sind genug“ sah, und, ja, die Einführung des Achtstundentages war damals revolutionär. Heute dagegen gilt die einst hart erkämpfte Regelung als nicht mehr zeitgemäß, zumindest, wenn man den Verlautbarungen aus dem Arbeitgeberlager Glauben schenken mag. Gern wird dann die Digitalisierung vorgeschoben, um einer notwendigen weiteren Flexibilisierung von Arbeitszeit das Wort zu reden.

Man könnte sich dem Thema natürlich auch anders nähern und sagen, ja, vielleicht ist der Achtstundentag tatsächlich nicht mehr zeitgemäß, schließlich haben zu Zeiten dessen Einführung vergleichsweise wenige Frauen in den Unternehmen und in den Verwaltungen gearbeitet. Seinerzeit gab es nicht annähernd die Möglichkeiten der Kinderbetreuung wie heute. Hätte es sie gegeben, wäre sie für viele Familien aus der Arbeiterschaft vermutlich gar nicht bezahlbar gewesen. Heute sind die Verhältnisse natürlich völlig andere, nicht zuletzt auch aufgrund des technischen Fortschritts.

Meine Fraktion ist daher auch nicht prinzipiell gegen eine Diskussion über den Achtstundentag, nur darf sich diese

nicht immer nur in eine Richtung bewegen. Bislang sind es stets die Beschäftigten, die noch flexibler arbeiten sollen. Oft werde ich von Besuchergruppen hier im Landtag gefragt, was eigentlich mit all denjenigen passiert, deren Arbeitskraft künftig nicht mehr benötigt wird. Meine Antwort darauf ist stets, dass die Effizienz- und Produktivitätsgewinne aus dem Einsatz neuer Technologien auch und vor allem den Menschen zugutekommen müssen. Schon deshalb wird man über die Verteilung von Arbeit und die Entwicklung von Arbeitszeit reden müssen. Möglicherweise wird Vollzeit in nicht allzu ferner Zukunft auch anders definiert werden müssen als heute. Diskussionen über einen Sieben- oder gar Sechsstundentag sind so abwegig nicht.

Aber selbst, wenn man den Blick gar nicht so weit in die Zukunft richten will, dann muss man doch feststellen, dass Arbeitszeitfragen inzwischen eine zentrale Rolle bei Tarifverhandlungen in unterschiedlichsten Branchen spielen. IG Metall und EVG haben in den letzten Tarifrunden bereits interessante Modelle für ihre Mitglieder entwickelt, weitere, wie die NGG, werden folgen. Das ist auch nur konsequent, denn Vereinbarkeitsfragen spielen bei der neuen, der jungen Generation, die jetzt auf den Arbeitsmarkt drängt, eine viel größere Rolle. Es geht dabei nicht nur um Beruf und Familie, sondern auch um das Verhältnis von Arbeit und Freizeit. Arbeitszeit spielt also bei der Entscheidung pro oder kontra Jobantritt eine ganz zentrale Rolle.

Ist also die Forderung dieses Antrages, die Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz zu stoppen, zeitgemäß oder nicht? Ich meine ja, denn die im Arbeitszeitgesetz enthaltenen Regelungen sollen vor allem eines: Sie sollen die Beschäftigten schützen. Es ist vielfach belegt, dass nach der achten Arbeitsstunde das Risiko von Unfällen signifikant ansteigt. Der „Arbeitszeitreport Deutschland“ aus dem Jahr 2016 weist zudem nach, dass längere Arbeitszeiten das Risiko zu erkranken, stark erhöhen, und das übrige schon ab zwei Überstunden pro Woche. Er zeigt auch die Diskrepanz zwischen der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 43,5 Stunden und der Wunscharbeitszeit der Beschäftigten bei Vollzeit von 36 Stunden auf.

Dennoch kommt an der Spitze der Arbeitgeber, die permanent einer Flexibilisierung das Wort reden, ausgerechnet und immer wieder der Hotel- und Gaststättenverband daher, obwohl es inzwischen genügend Erkenntnisse darüber gibt, warum gerade dieser Bereich es so schwer hat, seinen Fachkräftebedarf zu decken. Der Branchenmonitor Hotellerie und Gastronomie kam schon 2016 zu dem Schluss, dass junge Leute mit der Branche vor allen Dingen Folgendes verbinden: lange und überlange Arbeitszeiten, regelmäßige Wochenend- und Feiertagsarbeit, hohe Fluktuation und Personalmangel. Auch die Folgen für die Beschäftigten sind ihnen gut bekannt. Sie wissen, dass heute schon ständiges Arbeiten am Limit Alltag ist und zu den schwierigen Arbeitsbedingungen oft auch noch eine schlechte Entlohnung kommt.

Laut Bundesarbeitsministerium arbeiten immer noch etwa zwei Drittel der Kolleginnen und Kollegen im Hotel- und Gaststättengewerbe im Niedriglohnbereich. Das sollte eigentlich Grund genug zum Nachdenken sein, und das haben die Arbeitgeber auch getan. Aber was ist das Ergebnis? Statt sich um bessere Arbeits- und Entgeltbedingungen zu kümmern, wird eine Kampagne zur weite-

ren Flexibilisierung von Arbeitszeit aufgelegt. Statt 8 bis 10 Stunden täglich zu arbeiten, dürfen es dann also gern auch mal 11, 12 oder 13 sein.

Entschuldigung, meine Damen und Herren, aber wer von Ihnen glaubt eigentlich ernsthaft, dass sich mit der Ausdehnung der Arbeitszeit und der Verkürzung der Ruhezeiten zwischen zwei Schichten tatsächlich mehr junge Leute oder auch Quereinsteiger motivieren lassen, einen Job im Hotel- und Gaststättengewerbe anzutreten? Vermutlich nur die von Ihnen, die in ihrer Ankleide auch eine Kneifzange für ihre Hose liegen haben. Richtig absurd erscheint da, dass die Landesregierung dem DEHOGA gleichzeitig einen Millionenbetrag in die Hand drückt, um das aus den eben genannten Gründen doch arg rampionierte Image der Branche wieder aufzupolieren. Die modernsten Foodtrucks können aber so viel Werbung vor Schulen machen, wie sie wollen, dabei echt cool sein und das beste Essen servieren – wenn damit nur von den realen Bedingungen abgelenkt werden soll, kann man sich dieses Geld auch sparen.

Meine Damen und Herren, offensichtlich gibt es aber im Bund und auch hierzulande genügend Politiker, die solchen Kampagnen immer wieder auf den Leim gehen. Wie anders ist es sonst erklärbar, dass die schwarze Landesregierung aus Nordrhein-Westfalen im Bundesrat jüngst wieder mit der Forderung nach der Novellierung des Arbeitszeitgesetzes um die Ecke gekommen ist. Es ist richtig, dass die hiesige Landesregierung sich zu diesem Antrag im Bundesrat enthalten hat. Meine Fraktion möchte die Ministerpräsidentin dahingehend bestärken, dass solche Vorstöße im Bundesrat auch künftig konsequent abgelehnt werden.

Doch wer nun glaubt, dass unser Antrag überflüssig wäre, weil die Landesregierung – wie immer – schon alles macht, der ist auf dem Holzweg. Sie agiert allerdings dabei nicht so plump wie CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen. Sie fordert derzeit öffentlich keine Änderungen am Arbeitszeitgesetz. Dennoch hat auch das hiesige CDU-geführte Wirtschaftsministerium still und heimlich an einer weiteren Flexibilisierung von Arbeitszeiten gearbeitet, so heimlich übrigens, dass diese Aktivitäten selbst an der sonst sehr rührigen Gewerkschaft NGG vorbeigegangen sind.

Wovon rede ich hier? Nun, im Arbeitszeitgesetz gibt es auch heute schon diverse Ausnahmeregelungen. Eine von diesen bezieht sich auf sogenannte Saisonbetriebe. Das sind eigentlich Unternehmen, die lediglich während einer bestimmten Zeit, also zum Beispiel von Juni bis September, geöffnet haben. Mit Blick auf die damit verbundenen besonderen Herausforderungen, zum Beispiel zur Erntezeit in der Landwirtschaft, können diese einen Antrag auf Ausnahmegenehmigung stellen und ihre Beschäftigten dürfen dann bis zu zwölf Stunden arbeiten, sofern die Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden werktäglich hinaus durch eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit zu anderen Zeiten ausgeglichen wird. So weit, so gut.

Diesem Prinzip folgend wurden in Mecklenburg-Vorpommern von 2011 bis 2018 ganze 126 Genehmigungen erteilt. Das war nun offensichtlich weder der Hotel- und Gastronomiebranche noch dem Wirtschaftsministerium genug. So änderte man mal eben die Definition dafür, was einen Saisonbetrieb ausmacht. Zukünftig können nun auch Unternehmen, die ganzjährig geöffnet sind,

solche Ausnahmegenehmigungen beantragen. Einzige Bedingung: Sie erreichen in bestimmten Monaten einen deutlich höheren Umsatz als im restlichen Jahr. Ich sage, ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Auf Nachfrage erklärte die Landesregierung dann auch sogleich, dass die neue Regelung nicht zum Ziel habe, mehr Ausnahmegenehmigungen zu erteilen, sondern einzig der Vereinfachung des Verfahrens und der Sicherung von Transparenz diene. Da sage ich, wer es glaubt, wird selig. Wir glauben das nicht, deshalb kann ich Ihnen jetzt schon versichern, dass wir diese Entwicklung sehr genau beobachten und die Entwicklung der Anträge auf Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Saisonbetriebe in Zukunft auch regelmäßig abfragen werden – auch die Gewerkschaft NGG wird dies tun –, übrigens auch, weil ein Lieblingsthema der Ministerpräsidentin bekanntlich die Steigerung der Tarifbindung ist. Die ist, nebenbei bemerkt, so wichtig, dass sie im neuen Zukunftsbündnis gar nicht mehr besprochen werden soll.

Im Zusammenhang mit der neuen Möglichkeit von Ausnahmegenehmigungen für Saisonbetriebe geraten jetzt aber potenziell diejenigen unter Druck, die in Tarifverträgen andere Regelungen zur Arbeitszeit getroffen haben. Das ist durchaus problematisch. Wieso Anreize dafür geschaffen werden sollen, gerade in dieser schwierigen Branche, mehr Unternehmen für tarifliche Vereinbarungen zu gewinnen, erschließt sich mir nicht, aber vielleicht erklärt uns das gleich der Wirtschaftsminister.

Offensichtlich haben wir auch mit unserer Anfrage reichlich Staub aufgewirbelt. Mehr als sechs Wochen ließ die Antwort auf sich warten. Erst als wir die Aufsetzung auf die Tagesordnung der Landtagssitzung beantragten, da flatterte sie, oh Wunder, plötzlich ins Haus. Vermutlich war man sich auch zu diesem Thema wieder einmal uneins zwischen den Koalitionären – nähere Ausführungen dann nachher in der Debatte. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat für die Landesregierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Kollege, Ihre Ausführungen waren wieder mal bemerkenswert. Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz hat das Wirtschaftsministerium nicht vor, sondern wir wollen mit unserem Modell erreichen, dass wir Transparenz herstellen, dass wir Planungssicherheit aufgreifen und dass wir in besonderer Weise auch Begriffsbestimmungen definiert haben, die wir natürlich mit den Beteiligten abgesprochen haben. Es geht darum, Saisonbetriebe zu definieren, und zwar so, dass einerseits derjenige, der Anträge stellen will, auch weiß, was er beantragen kann,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das wusste er bisher nicht?)

andererseits geht es darum, dass auch der Entscheider, die Behörde, weiß, nach welchem Kriterium zu entscheiden ist. Von daher verstehe ich Ihre Kritik jetzt nicht.

Ihre Kollegen von der Gewerkschaft waren bei mir, die haben so eine vehemente Kritik nicht vorgetragen. Ich habe ihnen auch erklärt, dass wir hier sozusagen ein Modellprojekt für die nächsten zwei Jahre auf den Weg gebracht haben, und zwar geht das vom 07.01.2019 bis zum 07.01.2021. In dieser Zeit wird eine Evaluierung vorgenommen. Wir haben dazu einen Leitfaden entwickelt und die Begriffsbestimmung, das habe ich schon gesagt. Entscheidend ist, dass wir insgesamt gucken wollen, wie sich die Sache im Bereich der Landwirtschaft, aber auch im Bereich von DEHOGA entwickeln wird.

Ich kann Ihnen sagen, zurzeit liegt nur ein Antrag vor. Also ich verstehe jetzt die große Aufregung gar nicht, die Sie hier vortragen. Wenn wir in zwei Jahren – was hatten Sie gesagt? – 161 Anträge bearbeitet haben, heißt das noch lange nicht, dass alle genehmigt sind, sondern es wird nach einem strikten Muster genehmigt und dann kann auch die Entscheidung der Beamten nachvollzogen werden. Die jeweiligen Betreiber von Saisonbetrieben brauchen erst mal die Anerkennung. Die Definition nach dem Schweizer Modell haben Sie de facto vorgetragen, das will ich mir jetzt ersparen.

Ich sehe darin nicht das Problem, dass wir das Arbeitszeitgesetz unterlaufen wollen, sondern wir wollen dafür sorgen, dass wir insgesamt dafür werben können, dass weiterhin Fachkräfte gut bezahlt werden, andererseits die Familienfreundlichkeit in den Unternehmen eine Rolle spielen muss und wird. Wenn Sie jetzt kritisieren, dass wir den Beruf oder das Berufsbild im DEHOGA-Bereich mit einer Förderung von 1 Million untersetzen, muss ich Ihnen auch sagen, die Unternehmen beteiligen sich zu einem Viertel an den Kosten. Das ist ein neuer Weg, den es früher noch nie gegeben hat. Früher haben die Unternehmer immer darauf geguckt, was der Staat einsetzt.

Man sollte auch daran denken, dass sie hier eine Aufgabe haben. Wir sind Tourismusland, wir sind in dieser Frage gut aufgestellt. Natürlich müssen wir unsere Gäste vernünftig versorgen, das ist doch wohl unstrittig.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ist es auch!
Weil die Unternehmer müssen erst
mal ihre Hausaufgaben machen.)

Und dass die meisten das auch mit Freude tun – die Unternehmer sind keine Verbrecher, das will ich hier mal sagen. Die Unternehmer sorgen dafür, dass Beschäftigung stattfindet, dass Qualität stattfindet und dass die Leute auch gut verdienen. Unternehmer arbeiten in der Regel jede Woche 60 Stunden und mehr. Ist Ihnen das nicht bekannt, oder was?!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und Freie Wähler/BMV)

Also, Herr Foerster, Sie sind von der Gewerkschaft, Sie kennen das Prinzip. Ich kann auch verstehen, dass Sie sozusagen für Ihre Mitglieder kämpfen, das ist alles in Ordnung, aber wir brauchen attraktive, familienfreundliche Unternehmen und Saisonbetriebe, die anerkannt und definiert sind. Von daher verstehe ich Ihre Kritik nicht, zumal wir nach zwei Jahren auch vorlegen werden, wie sich die Dinge entwickelt haben und was vielleicht noch

verbessert werden muss und was nicht und wo noch Schwachstellen sind. Das ist alles vorgesehen. Die Evaluierung kostet übrigens kein Geld, jedenfalls wird die Evaluierung durch das Ministerium und das Landesamt für Gesundheit vorgenommen.

Von daher hätte ich eigentlich eher von den Gewerkschaften Zustimmung erwartet. Die Kritik kann ich nicht richtig verstehen, zumal ich mit Ihren Kollegen darüber gesprochen habe

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ja,
nachdem alles in Sack und Tüten war.)

und ihnen auch Transparenz zugesagt habe. Die werden im nächsten halben Jahr eingeladen, da werden wir über die ersten Ergebnisse sprechen. Alles ist mit Ihren Gewerkschaftskollegen besprochen, wahrscheinlich reden die mit Ihnen nicht. Dafür kann ich aber nichts. Von daher verstehe ich auch diesen Antrag nicht so wirklich.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Gehen Sie mal
davon aus, dass wir vorher gesprochen haben!)

Und klamm und heimlich macht die Landesregierung grundsätzlich nichts. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Lerche.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
übernimmt den Vorsitz.)

Dirk Lerche, AfD: Verehrte Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürger im Land! Werte Gäste!

Ja, liebe Linkspartei, Mecklenburg-Vorpommern hat die schlechteste Wirtschaftskraft in der gesamten Bundesrepublik.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Das haben Sie in Ihrem Antrag mit dem Titel „Aufbau Ost – besorgniserregenden Entwicklungen Mecklenburg-Vorpommerns im wirtschaftlichen Angleichungsprozess entgegentreten“ im Oktober 2018 dargelegt. Jetzt muss man sich aber die Frage stellen: Wie holen wir diesen Abstand wieder ein, wie kommen wir aus dem Keller wieder raus?

Sie wollen einen Angleichungsprozess an die Verhältnisse in Westdeutschland, aber Ihre Lösung dafür ist, wie häufig, nicht zielführend. Die Lösungen, die Sie uns hier permanent präsentieren, sind fromme Wünsche: mehr Lohn und weniger arbeiten.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Wir reden über
das Arbeitszeitgesetz. Bleiben Sie beim Thema!)

Diese Zauberformel, mehr Ertrag bei weniger Eingabe, hat wenig mit der Realität zu tun, ...

Das gehört zum Thema.

... es hat eher was mit roter Rhetorik und Wahlkampf zu tun.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Natürlich.)

Besonders kämpferisch ist dabei aber vor allem die Wortwahl. Da wird dann vom „Angriff“ oder einer „Aushöhlung des Arbeitszeitgesetzes“ in Ihrem Antragstext gesprochen. Angriff!

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Liebe Kollegen von der Linkspartei, nicht jeder Versuch einer Änderung oder einer Anpassung ist ein Angriff und nicht jede Überlegung zu einer Änderung ist per se schlecht. Die von Ihnen im Antragstext angesprochene Bundesratsinitiative aus Nordrhein-Westfalen forderte die Bundesregierung auf, das Arbeitszeitgesetz den EU-Arbeitszeitrichtlinien anzupassen. Ja, und ansonsten wird uns hier immer gepredigt, wie toll doch die EU ist, aber hier soll Deutschland wieder, und Mecklenburg-Vorpommern ganz besonders, einen Sonderweg gehen.

Im Detail sollte es möglich werden, anstelle einer täglichen Arbeitszeit eine wöchentliche Arbeitszeit zu vereinbaren. Auch die Ruhezeitregelungen wollte Nordrhein-Westfalen anpassen. Demnach können die gesetzlichen elf Stunden Ruhezeit verändert werden, wenn der jeweilige Arbeitnehmer im Gegenzug eine gleich hohe Ausgleichsruhezeit erhält. Die Bundesratsinitiative zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten war vor circa einem Monat Thema im Bundesrat. Bei der Abstimmung am 15. März bekam Nordrhein-Westfalen aber nicht die erforderliche absolute Mehrheit.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das ist gut so.)

Somit ist das Thema eigentlich gegessen. Dennoch können wir über das Thema gerne noch einmal im Wirtschaftsausschuss sprechen. Einer Überweisung des Antrages in den Wirtschaftsausschuss würden wir zustimmen. Dort hatten wir das Thema zuletzt vor zwei Jahren.

Damals sprach der DEHOGA bei uns vor. Um Ihnen das auch noch einmal klar zu sagen, Sie sprechen nicht für die gesamte Arbeitnehmerschaft hier, wenn Sie starre Arbeitszeiten fordern, Sie sprechen für einen Teil der Arbeitnehmer. Der DEHOGA hat das Anliegen vieler Mitarbeiter seiner Mitgliedsunternehmen damals deutlich beschrieben. Und nein, das ist keine Arbeitgeberfantasie, sondern eine Realität, die Sie zur Kenntnis nehmen sollten. Sehr viele Angestellte können sich zum Beispiel durchaus vorstellen, länger zu arbeiten und dafür einen Tag frei zu bekommen. Viele wollen das sogar gern, wenn sie dadurch mehr Geld verdienen.

Beispielsweise würden viele Saisonkräfte aus Polen gerne ihre 40 Stunden Arbeitszeit in vier Tagen durchknüppeln. So hat man an einem Tag mehr Zeit für die Familie und zahlt eine Übernachtung weniger in der Unterkunft. Aber auch unsere heimischen Pendler, die jeden Tag eine Stunde zur Arbeit fahren, haben kaum Vorteile durch das starre Gesetz. Die Anfahrt zur Arbeit vergütet ihnen niemand zeitlich. Bei flexibler Wochenarbeitszeit könnte sich der Arbeitnehmer eine Fahrt sparen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Spielen Sie jetzt den Cheflobbyisten des DEHOGA?)

Insgesamt hätte er so Zeit gewonnen, nämlich zwei Stunden Fahrtzeit, die er an einem weiteren Arbeitstag

hätte. Sehr viele Studenten auf 450-Euro-Basis würden gern ihre Aushilfsarbeit an einem Wochenende absolvieren. So haben sie unter der Woche den Kopf frei für das Studium.

Klar ist aber auch, die Akzeptanz einer solchen Wochenarbeitszeit hängt immer vom Menschen ab. Der eine will lieber früh nach Hause und sich täglich ein bisschen um die Familie kümmern, der andere will lieber durcharbeiten und einen ganzen Tag mehr für die Familie haben. Von daher ist es ein sehr schwieriges Thema. Ihre einfache Philosophie hilft unserem Land nicht weiter, dessen Markenkern nun mal auch der Tourismus ist.

Das Land will in der neuen Tourismuskonzeption den Tourismus noch stärker ausbauen, noch mehr Service und Qualität sollen geschaffen werden. Das halten wir von der AfD-Fraktion für einen guten Weg. Mehr Service und Qualität können die Gewinnschraube für Unternehmer, Angestellte und Finanzämter nach oben drehen. So kehren wir wieder zurück zu dem Punkt, wie wir aus dem Wirtschaftskeller in Mecklenburg-Vorpommern rauskommen. Wie schaffen wir mehr Qualität und Service?

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Da, liebe Linkspartei, hilft wohl nur gute Leistung in Form einer guten Dienstleistung. Viele Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Gastronomie sind gewillt, diese Leistung zu erbringen, nur sie dürfen es nicht. Hier geht es nicht darum, mehr Leistung in Form von Stunden abzufordern, sondern nur darum, die Leistung anders zu verteilen.

(Thomas Krüger, SPD: Mensch, da hat Ihr Referent Ihnen wieder was aufgeschrieben! –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Die meisten Unternehmer haben kein Interesse an Schwarzarbeit oder Ärger mit Behörden, also bleibt der Laden zu. Die Küche schließt um 21 Uhr oder die Discolichter gehen früher aus. Kann dies unser Ziel als Landesvertreter sein? Wollen wir Leuten verbieten, Geschäfte zu öffnen und Geld zu verdienen? Ich fürchte, ja, wenn ich mir die politischen Ideen der LINKEN und Gewerkschaften zur Bäderverkaufsordnung oder jetzt zum Arbeitszeitgesetz anhöre.

Aber auch ein weiterer Punkt in Ihrem Antragstext ist stark unternehmerfeindlich. Nun behauptet DIE LINKE, dass die Ausnahmeregelung gemäß Paragraph 15 Absatz 1 Nummer 2 Arbeitszeitgesetz ausgeweitet werden könnte auf Betriebe, die das ganze Jahr über geöffnet haben.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das meinen wir nicht, das ist so.)

Dies ist allerdings in keiner Weise eine Neuerung. Die rechtlichen Bestimmungen haben sich nicht geändert. Es war seit jeher so möglich.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Die Definition der Saisonarbeit
hat sich geändert.)

Das Land hat lediglich Hinweise formuliert, welche Betriebe konkret eine solche Ausnahmegenehmigung erhalten können. So hat doch jedes Unternehmen das Recht, sich als Saisonbetrieb registrieren zu lassen, wenn es übermäßig von der Saison abhängig ist.

In Ihrem Begründungstext beziehen Sie sich auf die Antwort zu Ihrer Kleinen Anfrage auf Drucksache 7/2995. Aber da steht es doch schwarz auf weiß: An den Kriterien zu einer Entscheidung, ob ein Betrieb ein Saisonbetrieb ist oder nicht, „hat sich nichts geändert“. Im Übrigen wurde dort auch die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe beantwortet. Nach Zahlen des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern beträgt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit maximal 40,6 Stunden in der Gastronomie, zumindest im zweiten Quartal 2018 bei Männern. In anderen Quartalen ist für viele die Wochenarbeitszeit unter 40 Stunden. Ob jetzt diese durchschnittliche Erhöhung um 0,6 Stunden im zweiten Jahresquartal zu Stress und psychischen Erkrankungen führt, vermag ich nicht zu beurteilen.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Dazu sage ich Ihnen noch was. –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Vielleicht sind es aber andere Faktoren wie eben beispielsweise die Inflexibilität der Wochenarbeitszeit oder aber die Pendlerei und die Tatsache, dass viele Arbeitnehmer aus dem Ausland fern von der Heimat arbeiten, die zu Stress und psychischer Belastung bei den Arbeitnehmern führen. Mit Klassenkampfrhetorik wird gegen das Unternehmertum nun zu Felde gezogen. Das ist nicht zielführend.

(Vincent Kokert, CDU: Dass Sie
überhaupt von Rhetorik reden hier. –
Henning Foerster, DIE LINKE:
Das erzählen Sie immer.)

Vielmehr sollten wir uns alle gemeinsam an einen Tisch setzen und eine Lösung finden. Um das auf Landesebene zu klären, sollten wir das Thema noch mal im Ausschuss explizit besprechen. Mit dem DEHOGA, den IHKs, den Gewerkschaften und Arbeitnehmern sollten wir diskutieren, was das Beste für das Land ist.

Insbesondere bei dem hohen Fachkräftebedarf in der Gastro- und Hotelbranche muss man eine vernünftige Lösung finden. Ich persönlich denke nicht, dass die Arbeitgeber den Fachkräften das Leben schwer machen und Lehrlinge vergraulen wollen. Das können die sich gar nicht leisten und dazu sind sie zu sehr von Menschen abhängig. Und eben um den Menschen direkt dreht es sich auch bei meiner Fraktion. Wir wollen das Beste für die Menschen.

(Heiterkeit bei Henning Foerster, DIE LINKE:
Natürlich.)

Einer Erhöhung der Wochenarbeitszeit steht meine AfD-Fraktion auch skeptisch gegenüber, aber bei einer Änderung der Wochenarbeitszeit zugunsten der Arbeitnehmer auf einer – ich betone – Freiwilligkeit, sehen wir zumindest Klärungsbedarf.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Kennen Sie die
tatsächlichen Verhältnisse in der Branche?)

Deshalb würden wir einer Überweisung Ihres Antrages in den Wirtschaftsausschuss zustimmen, allein, um uns dem Thema zu widmen. Vielleicht kommt es dann bei den Abgeordneten zu einem flexibleren Denken, um unser Land im Tourismus- und Gaststättenwesen anzu-

packen und unsere gesamtwirtschaftliche Lage zu verbessern, denn Potenziale nicht abzuschöpfen, kann sich unser Land nicht leisten.

Ich habe Bekannte in Schwerin, die fahren jedes Jahr im Winter, in der Wintersaison nach Österreich,

(Vincent Kokert, CDU: Oi!)

um dort 80 Stunden in der Woche zu arbeiten. Das finden die gut, weil sie damit einen dicken Haufen Geld nach Hause bringen. Und umgekehrt,

(Thomas Krüger, SPD: Die Frage ist
doch, warum man dort pro Stunde
mehr Geld verdient als bei uns.)

umgekehrt gibt es auch Kellner hier in Schwerin, die nehmen zwei und drei Beschäftigungsverhältnisse an, auch, um Geld zu verdienen, einfach nur, um Geld zu verdienen,

(Tilo Gundlack, SPD: Ja, weil
es mit einem zu wenig gibt. –
Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

und schaffen dann auch mit mal die 60- bis 80-Stunden-Woche.

(allgemeine Unruhe)

Nein, dem einen reichen 3.000 Euro im Monat und der andere möchte gern 6.000 oder 9.000 verdienen. Das ist der Unterschied.

(Tilo Gundlack, SPD: Wer verdient denn
bitte 3.000 Euro in der Gastronomie?)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Tilo Gundlack, SPD: Können Sie mir mal den
Tarifvertrag zeigen? – Thomas Krüger, SPD:
Das ist doch hanebüchen, was Sie erzählen. –
Henning Foerster, DIE LINKE: 3.000 Euro,
davon träumen die Leute. Was erzählen
Sie denn hier?!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Okay, also, meine Herren, Sie haben alle noch Redezeit und können sich hier am Pult präsentieren.

Jetzt hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Schulte das Wort.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will jetzt nicht allzu tief auf den Redebeitrag meines Vorredners eingehen. Mir sind nur zwei Dinge durch den Kopf gegangen. Auf der einen Seite muss es, wenn ich dem Abgeordneten Lerche hier zugehört habe, zumindest in Teilen der AfD immer noch ein etwas problematisches Verhältnis mit Gewerkschaften oder Arbeitnehmervertretungen generell geben. Das Einzige, worauf ich noch gewartet habe, war, ob nicht irgendwann so eine Begrifflichkeit kommt, wie, da muss ein Betriebsführer sein, der weiß doch am besten, was gut für seine Beschäftigten ist. Sie können ja mal nachgucken, aus welcher Zeit der Begriff „Betriebsführer“ kommt.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Das sagt dann schon alles.

Aber, sehr geehrte,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Solche Unterstellungen sind unterstes Niveau.)

sehr geehrte,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

sehr geehrte,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

sehr geehrte ...

Es scheint sich ja jemand angesprochen zu fühlen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich mal auf den Redebeitrag vom Kollegen Foerster eingehen. Der Kollege Foerster hat sehr viele blumige Worte zum Thema Arbeitszeit gefunden, aber ich will mich auf den Antragstext beschränken. Nun nehme ich mal den ersten Punkt, bei dem letztendlich hingewiesen wird auf die Bundesratsinitiative aus Nordrhein-Westfalen und die damit in Verbindung stehende Kampagne des DEHOGA. Herr Kollege Foerster, wir können das natürlich hier immer wieder thematisieren, wir können das immer wieder zur Sprache bringen, das ist alles nicht die Frage, nur Sie wissen es, die Kolleginnen und Kollegen in diesem Landtag, die sich ernsthaft mit dem Thema beschäftigen, wissen es, ich habe mich öffentlich dazu positioniert, auch für meine Fraktion, dass wir diesen Vorstoß aus Nordrhein-Westfalen nicht unterstützen. Das sage ich hier gerne noch mal und damit ist die Sache noch mal klargestellt. Mehr braucht es eigentlich nicht. Es gibt hier auch in diesem Landtag keine Mehrheiten dafür, entsprechende Änderungen vorzunehmen.

Dann komme ich zu dem zweiten Punkt, in dem Sie den Landtag auffordern, dass die Landesregierung sich künftig klar gegen Vorstöße zu wenden hat, die eine Aushöhlung des Arbeitsgesetzes zum Ziel haben. Das würde bedeuten, dass es auch nur ansatzweise die Überlegung gäbe, innerhalb der Landesregierung entsprechende Vorstöße einer Aushöhlung des Arbeitszeitgesetzes zu geben. Die gibt es nicht. Es mag natürlich sein, dass es innerhalb der 71 Abgeordneten, die in diesem Landtag vertreten sind, dass es innerhalb aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Landesregierung beschäftigt sind, einschließlich der jeweiligen Hausleitungen, irgendwann mal Überlegungen im Hinterzimmer oder sonst wo gegeben hat, die ich nicht beurteilen kann, aber es gibt einen klaren Konsens in diesem Haus und es gibt eine klare politische Ausrichtung in dieser Landesregierung, dass das nicht gewollt ist. Punkt!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Das müssen wir nicht alle mal wieder auf die Tagesordnung setzen, um da Scheindebatten zu führen, die dieses Land in dieser Form nicht betreffen.

Dann komme ich zu dem eigentlichen Punkt, der der Kern Ihres Antrages ist, und wozu Sie eigentlich relativ wenig gesagt haben, Herr Kollege Foerster. Das ist tat-

sächlich die Frage der Begriffsdefinition im Zusammenhang mit einer Antragstellung zur Anerkennung als Saisonbetrieb. Dann will ich das an dieser Stelle, weil das immer in einen Konnex gestellt worden ist mit der Frage „Beschäftigte im Bereich DEHOGA“, für die Kolleginnen und Kollegen, die die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Kollegen Foerster zu genau diesem Punkt nicht gelesen haben, ausführen. Ich habe sie gelesen, und ich hoffe, dass der Kollege Foerster auch die Antwort gelesen hat.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Die Frage ist, ob man das glauben kann, was da steht.)

Gut, es geht hier nicht um Glauben, Herr Kollege Foerster, dann können Sie in die Kirche gehen, hier geht es um Tatsachen.

(Heiterkeit bei Henning Foerster, DIE LINKE)

Wenn Sie Anhaltspunkte haben, dass die Tatsachen, die dort aufgeschrieben worden sind, unzutreffend sind, dann müssen Sie sich dazu positionieren. Dann hoffe ich zumindest, dass Sie auch Belege für die entsprechenden Behauptungen haben.

Fakt ist, aus der Beantwortung der Kleinen Anfrage wird tatsächlich deutlich – und darauf hat der Kollege Foerster, wenn ich ihn jetzt richtig verstanden habe, auch hingewiesen –, dass es im Zeitraum von 2016 bis Februar 2019 insgesamt 69 Anträge gegeben hat.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Ich habe einen anderen Zeitraum zitiert.)

Nur, da muss man dann auch mal in die Feinheiten rein gehen. Von diesen 69 Anträgen sind 46 2016 gestellt worden, 2017 sind 12 gestellt worden, 2018 sind 10 gestellt worden und im Jahr 2019 – da ist Stichtag gewesen im Februar 2019 – war es dann einer. Das zu der gravierenden Weiterentwicklung in diesem Bereich, auch zu der Frage, wie weit eine Klarstellung, was die begriffliche Definition angeht, mit einer entsprechenden Ausweitung zu tun hat.

Und dann verbinden wir das mal bitte an der Stelle, weil es vom Kollegen Foerster auch immer wieder auf den Bereich der Hotel- und Gaststättenbetriebe fokussiert worden ist, mit den Zahlen aus den Jahren 2016/2017/2018 und der Antragsstellung aus 2019. Von den 46 Antragsstellungen, die es 2016 gab, waren es 4 aus dem Hotel- und Gaststättenbereich, 2017 waren es von den 12 dann 2, 2018 waren es von 10 eine und 2019 war es von der einen 0. Das sind die Realitäten in diesem Land.

Tatsächlich in Anspruch, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, nimmt es nämlich nicht vorrangig der Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes, sondern tatsächlich sind es die Nahrungsmittelerzeuger. Dass die in vielen Fällen darauf angewiesen sind, weil ihre Ware nicht nur zwischen 8 und 17 Uhr geerntet werden kann, das sollte, glaube ich, allen in diesem Land und auch in diesem Landtag klar sein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion Freie Wähler/BMV hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Lieber Herr Foerster, Sie gehen in Ihrem Antrag auf die Bundesratsinitiative von Nordrhein-Westfalen ein. Ich möchte aus meiner Sicht erst mal kurz darstellen, wie sich mir die Initiative darstellt. Es ging bei den Forderungen darum, dass die Spielräume der EU-Richtlinie 2003/88/EG besser genutzt werden können, indem Tarifpartner innerhalb des Rahmens eigene Regelungen treffen können. Bisherige tarifvertragliche Abweichungsmöglichkeiten des Arbeitszeitgesetzes sollen im Einklang mit der EU-Arbeitszeitrichtlinie angepasst werden können – Vereinbarungen einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit anstelle der werktäglichen Höchstarbeitszeit, also einfach nur eine Flexibilisierung. Man kann eine Höchstarbeitszeit pro Woche festlegen und muss das Ganze nicht mehr auf einen einzelnen Arbeitstag beziehen. Dabei bleibt aber die maximale Wochenarbeitszeit unverändert. Die vorgesehenen Ausgleichszeiten sollen auch gewahrt bleiben und das Ganze gilt wirklich nur – deswegen habe ich „Tarif“ immer so betont – für tarifgebundene Arbeitgeber. Das war die Bundesratsinitiative von Nordrhein-Westfalen.

Ich kann mich an zahlreiche Anträge von Ihnen persönlich aus Ihrer Fraktion erinnern, wo Sie immer wieder fordern, wir müssen die Tarifbindung in Mecklenburg-Vorpommern erhöhen. Ich würde das mal übertragen auf ganz Deutschland. Das unterstütze ich voll und ganz. Auch aus meiner Sicht sollte die Tarifbindung deutlich ausgebaut werden. Das wäre nun wirklich ein guter Anreiz zu sagen, wenn ein Unternehmen tarifgebunden ist, dann kann es auch im Rahmen der Tarifverträge das Arbeitszeitgesetz insofern anpassen oder insofern anders ausnutzen, dass man über Wochenarbeitszeiten spricht und nicht nur über Tagesarbeitszeiten.

Das ist im Grunde genommen nur eine Modernisierung. Das Arbeitszeitgesetz gibt es seit 25 Jahren, und dass man nach 25 Jahren mal schaut, ist das noch in Ordnung oder nicht, das halte ich eigentlich für absolut logisch, zumal wir hier im Hause auch immer wieder über die Digitalisierung sprechen. Die Digitalisierung ist eben auch ganz klar eine Chance für den Arbeitsmarkt, wo es darum gehen muss, die Arbeitszeit etwas flexibler zu handhaben. Sie wissen allerdings auch, dass diese Initiative am 15. Februar eingereicht wurde, dann nach Bearbeitung im Ausschuss – da wird nämlich alles in die Ausschüsse überwiesen, anders als bei uns – am 15. März letzten Endes aber abgelehnt wurde. Also eigentlich ist das Thema auch schon erledigt. Am 15. März wurde es abgelehnt. Wir können natürlich trotzdem darüber sprechen. Wie gesagt, es gibt viele Dinge oder viele Argumente, die dafür sprechen, sich das Arbeitszeitgesetz mal wieder genauer anzuschauen.

Auf den DEHOGA möchte ich jetzt gar nicht weiter eingehen, die haben im Grunde genommen ähnliche Themen. Was ich nur nicht verstehe, ist, warum Sie es bei den Saisonbetrieben einsehen, wenn es ein Saisonbetrieb ist, der wieder schließt, der also wirklich nur wenige Monate aufhat, warum Sie es aber bei Saisonbetrieben, die zwar eine starke Saison haben, aber anschließend nicht wieder schließen, härter handhaben wollen. Eigentlich muss unser Bestreben doch sein, dass mehr Ganzjahresarbeitsplätze entstehen, und das kann natürlich bedeuten, dass im Sommer sehr viel mehr gearbeitet

werden muss und diese Überstunden im Winterhalbjahr abgefeiert werden können. Das ist doch eine gute Entwicklung. Dann bleiben die Menschen das ganze Jahr, zwölf Monate im Jahr in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Das ist viel besser, als wenn sie im September wieder entlassen werden. Also warum Sie dieses eine Modell akzeptieren und das andere nicht, erschließt sich mir einfach nicht. Ich habe Sie sonst immer so wahrgenommen, dass Sie sich auch für Tarifbindung für ganzjährig Beschäftigte einsetzen.

Das zweite Thema, was Sie angesprochen haben, ist eine höhere Bezahlung im Land. Das hat meiner Meinung nach mit dem Arbeitszeitgesetz jetzt erst mal nichts zu tun, das ist ein anderes Thema. Da haben wir, glaube ich, hier im Landtag alle die gleiche Auffassung: Die Löhne müssen steigen.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Bei Herrn Lerche nicht.)

Außer vielleicht bei Herrn Lerche, ja, das habe ich nicht so ganz verstanden.

Ansonsten ist da, glaube ich, nur die Frage, wie erreichen wir das. Diese Diskussion haben wir auch schon mehrmals geführt. Ich finde das gut, die dürfen wir auch mehrmals führen, diese Diskussion, aber dieses Thema sollten wir vielleicht tatsächlich noch mal im Ausschuss aufgreifen, wenn wir ein bisschen mehr Zeit dafür haben und wenn überwiegend Menschen anwesend sind, die sich für dieses Thema interessieren. – Vielen Dank.

(Beifall Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Grundsätzlich bin ich dafür, dass man das Arbeitszeitgesetz offen diskutiert ohne Polemik und allem.

Herr Foerster, man merkt bei Ihrem Antrag beziehungsweise beim Auftritt der Einbringung, aus jeder Pore bei Ihnen spricht der Gewerkschafter, der Gewerkschaftsfunktionär.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das nehme ich jetzt mal als Kompliment.)

Das können Sie als Kompliment auffassen, ich weiß es nicht. Es ist aber auch nicht weiter schlimm, es ist nicht schlimm, wenn man dabei aber immer auch das, was das ausmacht, das Verhandeln zwischen Tarifpartnern, nicht einseitig sieht, sondern wenn man Tarifpartner berücksichtigt. Sie sehen nur eine einzige Sache, und das nehme ich Ihnen übel.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das scheint mir bei Ihnen umgekehrt genauso zu sein.)

Und das versuchen Sie jetzt auch noch, sozusagen in diesen Antrag zu gießen. Ich kann Ihnen sagen, ich empfinde es schon als eine Frechheit, einen kompletten Arbeitgeberverband wie den DEHOGA in einem Antrag derart herabzuwürdigen. Ich empfinde es wirklich als eine Unverschämtheit. Sie können allein aus diesem Grund

heraus schon gar nicht mit einer Zustimmung rechnen. Stellen Sie sich mal vor, ich hätte so einen Antrag gemacht und wäre so auf die NGG losgegangen! Also, was da los gewesen wäre?!

(Jochen Schulte, SPD: Aber so ein Antrag würde von Ihnen ja nie kommen.)

Aber ich würde gar nicht auf so eine Idee kommen, weil sich das nicht gehört, denn, wenn man Tarifpartnerschaft, ich sage mal, ernst nehmen will, dann gebührt dem auch ein gewisser Respekt, vor der anderen Seite, den Sie missen lassen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Natürlich.)

Ich denke mal, Tarifpartnerschaft ist eben ein respektables, hohes Gut. Es gehören beide Seiten dazu. Auch der NGG hat, wenn Sie sich erinnern, im Oktober 2017 gute Verhandlungsergebnisse in einer Partnerschaft erarbeitet.

(Tilo Gundlack, SPD: Na ja, „gut“?! Das ist subjektiv, ne?!)

Beispielsweise erinnere ich an die zwölfprozentige Steigerung bei den Ausbildungsvergütungen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Von welchem Ausgangsniveau kommen die?)

Wie bitte? Ich habe Sie nicht verstanden.

(Tilo Gundlack, SPD: Von wo kommen die? Das war schon unterirdisch, die sind nicht über die Erde gekommen. – Henning Foerster, DIE LINKE: Von welchem Ausgangsniveau reden wir denn?)

Wie gesagt, wir reden hier von Tarifpartnerschaft und von Einigung zwischen den Tarifpartnern. Sie können Ihre persönliche Meinung haben.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das werden Sie mir auch nicht verbieten.)

Der Antrag ist nicht nur deswegen unverschämt in der Sache, sondern er ist auch unzeitgemäß in der Handlungsaufforderung.

Dann komme ich zu dem eigentlichen Inhalt, den Sie zum Arbeitszeitgesetz sagen. Es betrifft nicht nur Ruhezeiten, sondern begrenzt zum Beispiel auch die täglichen Höchstarbeitszeiten. Acht Stunden pro Tag beziehungsweise unter bestimmten Umständen auch zehn Stunden pro Tag dürfen demnach nicht überschritten werden. Das wird gehandelt, es wird mit bis zu 15.000 Euro pro Verstoß gehandelt. Ich persönlich – da kann man jetzt der Meinung sein, wie man will – halte diese Regelung für nicht zeitgemäß. Die LINKEN wollen sie nun eigentlich noch restriktiver ausgestalten und wir sollten die Klagen über diese bürokratischen Hürden des Arbeitszeitgesetzes etwas ernster nehmen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ich will nichts verschärfen, ich will die Angriffe zurückweisen.)

Ich halte es für realitätsfremd, in Zeiten des digitalen Wandels

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ja, ja, ja.)

auf das Festlegen von täglichen Höchstarbeitszeiten zu bestehen. Deswegen bin ich auch der Auffassung, dass eine Umstellung von täglichen auf wöchentliche Arbeitszeiten viel zeitgemäßer ist. Da reden wir ausschließlich von Flexibilisierung von wöchentlicher Arbeitszeit. Wir reden in keinsten Weise von irgendwelchen höheren Arbeitszeiten,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr richtig! – Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

die Sie versuchen, hier zu suggerieren. Wir reden nur von Flexibilisierung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ja, da kann ja jeder seine Meinung haben, wir lehnen ja alle ab.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Ich denke, wer länger arbeiten will, der sollte das dürfen. Davon können auch Arbeitnehmer profitieren. Deswegen sollten Sie hier keine falschen Ängste schüren.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ich sage Ihnen gleich ein paar Zahlen.)

Es ist doch vielmehr so, dass eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes durchaus auch im Sinne von Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein kann. Vor allem leuchtet mir nicht ein, wie ein starres Arbeitszeitgesetz eigentlich mit den Gegebenheiten der Digitalisierung und Industrie 4.0 in Einklang gebracht werden soll.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Das geht überhaupt nicht.)

Dass Arbeitnehmer heute – und das wollen wir auch alle – von zu Hause aus arbeiten können, gehört doch in der Arbeitswelt von Mecklenburg-Vorpommern immer mehr zur Realität.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Was hat das mit der Gastronomie zu tun? Wer soll da zu Hause arbeiten?)

Wir reden vom Arbeitszeitgesetz.

Das deutsche Arbeitsgesetz ist mittlerweile, ich glaube, 100 Jahre alt. Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Freizeit, acht Stunden Schlaf – das war so der Grundgedanke.

(Tilo Gundlack, SPD: Man kann den Schlaf aber auch nicht nachholen.)

Lassen Sie uns doch mal darüber reden, wie sich dieses, ich sage mal, ein bisschen antiquierte Bild mit der Realität des 21. Jahrhunderts in Einklang bringen lässt.

Übrigens stehe ich mit meiner Auffassung zur Flexibilisierung bei Weitem nicht alleine. Die ehemalige Arbeitsministerin Andrea Nahles hat zum Beispiel Modellversuche angestrengt, um zu schauen, wie sich eine wöchentliche Höchstarbeitszeit in der Praxis auswirkt.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Und jetzt redet sie wieder
anders als Parteivorsitzende.)

Auch der neue Arbeitsminister Hubertus Heil redet öffentlich von Flexibilisierung. Lassen Sie uns also ohne Schaum vorm Mund einfach darüber diskutieren, was eben der richtige Weg ist.

Und, meine Damen und Herren, eines, Herr Foerster, stimmt in Ihrem Antrag: Es gibt die Möglichkeit der abweichend längeren täglichen Arbeitszeit für Saisonbetriebe schon jetzt, und zwar für die Zeit der Saison. Sie kann bewilligt werden, wenn die Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden werktätlich durch eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit zu anderen Zeiten ausgeglichen wird, auch nur dann. Es geht also wiederum nicht um eine Erhöhung der Gesamtarbeitszeit, sondern um Flexibilisierung.

Und nur nebenbei: Es gab die 92. Arbeits- und Sozialministerkonferenz im April 2015. Da hat man sich darauf verständigt, dass in Saisonbetrieben Ausnahmen des Arbeitszeitgesetzes ausdrücklich auch auf das Gastgewerbe Anwendung finden sollen. Da solche Beschlüsse in der Regel auf dem Einstimmigkeitsprinzip beruhen, wäre es also ganz interessant, wie da die Argumentation von Brandenburg und von Thüringen gewesen ist, liebe LINKE.

(Heiterkeit bei Henning Foerster, DIE LINKE)

Wie dem auch sei, der Landesgesetzgeber muss für Ausnahmen initiativ werden. Das bedeutet bei uns, der Betrieb muss zwingend Zeiten nachweisen, in denen keine aktive Beschäftigung der Arbeitnehmer erfolgt, auf gut Deutsch, es muss ein Saisonbetrieb sein, wenngleich wir alle wollen, dass die Arbeitnehmer eben durchgängig, ganzjährig beschäftigt werden. Da ist auch, denke ich mal, die Saisonbetriebsklausel bevorzugt, also gerade diese Unternehmen, die eben nicht ganzjährig beschäftigen. Ob das der richtige Weg ist, das sei mal dahingestellt.

(Heiterkeit bei Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das habe ich schon gesagt.)

Ich halte es für ein schlechtes Signal. Wir sollten nicht einseitig Saisonbetriebe begünstigen, sondern eben alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Meine Damen und Herren, jetzt suggeriert der Antrag der LINKEN in Punkt II – das ist schon mal gesagt worden, und das ist eigentlich auch das Schlimme, Herr Foerster –, dass es eine Vielzahl von Aushöhlungen des Arbeitszeitgesetzes durch Saisonbetriebe gäbe mit massiven psychischen und physischen Folgen, wie es der Punkt I glauben machen versucht.

Nachdem DIE LINKE mit dem DEHOGA eine ganze Branche in Misskredit zu bringen versucht hat, haben wir beim LAGuS nachgefragt – das wurde jetzt schon mal gesagt –, wie groß die Dimension, die von Ihnen genannte Dimension der Aushöhlung des Arbeitszeitgesetzes ist. Wie viele Gastgeberbetriebe haben in diesem Jahr einen Ausnahmeantrag gestellt? Das ist schon gesagt worden: ein Betrieb in diesem Jahr, ein Betrieb!

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Deswegen geht Ihre Argumentation, Ihre gesamte Argumentation, der gesamte Antrag völlig ins Leere. Er suggeriert Missstände, die überhaupt nicht da sind, die es überhaupt nicht gibt. Er suggeriert, dass es um Ausweitung der Arbeitszeit geht, was in keinem Falle der Fall ist, sondern es geht ausschließlich um Flexibilisierung.

Lieber Herr Foerster, das ist eines Gewerkschaftsfunktionärs unwürdig, wenn man Tarifpartnerschaft ernst nehmen will. – Vielen Dank.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Hallo! Klatschen! –
Henning Foerster, DIE LINKE: Wo ist
denn der Applaus von der CDU? –
Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsident! Werte Kollegen! Liebe Gäste! In der Tat ist schon mehrfach angesprochen worden die Kampfarithmetik, die Sie hier aufbringen, die Rhetorik von „Angriff auf das Arbeitszeitgesetz stoppen“, Aushöhlungen des Arbeitszeitgesetzes – das ist, glaube ich, in Anbetracht dessen, um was es geht, wenig zielführend. Es geht nicht um Abschaffung des Arbeitszeitgesetzes, es geht auch um keine Aushöhlung, es geht um eine zeitgemäße Diskussion, um notwendige Flexibilisierung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das sollte einmal dargestellt werden.

Die Betonpolitik, die Sie, Herr Foerster, hier im Namen der Linksfraktion dargelegt haben und die teilweise eben auch der Politik des Gewerkschaftsbundes insoweit entspricht, ist vielleicht Ursache dafür, dass der Organisationsgrad der Gewerkschaften weiter, immer weiter zurückgeht.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Na klar! –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Hier sollte mal ein modernerer Zeitgeist auch bei den Gewerkschaften einkehren. Das wäre wieder notwendig.

Zu dem im Einzelnen: Wie würden Sie sich fühlen, wenn man Ihnen bei Ihrer Familienfeier sagt, die muss aber um 21.00 Uhr enden, weil wir dann kein Personal mehr haben, weil elf Stunden Ruhezeit gewährt werden müssen, oder am anderen Morgen bei einer Hotelübernachtung Ihnen gesagt wird, es gibt kein Frühstück, wir hatten gestern eine Familienfeier?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das wäre wahrscheinlich nicht das, was Ihnen als ordnungsgemäße Betriebsführung im Hotel- und Gaststättengewerbe vorschwebt. Es geht also um Diskussionen zeitgemäßer Anpassung. Dem sollte man sich nicht verschließen. Das tun wir in keinem Falle, deswegen wollen wir das gerne in den Wirtschaftsausschuss überwiesen haben.

Insgesamt muss man sagen, ich verstehe auch nicht, warum Sie sich gegen diese Ausweitung der Saisonbe-

triebe wehren. Bisher waren Betriebe, die Ausnahmeregelungen haben wollten, quasi gezwungen, mehrere Monate, eigentlich ein halbes Jahr zu schließen, das heißt, man musste entweder Aufhebungsverträge mit den Arbeitnehmern abschließen oder befristete Beschäftigungsverhältnisse eingehen – alles Dinge, die Ihnen, Linksfraktion und Gewerkschaft, doch nicht gefallen. Da ist es viel besser, man lässt die über das Jahr geöffnet und argumentiert damit, das Saisonbetriebe auch solche Betriebe sind, die einen Großteil ihrer Umsätze eben in einem zeitlich beschränkten Zeitraum erwirtschaften. Das sind moderne Saisonbetriebe.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und im Übrigen, diese Mehrarbeit, die dann anfällt, wenn man mal mehr als acht Stunden arbeiten muss, wird ja auch deutlich besser vergütet.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das wird vielfach gar nicht vergütet! –
Zuruf von Susann Wippermann, SPD)

Insofern richtet sich Ihre Argumentation auch gegen den Wunsch vieler Arbeitnehmer, die gerne eine entsprechende Mehrarbeitsvergütung in ihrem Salär, auf ihrem Konto sehen würden, wenn sie denn die Möglichkeit dazu hätten. All das wollen Sie blockieren.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Im Gegenteil: Die Diskussionen müssen noch in eine ganz andere Richtung geführt werden. Niemand will die wöchentliche Höchstarbeitszeit antasten, es soll nur eine Flexibilisierung innerhalb der Woche möglich werden. Das ist gerade auch im Interesse der vielen Pendler, die wir hier im Land haben, die Sie mit Ihren starren Arbeitszeitregelungen auf den Tag fixiert dazu zwingen, jeden Tag zu fahren, eineinhalb/zwei Stunden Fahrtzeit zur Arbeit und zurück, täglich, weil man das eben nicht auf drei oder vier Arbeitstage bündeln kann. Auch da sollten Sie mal überlegen, ob Pendlerarbeit einer Saisonarbeit nicht gleichgestellt wird und man deswegen auch da Ausnahmen der Höchstarbeitszeit zulässt, sofern nur die wöchentliche Arbeitszeit nicht angetastet wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das wären zeitgemäße Diskussionen und keine Betonierung der jetzigen Arbeitszeitregelungen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Wann wollen Sie denn den Ausgleich garantieren?)

Im Gegenteil: Die Tendenz geht immer mehr dahin, über Jahresarbeitszeitkonten nachzudenken, sodass man das noch weiter als über die Woche hinaus flexibilisiert. Das sind Zukunftsüberlegungen, um die geht es heute nicht, aber auch dem sollte man sich nicht grundsätzlich versperren. Jahresarbeitszeitkonten sind gerade für ein Land mit vielen Pendlern eine sehr förderwürdige Überlegung.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ja, die sind meist in Tarifverträgen vereinbart. Wissen Sie, wie viele tarifgebunden sind?)

So viel zu den Ausführungen zum Arbeitszeitgesetz und dem angeblichen Angriff daraus.

Einen Schlusssatz möchte ich mir noch erlauben zu der Annäherungsrhetorik mit angeblichen Betriebsführern. Sie sollten sich schämen, solche Begriffe in den Mund zu nehmen und solche Annäherungen mit Blick auf die AfD bei Zwischenrufen, beispielsweise, wenn Sie sagen, nachdem unser Redner gesprochen hat, Sie warten eigentlich nur darauf, dass irgendjemand sagt, das müsse doch der Betriebsführer in Ordnung bringen. Das ist nicht in Ordnung! Das ist eine Argumentation, die Sie sich verkneifen sollten. Gerade Sie von der SPD plustern sich doch immer wunderbar auf, wenn jemand wie ich immer wieder betont, dass Sie als SPD ja Teil der SED waren und damit einen ganzen Unrechtsstaat gelenkt haben. Und dann wollen Sie der AfD, die im Jahr 2013 gegründet wurde, geistig irgendwelche Nähen andichten?!

(Christian Brade, SPD: Wir sind keine ehemalige SED-Partei, oder was?!)

Das ist nicht nur schändlich, das ist auch historisch völlig deplatziert, und da sollten Sie, sollten Sie als Teil der SED

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Thomas Krüger, SPD)

oder des SED-Unrechtsregimes ganz still sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie haben keinerlei Grund, mit irgendwelchen solchen Pauschalvorwürfen hier anzutreten.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat noch mal ums Wort gebeten der Abgeordnete Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Noch einige, wenige Sätze auch auf den Redebeitrag, oder in erster Linie auf den Redebeitrag von Herrn Professor Weber: Was ich denke, Herr Professor Weber, im Zusammenhang mit Äußerungen eines Parteifreundes und Fraktionsmitgliedes Ihrer Fraktion, das entscheide ich ganz alleine.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und das ergibt sich, sehr geehrte Damen und Herren,

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Solange Sie nur denken!)

das ergibt sich letztendlich aus dem, was derjenige äußert, und aus dem Gesamtkontext.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen – das hat auch der Vorredner, Herr Abgeordneter Professor Weber, eben auch nicht in Abrede gestellt –, dass die AfD offenkundig, zumindest in Teilen, ein Problem mit den Gewerkschaften, mit Arbeitnehmer/-innenvertretungen in Deutschland,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Umgekehrt! Die laden uns nicht zu ihren Tagungen ein!)

zumindest mit den bestehenden Arbeitnehmervertretungen ...

Ja, auch das ist Ausdruck dieses Problems, das Sie mit Gewerkschaften haben. Dass Sie ein solches Problem mit Gewerkschaften haben, das wird ja schon deutlich, wenn man nur mal ins Bundestagswahlprogramm der AfD reinschaut, weil dort – da ist nur eine einzige Stelle, Sie können sich noch mehr Stellen angucken – wird ja deutlich gemacht, dass die wirtschaftspolitische Vorstellung der AfD darin besteht, dass die Wirtschaftssubjekte in Eigenverantwortung handeln sollen.

Was heißt das denn jetzt, die Wirtschaftssubjekte sollen in Eigenverantwortung handeln? Das heißt, ich habe ein Unternehmen, egal, wie viele Beschäftigte das hat, ob es zehn, tausend oder hunderttausend sind, das ist das eine Wirtschaftssubjekt und das andere Wirtschaftssubjekt ist der einzelne Arbeitnehmer. Die beide sollen auf gleicher Augenhöhe in Eigenverantwortung handeln.

(Horst Förster, AfD: Erzählen Sie doch nicht so einen Unsinn, Herr Schulte!)

Das ist die arbeitsmarktpolitische Vorstellung der AfD.

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Stephan J. Reuken, AfD)

Das ist – und ich will jetzt, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen ...

Offensichtlich kenne ich Ihre Parteiprogramme besser als Sie selber.

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Stephan J. Reuken, AfD)

Das sind die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der AfD.

Und jetzt will ich mal nicht die NS-Keule rausholen,

(Horst Förster, AfD:
Das ist doch lächerlich.)

jetzt will ich nicht die NS-Keule rausholen, sondern, um das noch mal deutlich zu machen, diese Vorstellungen hat die Breite der Gesellschaft schon Anfang des 20. Jahrhunderts überwunden. Das ist die geistige Zeit, in der sich die AfD heute noch bewegt mit ihrer Programmatik.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Das habe ich doch,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

das habe ich doch gerade eben zitiert. Und, sehr geehrte,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Beispiele,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

die der Abgeordnete Professor Weber hier eben vorgebracht hat mit der Feier am Abend und dem Frühstück am Morgen, machen das ja nur noch mal deutlich. Denn was heißt das eigentlich?

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Der soll durcharbeiten!)

Da soll die Verantwortung für das Management im Unternehmen arbeitsrechtlich auf den einzelnen Beschäftigten abgewälzt werden,

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Auf keinen Fall!)

denn jedes Unternehmen, völlig egal, in welchem Bereich es tätig ist, ist erst mal selber dafür verantwortlich mit seinem Personal, das es hat, das so zu organisieren, dass es die Aufträge, die Dienstleistungen, die es dann übernimmt, auch tatsächlich abarbeiten kann.

Und im Zweifelsfall, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen – da bin ich mir jetzt hundertprozentig sicher, dass es da keine Differenz gibt, nicht mal zwischen der BMV, Herr Kollege Wildt, auch wenn wir ab und zu unterschiedliche Auffassungen haben, über die CDU, die SPD bis zu den LINKEN –, ist es vom Grundsatz her erst mal die Überlegung auch eines Unternehmers/einer Unternehmerin zu sagen, muss ich dann möglicherweise mehr Personal in meinem Betrieb einstellen. Das kann eine Lösung sein im Rahmen des Personalmanagements. Aber ich kann mich doch nicht hinstellen und sagen, na ja, das überlasse ich jetzt meinen Beschäftigten.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ja.)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wie abstrus das Beispiel von Herrn Professor Weber ist, will ich nur an einer Stelle deutlich machen, weil er ja gesagt hat, was würden Sie denn sagen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie am nächsten Morgen kein Frühstück bekommen würden. Das kann ich Ihnen ganz einfach beantworten: Wenn ich das gebucht hätte, dann würde ich das einfordern, und wenn ich es nicht bekomme, dann weiß ich als Anwalt, was ich tun würde.

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD,
und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Herr Professor Weber, das ist genau das, was die Konsequenz wäre aus Ihrer Entgegnung.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Und das nächste Mal fährt man nicht mehr hin.)

Und, meine Damen und Herren, einen letzten Satz – das kann ich mir an dieser Stelle nicht verkneifen, weil auch immer wieder durch die Redebeiträge der Abgeordneten der AfD deutlich wird, dass es ja irgendwie einen Mangel an konstruktiver Diskussion geben sollte, was letztendlich dann auch Ausdruck

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

einer vielleicht nicht vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Fraktionen in diesem Haus mit der AfD ist –:

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Wenn ich heute, heute, an diesem Tag in der aktuellen Ausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gelesen habe, dass der Bundesvorsitzende der AfD und Co-Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag wortwörtlich erklärt, dass es eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der AfD und anderen, nein, den demokratischen Fraktionen – das sage ich jetzt –

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Der Einheitsfront! Das sage ich jetzt.)

nicht geben soll, nicht geben will, er das nicht will, weil ihn ansonsten seine Wählerinnen und Wähler „zum Teufel jagen würden“, Zitat, dann muss sich die AfD doch in diesem Plenarsaal,

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD)

in diesem Land nicht darüber beklagen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
SPD, CDU und DIE LINKE –
Thomas Krüger, SPD: Genau.)

wie wir mit ihr umgehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Foerster.

(Andreas Butzki, SPD: Das war
ein gutes Schlusswort eben!)

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zu den Inhalten komme: Es ist zweimal formal der Wunsch nach Überweisung geäußert worden, den übernehme ich und beantrage das dann damit auch förmlich.

Ansonsten, Herr Lerche, hat mir die Debatte gerade von Ihrer Seite heute gezeigt, dass sich einige Abgeordnete vielleicht in der Sommerpause mal als Praktikanten in der Gastronomie melden sollten.

(Heiterkeit bei Tilo Gundlack, SPD)

Ich habe das Gefühl, dass ein Perspektivwechsel so manchem hier ganz gut tun würde. Ich will es in Ihre Richtung mal so formulieren: Das Schlimmste, was uns körperlich als Abgeordnete passieren kann, wenn wir hier zwölf Stunden und länger im Plenum sitzen, ist vielleicht, dass man bei einem weniger spannenden Thema nach einem langen Tag einnickt und mit dem Kopf auf den Tisch knallt. Das gibt im schlechtesten Fall eine Beule und bringt einen in Erklärungsnot.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Manche müssen vielleicht auch
noch heimfahren, Herr Kollege!)

Vielleicht zieht es auch mal im Rücken oder die Nase trifft wegen der Einstellung der hiesigen Klimaanlage, aber das wird es dann im Wesentlichen schon gewesen sein.

(Zuruf von Holger Kliewe, CDU)

In der Küche dagegen wird nicht mit Seifenblasen gespielt, sondern da wird bei hohen Temperaturen gekocht und mit scharfen Messern geschnitten. Im Service und in der Zimmerreinigung werden täglich zig Kilometer abgerissen und die Leute sind nach acht bis zehn Stunden entsprechend platt. Das sind übrigens alles, wie in der Einbringung bereits geschildert, imagebildende Faktoren, Herr Waldmüller, die es den Unternehmen tatsächlich schon heute schwermachen, gut qualifizierten und motivierten Nachwuchs zu finden.

Ihre Antwort an aktuelle und potenziell neue Beschäftigte darauf soll jetzt heißen, stellt euch nicht so an, passt auf die heißen Töpfe und eure Finger auf oder dreht noch ein paar Extrarunden. Ich empfehle denjenigen, die das hier wieder mal als maßlose Übertreibung abtun, wirklich einen Ausflug aus dem Elfenbeinturmschloss ins wahre Leben, dann bin ich mir sicher, dann verläuft die nächste Debatte hier auch ein bisschen anders.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Die meisten von uns im Unterschied
zu anderen Parteien kommen
aus dem wahren Leben.)

Das klingt nämlich immer so schön, Herr Weber, wenn man daherkommt und sagt, na ja, das Ziel sei nicht, die Arbeitszeit zu erhöhen, man wolle sie nur anders verteilen.

Und, meine Damen und Herren, wie Sie wissen, bin ich auch stets darauf aus, Problembeschreibungen mit Zahlen zu untersetzen, und folgende sind nun wirklich bemerkenswert. Die Anzahl der Krankentage aufgrund von psychischen Störungen und Verhaltensstörungen hat sich bundesweit zwischen 2007 und 2017 von knapp 48 auf 107 Millionen mehr als verdoppelt. Das ist ein Plus von 123 Prozent. Die Produktionsausfallkosten und der damit verbundene Ausfall an Bruttowertschöpfung, die auf psychische Störungen und auch auf Verhaltensstörungen zurückzuführen sind, stiegen im gleichen Zeitraum von 12,4 auf 33,9 Milliarden Euro an. Das sind sogar plus 173,4 Prozent.

Und jetzt, Herr Waldmüller, weil Sie mir ja vorgeworfen haben, ich hätte eine Branche diffamiert, raten Sie doch mal, welche beiden Branchen wegen Arbeitshetze sowie starken Termin- und Leistungsdrucks in dieser Statistik ganz vorne stehen! Ich verrate es Ihnen gern: Das eine ist das Gesundheits- und Sozialwesen und das andere ist die Hotellerie und Gastronomie. Wie man dann angesichts solcher Entwicklungen zu der Überzeugung gelangen kann, noch mehr Flexibilität in Sachen Arbeitszeit sei die Lösung, kann ich beim besten Willen nicht mehr nachvollziehen.

Meine Damen und Herren, wer sich mal mit den Beschäftigten aus der Gastronomie unterhält und fragt, wie denn bisher Leistungsspitzen im Betrieb abgefangen wurden, der erhält hinter vorgehaltener Hand zugegebenermaßen hin und wieder auch die Aussage, wenn hier die Hütte brennt, dann arbeiten wir doch ohnehin schon mehr als zehn Stunden und keiner lässt einfach den Löffel oder das Portemonnaie fallen oder fährt an der Rezeption den Rechner runter. Das heißt auf Deutsch, man lässt durchaus auch mal das Arbeitszeitgesetz in der Hochsaison notgedrungen das Arbeitszeitgesetz sein.

Deshalb aber jetzt als politisch Verantwortlicher herzugehen und zu sagen, dass man einfach mal die Regeln so ändert, damit es am Ende wieder passt, das ist doch, ehrlich gesagt, ein wenig absurd. Das wäre etwa genauso, als wenn Sie vor einer Schule ein 30er-Schild hinstellen, und, weil es leider immer eine Menge Unbelehrbare gibt, die trotzdem weiter mit 50 km/h daran vorbeirauschen, feststellen, man könne es doch dann gleich bei 50 km/h belassen. So geht es nicht und das muss hier im Landtag auch mal deutlich gesagt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, ...

Henning Foerster, DIE LINKE: Nein!

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: ... gestatten ...

Lassen Sie mich erst die Frage ausreden, ja?! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten?

Henning Foerster, DIE LINKE: Nein, gestatte ich jetzt nicht.

Die 30 km/h haben nämlich, ähnlich wie auch das Arbeitszeitgesetz, eine Schutzfunktion. Im einen Fall geht es darum, Schülerinnen und Schüler davor zu bewahren, über den Haufen gefahren zu werden, und im anderen Fall ist der Schutz der Gesundheit der Beschäftigten maßgebend. Ich spare mir an der Stelle die Wiederholung detaillierter Ausführungen zum Zusammenhang von langen und überlangen Arbeits- und kurzen Ruhezeiten auf der einen sowie zur Zunahme von Unfällen und bestimmten Krankheitsbildern auf der anderen Seite. Die Fakten sind hinlänglich bekannt, die kann man nachprüfen, das wissen Sie auch alle, zumindest sollten Sie es wissen.

Meine Damen und Herren, daher ist es gut, dass Gewerkschaften und Betriebsräte über verschiedene Zuständigkeitsbereiche hinweg immer wieder deutlich machen: Hände weg vom Arbeitszeitgesetz! Dass es natürlich die Landesregierung da nicht besonders erfreut, wenn die Opposition mitbekommt, dass auch hierzulande zumindest daran gearbeitet wird, ich sage mal, die Flexibilität im Sinne der Arbeitgeber zu erhöhen, kann ich nachvollziehen. Der Umgang mit meiner Kleinen Anfrage zu diesem Thema ist dennoch ein starkes Stück. Da wird die Bearbeitung von Fragen, die eigentlich keinen großen Rechercheaufwand erfordern, erst mal ohne Rückmeldung mehr als sechs Wochen in die Länge gezogen, und dann werden sie auch noch „höchst kompetent“ – das will ich in Anführungszeichen gesetzt wissen – beantwortet. Auf die Frage, wann Frau Ministerpräsidentin Schwesig denn vom Vorhaben des Wirtschaftsministers zum Thema „Neudefinition Saisonbetriebe“ erfahren hat, wird wie folgt geantwortet, ich zitiere das mal: „Da es sich lediglich um das Ermitteln und Festlegen einer fachlichen Begriffsdefinition handelte, bedurfte es keiner Information ...“. Da sage ich dann vielen Dank, aber ich habe nicht gefragt, ob die Ministerpräsidentin unterrichtet werden musste, sondern ob sie unterrichtet wurde und, wenn ja, wann.

Wenig schmeichelhaft für die Landesregierung ist es auch, wenn sie offenkundig versucht, die Opposition hier so ein bisschen hinter die Fichte zu führen. Auf die Fra-

ge, ob denn künftig tarifgebundene Unternehmen von der Neuregelung in Sachen Saisonbetriebe nicht benachteiligt werden könnten, antwortete die Landesregierung wie folgt, auch das zitiere ich mal: „Es müsste im Einzelfall geprüft werden, ob die Tarifvertragsparteien eine Abweichung durch behördliche Regelung ausschließen wollten. Wenn nicht, kann bei Vorliegen der Voraussetzungen und nach Ausüben des pflichtgemäßen Ermessens eine behördliche Bewilligung erteilt werden.“ Das nenne ich wirklich mal wieder „Laber Rhabarber“.

Reden wir doch bitte über die Fakten. Diese neue Vereinbarung zu den Saisonbetrieben ist offenkundig durch Absprachen zwischen der Landesregierung und dem DEHOGA entstanden. Es geht also um das Hotel- und Gaststättengewerbe. Für die Branche gibt es einen Manteltarifvertrag. Den habe ich mir natürlich in Vorbereitung auf diese Debatte besorgt, und, oh Wunder, da steht nirgendwo drin, dass im Einzelfall auch mehr als zehn Stunden gearbeitet werden kann, da stehen maximal zehn Stunden Arbeitszeit, und das in der Regel an fünf Tagen in der Woche. Die Folge – zumindest die Befürchtung muss man ja mal äußern dürfen –: dass Unternehmen, die sich an exakt diese tarifliche Regelung halten, am Ende womöglich die Gekniffenen sind, weil sie jetzt unter Umständen dabei zusehen müssen, wie nicht tarifgebundene Unternehmen sich dieser Ausnahmegenehmigung bedienen, während sie das aufgrund ihrer Regelung nicht können. Das ist dann wahrhaft ein toller Beitrag der Landesregierung zu mehr guter Arbeit und einem besseren Image.

Und, Herr Wirtschaftsminister, wenn Sie die zuständige Gewerkschaft am Prozess beteiligt hätten – er ist gar nicht da, okay – und nicht hinterher erst eingeladen hätten, um ihr das Ergebnis mitzuteilen, dann hätte diese Sie mit Sicherheit auch auf das Problem hingewiesen, aber nicht mal das ist geschehen. Auf Nachfrage wurde der NGG erklärt, man hätte die Einladung leider vergessen, nun sei es leider so, wie es sei. Folglich kann man eben jetzt – und das war ja das Ziel dieses Antrages – nur darauf drängen, dass diese Regelung schnellstmöglich wieder einkassiert wird.

Danach sollte man – und das ist die einzige Gemeinsamkeit mit Herrn Lerche – tatsächlich zum Dialog mit allen relevanten Beteiligten zurückkehren und ernsthaft gemeinsam daran weiterarbeiten,

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

die Frage zu beantworten, wie man das Fachkräfteproblem in der Branche im – und das ist unbestritten – Tourismusland M-V entsprechend lösen kann. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3398 zur Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke. Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der AfD und der Fraktion Freie

Wähler/BMV und Gegenstimmen der Fraktionen von SPD und CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3398. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3398 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29**: Beratung des Antrages der Fraktion Freie Wähler/BMV – Umgang mit den „Fridays for Future“-Demonstrationen, auf Drucksache 7/3407. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/3463 vor.

**Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV
Umgang mit den „Fridays for Future“-
Demonstrationen
– Drucksache 7/3407 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 7/3463 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Eigentlich hätte er auch teilnehmen können! –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sie kennen ja die „Fridays for Future“-Demonstrationen, die nicht nur in Deutschland, sondern weltweit und auch in Mecklenburg-Vorpommern stattgefunden haben und immer noch stattfinden. Uns hat insbesondere ein Punkt irritiert: die unterschiedlichen Aussagen, die aus der Landesregierung zu diesen Demonstrationen getätigt wurden.

(Torsten Renz, CDU: Dazu
wollen wir heute Klarheit haben.)

Dazu möchten wir gern heute Klarheit haben, Herr Renz. Die Ministerpräsidentin findet diese Demonstration gut, auch Herr Backhaus findet sie gut und positiv

(Tilo Gundlack, SPD: Ich finde sie auch gut. –
Thomas Krüger, SPD: Ich auch.)

und viele andere finden sie offensichtlich auch gut.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Frau Hesse hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass Demonstrationen dieser Art nicht von der Schulpflicht entbinden. Und auf eine Kleine Anfrage mit der Drucksachennummer 7/3288 hat sie nun mehr als klargestellt, dass auch die Teilnahme an diesen Klimaschutzdemonstrationen kein Grund mehr sei für eine Beurlaubung vom Unterricht,

(Beifall Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

und entsprechende Anträge sind insofern ablehnend zu bescheiden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das ist aus meiner Sicht eben verwirrend. Ich weiß jetzt nicht so genau, wie die Haltung der Landesregierung dazu ist. Also bisher war ich davon ausgegangen, dass Schulschwänzen Schulschwänzen ist. Dass man auf der anderen Seite eine Beurlaubung erreichen kann mit einem Antrag, das ist mir von zahlreichen Schulen bekannt. Dass das auch so gehandhabt wurde, dass vereinzelt bei Kindern, die beantragt haben, beziehungsweise deren Eltern, an Demonstrationen teilzunehmen, dann mit der Unterschrift von Klassenlehrer und Schulleiter diese Sache genehmigt wurde, das ist in der Vergangenheit so gewesen. Jetzt habe ich gelesen, Frau Hesse lehnt das ab oder das Bildungsministerium zumindest. Ich nehme an, dass es dann auch die Meinung von Frau Hesse ist,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

dass also dieser Grund nicht mehr für eine Beurlaubung herangezogen werden kann.

Umgekehrt habe ich darauf hingewiesen, dass man zahlreichen Meldungen aus der Presse entnehmen kann, das andere Mitglieder der Landesregierung das anders sehen. Und ich denke, diese Verwirrung der Schüler, der Eltern, der Lehrer, der Schulleiter ist nicht hinnehmbar. Wir möchten einfach eine Klarstellung haben, was nun wirklich die Auffassung der Landesregierung dazu ist.

Ich möchte Ihnen gern meine eigene persönliche Auffassung dazu mitteilen.

(Torsten Renz, CDU:
Also nicht die der Fraktion?)

Nein, es ist jetzt meine eigene persönliche Mitteilung.

(Heiterkeit und Zuruf
von Andreas Butzki, SPD)

Ich kann das auch gern noch mal sagen,

(Torsten Renz, CDU:
Ach, das ist nur zur Klarstellung.)

wenn Sie es nicht verstanden haben. Das ist jetzt meine eigene persönliche Meinung. Ich denke, das ist tatsächlich ein hoch wichtiges, demokratisches Gut, dass man an Demonstrationen teilnehmen kann.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, AfD und DIE LINKE)

Das gilt nicht nur für Erwachsene, sondern auch für Kinder. Und es steht den Schulen nicht zu, auch den Schulleitern nicht, zu entscheiden, welche Demonstration jetzt gut ist und welche schlecht und an welcher man teilnehmen darf und an welcher man nicht teilnehmen darf.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Genau, das ist doch Unterricht.)

Das ist sicherlich einer der wesentlichen Grundsätze meiner Meinung nach. Andererseits brauchen gerade die Schulleiter eine klare Ansage, was sie genehmigen dürfen,

(Thomas Krüger, SPD: Da sind wir uns einig.)

in welcher Ausnahme sie etwas genehmigen dürfen oder eben auch nicht.

Deswegen stimme ich persönlich – das haben wir in der Fraktion jetzt gar nicht abgestimmt, aber auch damit habe ich kein Problem –

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion an der Stelle nicht zu. Wenn ich ihn richtig verstanden habe – aber Sie werden das gleich noch mal erläutern –, habe ich es jetzt so verstanden, dass Sie grundsätzlich keinerlei Demonstrationen ermöglichen möchten,

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Während der Schulzeit.)

also die Teilnahme an Demonstrationen, auch wenn die gesonderte Erlaubnis erteilt wurde. Das sehe ich eben etwas anders. Wir können Beurlaubungsanträge stellen, zum Beispiel, weil die Familie früher in den Urlaub fährt.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Aufgrund des Flugtickets wird das Kind einen Tag vorher beurlaubt, das ist möglich.

(Andreas Butzki, SPD: Also in NRW gibt es da große Strafen, hab ich gelesen.)

Wenn so was möglich ist, dann muss es ja wohl auch möglich sein, dass das Kind an einer Demonstration teilnimmt. Deswegen ist dieser Änderungsantrag aus meiner Sicht ganz klar abzulehnen.

Trotzdem braucht man eben diesen Rahmen, auch als Schulleiter. Ich habe mit mehreren Schulleitern vor diesem Hintergrund gesprochen und die sagen, ja, einmal finde ich das in Ordnung, wir sprechen dann auch über das Thema, über das Thema Demonstrationsrecht, was bedeutet das für eine Demokratie.

Übrigens, was bedeutet das Streikrecht? Das passt auch ganz gut rein, die verschiedenen Rechte, die wir eben als Staatsbürger haben, mit den Kindern in den Schulen zu diskutieren, aber wir können natürlich nicht von der Fünftage- zur Viertageweche übergehen

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Aber die Schüler finden das gut.)

und jeden Freitag den Unterricht ausfallen lassen. Das ist das Dilemma, was die Schulleiter haben, und wo sie einfach eine klare Ansage haben möchten.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Es gibt auch andere Gründe, die da noch mit reinspielen, zum Beispiel die Versicherungspflicht. Wenn die Kinder in unserem Fall von Rügen nach Rostock fahren, um dort an der Demonstration teilzunehmen, möchte ich natürlich auch sicher sein, dass das Kind versichert ist auf diesem Weg, genau wie auf dem Schulweg.

Das sind ganz handfeste aktuelle Fragestellungen, die man, glaube ich, nicht von der Hand weisen kann, und

die Landesregierung hat da leider, wie häufig, aber jetzt insbesondere an dieser Stelle, tatsächlich ein uneinheitliches, ein unklares Bild abgeliefert.

Inwiefern die Debatte uns heute auch noch zu dem eigentlichen Ursprungsthema führt, das überlasse ich jetzt den Rednern. Also wofür demonstrieren die Kinder? Ist das ein gutes Ziel, für das sie eintreten? Ist es richtig, das auf diese Art und Weise zu machen? Ich formuliere das bewusst jetzt erst mal nur als Frage. Das ergibt sich nicht zwangsläufig aus unserem Antrag, das haben wir nicht als Thema beantragt, aber man kann natürlich bei dieser Gelegenheit darüber reden,

(Torsten Renz, CDU: Das überlassen wir mal dem Präsidium.)

und das überlassen wir dann den einzelnen Rednern, wer dazu etwas sagen möchte oder nicht. Natürlich haben wir dazu auch eine Meinung als Fraktion

(Dr. Ralph Weber, AfD: Eine.)

und können diese auch gern vortragen.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Thomas Krüger, SPD)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 180 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann verfahren wir so. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Frau Hesse, Sie haben das Wort.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich ganz herzlich bei Herrn Wildt bedanken für die Einbringung und das, was Sie dazu gesagt haben, weil Sie haben sehr schön beschrieben, dass wir vielleicht ein Stück weit in einer Ambivalenz stecken bei diesem Thema. Das hat Sie vielleicht dazu verleitet, auch zu sagen, die Landesregierung würde hier nicht einheitlich agieren. Das muss ich zurückweisen, will es aber auch gleich begründen, wieso.

Ich glaube, wir stecken hier in einem kleinen Dilemma, dass wir auf der einen Seite das Recht haben, was sehr klar ist an dieser Stelle, und das sage ich Ihnen gleich, auf der anderen Seite wir alle auch Menschen sind und eine persönliche Haltung haben zu dem, was da passiert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich kann es hier noch mal betonen und muss es auch betonen: Die Rechtslage ist eindeutig, das wissen Sie wahrscheinlich auch, denn es gibt dazu Rechtsprechungen, es gibt Abwägungen dazu, wie die Schulpflicht abzuwägen ist bezogen auf die Meinungs- und Demonstra-

tionsfreiheit. Das ist geklärt. Auch hier in Mecklenburg-Vorpommern ist es geklärt, denn es ist sehr eindeutig entsprechend unserer Verordnung über die Verfahren zur näheren Ausgestaltung der Schulpflicht. An allgemeinbildenden Schulen wird nämlich klar definiert – und das haben wir auch den Staatlichen Schulämtern und den Schulen entsprechend mitgeteilt –, dass eben eine Teilnahme an der Demonstration nicht von dieser Verordnung, also von einer Befreiung gedeckt wird. Das ist klar definiert und das haben wir den Schulämtern mitgeteilt beziehungsweise die Schulämter dann auch im Rahmen eines Musterschreibens an die Schulen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Hesse, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Grimm? (Zustimmung)

Bitte schön.

Christoph Grimm, AfD: Sehr geehrte Frau Ministerin, gab es denn in oder aus Ihrem Hause heraus Ahndungen für alle diejenigen Fälle, in denen Schüler bei „Fridays for Future“ in der Schule gefehlt haben?

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Mein Haus, also das Bildungsministerium, nimmt keine Ahndungen vor. Die Konsequenz wäre, dass es ein unentschuldigtes Fehlen ist, und das wird dann entsprechend vermerkt.

(Andreas Butzki, SPD:
Das macht die Schulleitung.
Lesen Sie mal das Schulgesetz durch!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Sie möchten eine weitere Zwischenfrage stellen? (Zustimmung)

Frau Ministerin, gestatten Sie eine weitere? (Zustimmung)

Bitte schön, Herr Grimm.

Christoph Grimm, AfD: Mit Ahndungen meine ich natürlich die disziplinarischen Folgen. Ich hatte gedacht, dass Sie das so auch auffassen, ob es die gab.

Ministerin Birgit Hesse: Ich glaube, ich habe die Frage hinreichend beantwortet.

(Andreas Butzki, SPD:
Das sollte ein Jurist wissen.)

Also lassen Sie mich bitte fortfahren,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Den Schulleitern den
Schwarzen Peter zuzuschieben.)

weil ich möchte gern noch zu einem anderen Punkt kommen.

Es gibt, lieber Herr Wildt, eine deutliche Kommunikation und es gibt auch ein einheitliches Verfahren. Dass das vor Ort vielleicht manchmal etwas anders gehandhabt wurde, stelle ich gar nicht in Abrede, aber das ist eben einfach ein anderer Punkt.

Also noch mal: Die Rechtslage ist klar, wir haben sie auch kommuniziert, aber jetzt komme ich eigentlich zu

dem, was mir auch noch wichtig ist. Es gibt nämlich sehr wohl eine Möglichkeit, die Teilnahme an einer Demonstration legal zu ermöglichen,

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

indem man das nämlich quasi zum Teil des Unterrichts macht und auch mit dem Klassenverband teilnimmt. Ich weiß aus Diskussionen mit den Teilnehmern von „Fridays for Future“, dass sie das gerade nicht wollen, weil es ihnen eben wichtig ist zu zeigen, wir sind an dieser Stelle mal ungehorsam und schaffen so dann auch die Aufmerksamkeit. Zu mir haben Vertreter dann auch gesagt, Frau Hesse, wenn wir das nicht in der Schulzeit gemacht hätten, dann hätten wir nicht diese Aufmerksamkeit bekommen,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Nee, dann wäre kein Aas gekommen! – Thomas Krüger, SPD: Falsch!)

wie wir sie haben.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Richtig!)

Insofern lassen Sie mich das kurz zusammenfassen, obwohl ich es eigentlich schade finde, dass wir bei dem eigentlichen Thema jetzt hier diskutieren über Schulpflicht ja/nein, wie ahnden, Konsequenzen oder nicht. Ich finde, wir sollten an dieser Stelle einfach auch noch mal wirklich ganz deutlich sagen, was die Schülerinnen und Schüler hier machen und welches Anliegen sie verfolgen, ist doch etwas, was wir unbedingt unterstützen sollten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sie sehen und spüren die Folgen des Klimawandels schon jetzt und werden noch jahrzehntelang das ausbaden müssen, was die Erwachsenen von heute tun und vor allem nicht tun. Von den Kindern, den Jugendlichen von heute können wir einiges lernen. Und es ist, finde ich, nicht irgendeine Meinungsmache, für die die Schülerinnen und Schüler sich da empören und engagieren, es geht auch nicht um die moralische Bewertung einer politischen Entscheidung, es geht schlichtweg – und das finde ich wichtig – um ihre Existenz, um ihre Lebensgrundlage und um unseren Planeten.

Das kann man jetzt pathetisch finden

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ja, ist es.)

oder es zum Anlass nehmen, auch den eigenen Umgang mit Müll, Plastikverpackungen, unendlichen Ressourcen gründlich zu überdenken. Man kann sich an die eigene Nase fassen, seine Coffee-to-go-Gewohnheiten hinterfragen und überlegen, ob die geplante Fernreise wirklich sein muss, zumal es an Ostsee und Seenplatte doch genauso schön ist, und wenn das nächste Paket vom Onlineshopping eintrifft, mal nachverfolgen, wie weit der Weg war, den es hinter sich hat. Schließlich ist es unsere sorglose Art zu leben, die die Jugendlichen aufschreien lässt. Jetzt ausgerechnet eine Debatte darüber zu führen, ob dieser Aufschrei überall im Land zur gleichen Anzahl unentschuldigter Fehlstunden führt, ist vermutlich genau das, was die Schülerinnen und Schüler „von denen da oben“, also von uns, erwarten.

Indem wir Verwaltungsakte dramatisieren, verharmlosen wir das Inhaltliche. Dass die „Fridays for Future“-Demonstrationen nicht nur von Freitag zu Freitag weiterleben, sondern sich auch nach und nach über den Globus verbreitet haben, unterstreicht die Dringlichkeit und die Aufrichtigkeit, mit der die Kids hier in Mecklenburg-Vorpommern und andernorts auf die Straße gehen. Sie wollen gesehen werden, sie wollen gehört werden, sie wollen Druck erzeugen. Die Jugendlichen sind nicht naiv, denn „Fridays for Future“ parallel zur Schulzeit stattfinden zu lassen, ich sagte es bereits, lässt sich zwar als Akt zivilen Ungehorsams lesen, Greta Thunberg hat das so formuliert: „Wir können die Welt nicht retten, indem wir uns an die Spielregeln halten. Die Regeln müssen sich ändern, alles muss sich ändern, und zwar heute.“

Dass wir, die Erwachsenen, die Verantwortungsträger, die vermeintlich Handelnden, den Ernst und die Entschlossenheit der „Fridays for Future“-Kids wahlweise milde belächeln oder über das Für und Wider des Demonstrationzeitpunktes diskutieren, liegt vielleicht daran, dass diese Schülerinnen und Schüler uns etwas zeigen. Die „Zeit“ schrieb in der vergangenen Woche, und ich fand das Zitat beeindruckend: „Sie“, also die Schülerinnen und Schüler, „lassen uns echt alt aussehen“,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

und meinte damit nicht nur, dass es Kinder sind, die da für unser Klima streiten, vielmehr beschämt uns ihr Engagement, weil wir es versäumt haben, diese Herausforderung wirklich anzupacken, und bis heute sogar den Minimalzielen des Pariser Abkommens hinterherschulufen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, machen wir uns nichts vor, die „Fridays for Future“ haben das Zeug zu einem Generationenkonflikt. Es ist an uns, ihn zu lösen. Wir müssen zeigen, dass wir mit Ü30, Ü40 oder auch Ü50 noch lernfähig sind,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Und dann ist Schluss, dann ist Schluss! –
Martina Tegmeier, SPD: Auch mit 60 noch.)

dass wir noch radikale Entscheidungen treffen können und handeln, denn die meisten von uns haben bei dem Thema Klimarettung lange genug unentschuldig gefehlt. Darüber müssen wir reden,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Wie denn nun? Wie denn nun? Wie wird
jetzt verfahren? Wo ist die Antwort?)

und zwar mit denen, die jetzt an unser statt rebellieren.

Die Landesregierung möchte genau das tun, deshalb waren die Ministerpräsidentin und andere Kabinettsmitglieder – auch ich, allerdings außerhalb der Schulzeit – bereits bei den Demos. Und – das möchte ich betonen – die Ministerpräsidentin hat gemeinsam mit dem Landwirtschafts- oder hier Umweltminister eingeladen, um letztendlich darüber zu reden.

Und ich möchte zum Abschluss eins noch ganz deutlich ...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Die ist mit zwei
Dienstkarossen zur Demo gefahren.)

Ach, das tut doch hier nichts zur Sache!

(Dr. Ralph Weber, AfD: Doch! –
Der Abgeordnete Bernhard Wildt
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Herr Wildt, ich komme gleich zu Ihnen.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Genau darum geht es.)

Ich möchte noch eins ganz deutlich sagen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Dann war das ja Heuchelei, was
Frau Schwesig gesagt hat.)

denn gerade von der rechten Seite kommen jetzt viele Zwischenrufe, weil oft die Demonstrationen gleichgesetzt wurden mit Schwänzen: Ich finde, das hat nicht die Qualität von Schwänzen, wenn junge Menschen sich einsetzen für dieses so wichtige Thema. – Vielen Dank.

Ach so, jetzt habe ich Herrn Wildt vergessen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Hesse, gestatten Sie eine Frage? Wie gesagt, die Redezeit beträgt oder die angemeldete Redezeit betrüge dann noch eine Minute.

Ministerin Birgit Hesse: Ich bin auch fertig.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Ministerin! Sie haben jetzt sehr ausgewogen sowohl als auch geantwortet.

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Könnten Sie bitte meine aufgeworfene Frage im Antrag klarstellen: Wie ist jetzt die Haltung der Landesregierung konkret?

(Horst Förster, AfD: Ambivalent.)

Ministerin Birgit Hesse: Also ich kann Ihnen ganz klar sagen, wie die Rechtslage ist. Die Landesregierung ist an Recht und Gesetz gebunden und das habe ich bereits ausgeführt.

(Horst Förster, AfD: Und wir
haben Wahlen demnächst.)

Ich finde, es ist aber durchaus bei diesem Thema legitim, auch darüber zu diskutieren, was eigentlich das Ziel dieser Initiative ist. Das habe ich versucht, hier auszuführen.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Darum geht es nicht.)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Ralph Weber, AfD: Also unterstützt
man rechtswidriges Schulschwänzen,
wenn man teilnimmt.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich gehe davon aus, dass der Fraktionsvorsitzende Wildt damit seine Frage beantwortet bekommen hat, wie weit die Diskussion denn ausgedehnt werden kann. Ich habe aber auch das Bedürfnis der Fraktionen vernommen, dass es eine grundsätzliche Positionierung geben soll. Von daher ist der limitierende Faktor in dieser Diskussion schon das Thema und dann sicherlich auch die Redezeit in Anbetracht der Anzahl der angemeldeten Redner. Aber wie gesagt, selbst bei Weiterauslegung bitte ich doch, das Thema immer noch im Blick zu behalten.

Als Erster kann das versuchen für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Grimm.

Christoph Grimm, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hat, dass diese Regierung in der Angelegenheit „Fridays for Future“ eine populistische Spagathaltung einlegt, dann war das wohl sicherlich eben die Rede von Frau Hesse.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Martina Tegtmeyer, SPD:
Was für ein Unsinn! –
Andreas Butzki, SPD:
Das findet Ihr Altherrenklub so.)

„Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps“, weiß der gute alte deutsche Volksmund. Und ich möchte ergänzen: Schulpflicht ist Schulpflicht und Demo ist Demo. Die Bedeutung, meine Damen und Herren, von Disziplin und Ordnung, besonders in der Bildung, kann kaum unterschätzt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Herr Butzki wird mir sicherlich auch nicht widersprechen.

Disziplin und Ordnung – gerade und besonders in der Bildung – sind auch für Mecklenburg-Vorpommern natürlich wichtig. Wir haben wenig Rohstoffe, wir haben sonst nichts anzubieten, also müssen wir unsere Schüler gut ausbilden. Wer es dagegen dann begrüßt, dass in der Schulzeit gefälligst auch demonstriert werden kann, der tut nichts anderes, als dass er an seinem eigenen Ast sägt. Das gilt natürlich auch für diejenigen, die es für begrüßenswert halten, dass hier auch noch ein gewissermaßen politisches Erwachen oder ein Engagement der Jugendlichen plötzlich zum Ausdruck kommt, das man vorher vermisst hat.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist doch gut. Das ist doch schön.)

Diese Leute verhalten sich, wie ich finde, populistisch.

Natürlich begrüße ich es auch, wenn Jugendliche politische Probleme erkennen und dafür bereit sind, sich zu engagieren, aber hier geht es doch um die Schulzeit.

(Thomas Krüger, SPD:
Dass es den menschengemachten
Klimawandel gibt, das hat einen Grund.)

Und es ist auch so – das haben wir eben bei Frau Hesse sehr beispielhaft gehört –, dass man den Klimaschutz als politisches Ziel beginnt zu überhören.

(Andreas Butzki, SPD: Muss man gar nicht drauf reagieren, auf die Rede.)

Man beginnt, dieses politische Ziel zu überhören, weil es offenbar mehr darstellt als andere politische Ziele, denn für die anderen politischen Ziele ist bisher niemand strafflos der Schule ferngeblieben. Dem gilt es Einhalt zu gewähren, meine Damen und Herren. Das fordern wir dann aber auch von der Landesregierung. Das müssen wir einfordern, weil die Haltung, die sich hier zeigt, ist doch irgendwie indifferent.

Und zu meiner Zwischenfrage, um das noch mal zu sagen, ich halte es für ein gut gesteuertes Haus, wenn die Bildungsministerin sagen kann, ob sie irgendetwas unternommen hat, ob dem nachgegangen wurde und bei Schulleitern nachgefragt wurde,

(Philipp da Cunha, SPD: Es wird die Bildungspolizei losgeschickt.)

was diese tun, oder dass sie die Schulleiter anweist, bei einem unberechtigten Fernbleiben von der Schule dann auch Maßnahmen zu ergreifen.

(Thomas Krüger, SPD: Das hat die Ministerin ja klargestellt. –
Birgit Hesse, SPD: Welche Maßnahmen soll ich denn ergreifen?)

Andernorts, meine Damen und Herren, Sie haben das vielleicht den Medien entnommen, wurden Eltern mit einem Bußgeld belegt, weil sie es nicht wollten, dass ihr Schulkind an einem Besuch einer Moschee teilnimmt.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genau, genau. –
Thomas Krüger, SPD: Ah, das hat aber lange gedauert, bis das kam!)

Das zeigt, dass andere politische Ziele nicht so behandelt werden, Herr Krüger. Das ist ...

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ja, gehen Sie mal in der Sache darauf ein und sagen Sie nicht immer „Schwachsinn“!

(Horst Förster, AfD: Das will Herr Krüger doch nicht hören. –
Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Es gibt, meine Damen und Herren, ein gutes Wort eines ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Es gibt ein ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte schon darauf hingewiesen, dass ausreichend Redezeit zur Verfügung steht und dass Sie sich auch breit des Themas annehmen können, aber dann bitte doch hauptsächlich hier vom Rednerpult.

Sie können fortfahren, Herr Grimm.

Christoph Grimm, AfD: Es gibt ein gutes Wort, das, finde ich, immer gut und gern zitiert werden sollte, wenn es gerade passt, und zwar von einem Journalisten. Dieser hat mal gesagt, kein Journalist solle sich mit einer Sache gemeinmachen, auch nicht, wenn es eine gute ist. Auf unser Problem angesprochen kann man nur sagen, ja, das haben Sie auch ...

(Thomas Krüger, SPD: Ich finde es schön, dass Sie Journalisten hier ansprechen und zitieren. Zu den Journalisten haben Sie ja sonstin angespanntes Verhältnis.)

Das, meine Damen und Herren, gilt auch für Lehrer.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Sie können sich nicht mit einer politischen Sache vor den Schülern gemeinmachen, auch nicht, wenn es eine gute ist,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn die Neutralität gilt auch an Schulen.

(Thomas Krüger, SPD: Das heißt aber nicht, dass gesellschaftliche Ereignisse nicht diskutiert werden können.)

Der Beutelsbacher Konsens ist ja gestern gerade wieder zitiert worden, vollkommen richtig. Eine korrekte Forderung und alles andere, auch das, was hier geschieht, was wir hier von Frau Hesse erlebt haben, ist nichts anderes als Populismus. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir waren alle mal jung und die meisten in diesem Haus

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Sind es immer noch!)

sind sicherlich auch jung geblieben, ganz besonders Frau Oldenburg.

Ich habe da auch an meine Schulzeit zurückgedacht, die nun auch schon bald 20 Jahre her ist,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Doch?!)

und ich konnte mich auch an eine Demonstration erinnern. Der Grund war etwas profaner damals, wir haben gegen zu viele Hausaufgaben demonstriert,

(Martina Tegtmeier, SPD: He!)

und das durchaus auch mal während der Schulzeit. Meistens fand das aber am Nachmittag statt. Ich kann auch sagen, die Aktionen waren wenig erfolgreich, und das wahrscheinlich aus gutem Grund.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Weil die am Nachmittag stattgefunden haben.)

Nein, richtig zuhören, ne?!

(Christian Brade, SPD:
An welcher Schule war er denn?)

Die Debatte hier zeigt aber auch, und das, glaube ich, hat heute noch gar keiner gesagt, dass unsere Kinder und Jugendlichen an politischem Inhalt durchaus interessiert sind und die Politikverdrossenheit dort gar nicht so groß ist, wie es mitunter immer mal behauptet wird. Die junge Generation ist an ihrer Zukunft und an dem Zustand unseres Planeten interessiert, und das, wie wir alle glauben, auch aus gutem Grund. Gerade die zähen Verhandlungen und schwierige Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens zeigen, dass das Engagement notwendig und auch durchaus von großer Bedeutung ist. „Fridays for Future“ zeigt aber auch, wie ich finde, sowie viele Beteiligungsformate hier im Landtag, zum Beispiel „Jugend debattiert“ oder „Jung sein in M-V“, dass junge Leute engagiert und informiert sind und sich in das tagpolitische Geschäft einmischen wollen.

Nun aber auch durchaus mal zum Thema. So etwas kann natürlich nicht jeden Freitag in der Schulzeit stattfinden. Ich wäre sehr interessiert daran zu wissen, wie es ist, wenn die jungen Leute mit einem Mal andere Themen finden, wenn sie meinen, man kann das ein bisschen überspitzen, Klimaschutz ist nur möglich, wenn wir neue Atomkraftwerke bauen, oder die Sicherheit Deutschlands ist nur gewährleistet, wenn wir neue Flugzeugträger bauen. Ob dann auch immer noch alle, die das heute so sehr begrüßen, dafür sind, dass in der Schulzeit demonstriert wird, da habe ich meine argen Bedenken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Deshalb, glaube ich, für einen begrenzten Zeitraum mag das durchaus mal sehr interessant sein. Wenn es denn Bestandteil der Demokratieverziehung und des Unterrichtes ist und daraus vielleicht sogar Aktionen vor Ort würden, wie wir auch vor Ort in Schwerin oder in unseren Gemeinden das Klima schützen können, dann, glaube ich, ist das durchaus sinnvoll. Es kann natürlich kein Dauerzustand sein, das zeigen auch erste Bewegungen. Die Klimaschutzdemo hier in Schwerin hat in der letzten Woche erst ab 14.00 Uhr, also am Nachmittag stattgefunden. Das, glaube ich, ist vernünftig so und sollte auch in Zukunft so gelegt werden. Trotzdem sollte am Ende das Engagement der Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt stehen.

Wir glauben, dass das Lösungspotenzial durchaus vor Ort bei den Schulleitungen, bei den Eltern und bei den Schülern liegt, und dass wir für die Zukunft glauben, dass man dieses Thema so bearbeitet kriegt, dass es jetzt nicht notwendig ist, dass dieses Hohe Haus irgendwelche drakonischen Anträge beschließt. Die Bildungsministerin hat alles dazu ausgeführt, das Schulgesetz gilt und muss auch so umgesetzt werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist kein YouTuber, es ist

kein Musiker, es ist kein Sportler, Greta ist es, die gerade die Jugendlichen begeistert.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Greta ist das neue Idol der Schülerinnen und Schüler, auch in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Mädchen versetzt Europa in Aufruhr,

(Zuruf aus dem Plenum:
Werbemaschine! Werbemaschine!)

stiftet so beherzt zivilen Ungehorsam, und das, sehr geehrte Damen und Herren, sollte doch wohl Jugendlichen erlaubt sein. Eine junge Frau schafft es, Massen für Klima- und Umweltschutz zu begeistern. Meine Fraktion ist stolz auf diese Kinder und Jugendlichen, die sich auch in unserem Bundesland dafür einsetzen,

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

dass wir alle uns noch mehr unserer Verantwortung bewusst werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Es liegt in unserer Hand, hier Einfluss zu nehmen, aber doch nicht auf die Teilnahme an Demonstrationen, sondern Einfluss durch unsere Entscheidungen in der Klimapolitik.

Wenn ich den Antrag richtig verstanden habe, geht es doch eigentlich darum: Handelt es sich um eine Schulpflichtverletzung, ja oder nein? Ich bin der Meinung, es handelt sich aus zwei großen Gründen nicht um eine Schulpflichtverletzung, denn erst mal würde ich mich nicht an untergesetzlichen Regelungen langhangeln, sondern am Schulgesetz. Das sagt im Paragraphen 41: „In begründeten Ausnahmefällen kann von der Regelung“, der Schulpflicht, „unter Satz 1 Nummer 1 abgewichen werden.“

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

„Die Entscheidung trifft die zuständige Schulbehörde.“ Es kann also abgewichen werden.

Gestern hatten wir genau den gleichen Teil, nämlich Teil 4 des Schulgesetzes, hier vor, als es darum ging, die Schülermindestzahlen zu senken. Die sind auch im Schulgesetz im Abschnitt 4 festgelegt unter der Rubrik Schulpflicht. Da steht dann, wie viele Schüler in einer Klasse sein müssen und, und, und. Dann steht im Paragraphen 45 Absatz 5: „Wird die Schülermindestzahl von Schulen gemäß § 11 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe b bis e im Folgejahr wiederum nicht erreicht, wird keine weitere Ausnahmegenehmigung erteilt.“

Darauf machte ich gestern aufmerksam und habe gesagt, wir müssen diese Mindestzahlen senken, damit wir das Schulgesetz nicht umgehen. Da hat Frau Hesse – und das ist auch in Ordnung – gesagt, dass sie mit den Schulträgern aber redet und dann sozusagen dieses Schulgesetz an dieser Stelle nicht die Wirkung hat, die ein Schulgesetz sonst hat. Das kann man machen. Man kann vereinbaren, so hat Frau Hesse das gesagt, dass sie mit den Schulträgern redet und dann eben die Schu-

len sozusagen nicht geschlossen werden. Warum kann da das Schulgesetz anders ausgelegt werden und bei der Schulpflicht für die Schülerinnen und Schüler nicht? Das ist zum einen eine Frage, die ich habe. Zum anderen bin ich überhaupt der Meinung, dass diese Kinder sehr wohl und diese Jugendlichen sehr wohl ihre Schulpflicht erfüllen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ach?!)

Selbstverständlich erfüllen sie ihre Schulpflicht. Ein Blick in alle Rahmenpläne, ein Blick auch ins Schulgesetz, ein Blick in die ganzen Projekte, die es in diesem Land gibt, sagt, diese Schüler erfüllen ihre Schulpflicht. Die einen nehmen vielleicht gerade freitags am Projektwettbewerb „Schüler staunen ...“ teil, der sich rund um das Thema Nachhaltigkeit rankt. Das ist Unterricht, das ist keine Schulpflichtverletzung. Andere wiederum setzen zufällig freitags die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur Demokratie- und Menschenrechtserziehung um. Auch sie verletzen nicht die Schulpflicht.

(Dr. Gunter Jess, AfD: Ach, die Schüler machen ihren eigenen Stundenplan?!)

Die jüngeren Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschäftigen sich wahrscheinlich mit dem Wettbewerb des Landes „Fahrrad! Fürs Klima auf Tour“. Das sind dann wohl unter anderem die, die mit dem Fahrrad zur Demo kommen.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das geht aber nicht jeden Freitag! –
Dr. Ralph Weber, AfD:
Das geht überhaupt nicht!)

Das ist natürlich auch keine Verletzung der Schulpflicht. Und auch die Lehrkräfte verstoßen selbstverständlich nicht gegen die Schulpflicht, die sich gemeinsam mit ihren Schülern um den Preis „DemokratieErleben“ bewerben, bei dem es darum geht, dass Schulen gesucht und prämiert werden, in denen Kinder und Jugendliche gemeinsam mit ihren Pädagogen Demokratie lebendig gestalten.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Und wie oft ist das dann möglich?)

Jeder Rahmenplan, jeder einzelne Rahmenplan dieses Landes, auch wenn sie schon „Asbach Uralt“ sind, diese Rahmenpläne fordern eine Bildung für nachhaltige Entwicklung in jedem Fach. Und da erzähl mir mal noch einer, dass die Kinder und Jugendlichen ihre Schulpflicht verletzen!

(Dr. Ralph Weber, AfD: So ein Schmarrn!)

Sie machen sehr wohl Unterricht, nur an einem anderen Ort.

(Tilo Gundlack, SPD: Es wird ja nicht jeden Freitag demonstriert.
Das ist ja nun Quatsch!)

Bildungsminister aus anderen Ländern entscheiden auch so. Ich bin der Meinung, man kann es nicht den Schulleiterinnen und Schulleitern allein überlassen – das, was der Antrag auch sagt – zu entscheiden, ob es eine Schulpflichtverletzung ist oder nicht.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Oldenburg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Wildt? (Zustimmung)

Bitte schön, Herr Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Vielen Dank.

Frau Oldenburg, Sie haben gerade ausgeführt, aus welchen Gründen aus Ihrer Sicht die Teilnahme an der Demonstration auch Unterricht sein kann. Sehen Sie, dass das für jeden Freitag so gegeben ist, oder ist das eine einmalige Geschichte?

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ich würde es für jeden Freitag so sehen, sehe aber auch, dass ich das in Aufgaben umwandeln würde. Ich würde als Lehrerin selbstverständlich sagen, geht dahin, aber dann holen wir dieses Thema auch in den Unterricht und machen beides. Ich glaube, das ist dann eine sehr gute Idee, dass man die Demonstration mit dem Unterrichtsinhalt, der in der Schule vermittelt wird, zusammenpacken kann, und es eben keine Schulpflichtverletzung ist, wie es auch in anderen Bundesländern gehandhabt wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Ministerin Birgit Hesse: Stimmt nicht.)

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Okay, danke. Also jeden Freitag?

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja, na selbstverständlich.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Dann gibt es nur noch eine Viertageswoche.)

Es ist vertretbar, für den Umweltschutz zu demonstrieren. Und es ist für unsere Fraktion, für meine Fraktion keine Schulpflichtverletzung.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Oldenburg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Jess?

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nein.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Nee, der kommt von der falschen Partei, ne?!)

Ich habe hier gar nichts mit Parteien zu tun. Das ist eine Fraktion oder irre ich mich jetzt bei Ihnen?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich möchte jetzt gar nicht darauf eingehen, was alles vielleicht Schulpflichtverletzung ist, ob es die ausgefallenen Unterrichtsstunden sind, ob es die nicht besetzten Stellen an den Schulen sind. Ich bin der Meinung, wir haben hier eine Jugend. Was wir alle nicht erwartet hätten, wir haben eine Jugend, die sich dafür einsetzt,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

was unter anderem wir ihnen eingebrockt haben. Und die, die ihnen das unter anderem mit eingebrockt haben, wir haben nicht das Recht, sie dafür zu bestrafen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Philipp da Cunha, SPD)

Es gibt unentschuldigte Fehltage bei einigen Schulen, wo die Schüler daran teilnehmen. Und selbstverständlich weiß ich, es gibt auch immer schwarze Schafe, die gibt es überall, aber ich bin der Meinung, mit „Fridays for Future“ machen uns diese Jugendlichen gehörig was vor. Und wir dürfen da nicht reingrätschen und sagen, oh, oh, oh, jetzt ist es aber eine Schulpflichtverletzung. Ich bin der Meinung, wir können das Recht und die Unterrichtsinhalte so ausbauen,

(Minister Harry Glawe:
Das sind Projekttag, ne?)

ausdehnen, anpassen, dass es sehr wohl keine Schulpflichtverletzung ist, sondern Unterricht, nur an einem anderen Ort.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Oldenburg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn de Jesus Fernandes?

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nein, danke.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Aßmann.

Elisabeth Aßmann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich will zunächst sagen, Herr Wildt, ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie Ihren Antrag relativ sachlich vorgestellt haben. Ich bin vor allem dankbar dafür, dass Sie Ihre persönliche Meinung hier gesagt haben, die, glaube ich, in Ihrer Fraktion nicht jeden betrifft. Ich glaube, daran haben Sie Gutes getan. Was mich aber verwundert, ist, was wir hier eigentlich für einen Paragrafenschungel aufmachen.

Herr Grimm schläft hier vorne fast ein.

Frau Oldenburg, auch wenn Sie in der Sache in meinem Sinne gesprochen haben, haben Sie sich doch abgehängt an diesen ganzen Paragraphen. Ich finde das, ehrlich gesagt, traurig, weil dieses Feuer, was draußen brennt, was die Jugendlichen uns mitgeben, das ist so eine großartige Chance,

(Horst Förster, AfD: Goldstaub ist das.)

Politik in der Schule erlebbar zu machen, die Jugendlichen zu motivieren, sich für Themen zu interessieren. Lieber doch Klima statt Komasaufen. Machen wir uns doch nichts vor, das ist großartig, was da draußen passiert!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Wenn ich dann hier Herrn Reinhardt höre, der sagt, na ja, für einen begrenzten Zeitraum ist das mal in Ordnung,

(Marc Reinhardt, CDU:
Das habe ich nicht so gesagt!)

und ich den Zwischenruf höre von Herrn Liskow, Greta, die Werbemaschine,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

dann zeigt das doch, dass Sie es immer noch nicht begriffen haben in Ihren Reihen, Herr Liskow,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Sie haben es einfach nicht begriffen,

(allgemeine Unruhe –
Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Sie haben einfach nicht begriffen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

worum es unseren Jugendlichen hier geht.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Da ist Ihr Kollege Herr Kretschmer in Sachsen scheinbar schon deutlich weiter. Von dem können Sie lernen, weil der sagt nämlich für Sachsen, er sieht „überhaupt keinen Grund, den Schülerprotesten skeptisch“ entgegenzustellen, Zitatende. Das zeigt doch, dass der Ministerpräsident von Sachsen es genauso begriffen hat wie unsere Landesregierung, dass wir diese Jugendlichen eben nicht einfach überstimmen müssen,

(allgemeine Unruhe –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Aber die werden bei uns bestraft!)

mit irgendwelchen Paragrafen vollnolen können. Das ist überhaupt nicht das Argument immer,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Die kriegen Fehltag!)

wir haben Schulpflicht, und deswegen, das ist einfach nur ein Scheinargument.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Aßmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten de Jesus Fernandes?

Elisabeth Aßmann, SPD: Aber selbstverständlich.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Vielen Dank, Frau Aßmann.

Wie sieht das aus, wenn diese Schüler plötzlich auf die Idee kommen, gegen die derzeitige Migrationspolitik während der Schule zu demonstrieren oder gegen Globalisierung

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Das ist doch hypothetisch!)

oder für die Grenzschießung oder et cetera? Sehen Sie das dann tatsächlich genauso?

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Was wäre, wenn?!)

Elisabeth Aßmann, SPD: Herr de Jesus Fernandes, es ist mir, ehrlich gesagt, relativ egal, wofür jemand einsteht,

(Beifall Dirk Lerche, AfD –
Horst Förster, AfD: Oh!)

sondern es geht doch darum, dass junge Menschen sich politisch interessieren und sie das kundtun. Ich persönlich sage immer in jeder Diskussion, die ich mit Schülerinnen und Schülern habe, bitte macht das außerhalb der Unterrichtszeit, was auch hauptsächlich hier in Mecklenburg-Vorpommern so passiert, weil dann machen sie sich gar nicht angreifbar, weil das ist doch das, was Sie wollen. Sie wollen sagen, die verletzen nur die Schulpflicht oder sie gehen nur zu den Demonstrationen, damit sie nicht zur Schule gehen müssen.

(Zurufe von Jens-Holger Schneider, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Wenn es nachmittags passiert, wie es hier in Schwerin die ganze Zeit war, dann verlieren Sie Ihr stärkstes Argument.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wenn die Schülerinnen und Schüler sich auch für andere soziale Themen oder was auch immer einsetzen, dann sollen sie das natürlich tun wie jeder andere auch, denn wir haben Demonstrationsfreiheit.

(Horst Förster, AfD: Aber nicht
während der Schulzeit.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Frau Oldenburg?

Elisabeth Aßmann, SPD: Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Herzlichen Dank.

Ich kann vollkommen verstehen, was Sie sagen. Aber wie beurteilen Sie dann das Verfahren, dass in Mecklenburg-Vorpommern diese Jugendlichen bestraft werden, diese Jugendlichen unentschuldigte Fehlstunden bekommen? Sie gehen meinetwegen drei oder vier Stunden zur Schule. Wenn die Demonstration um 13.00 Uhr beginnt, fehlen zwei Stunden – fünf Stunden sind ein Tag, so wird das gerechnet – und sie bekommen unentschuldigte Fehltag. Passt das mit Ihrer sehr positiv gestimmten Art diese Demonstrationen betreffend überein oder sehen Sie da vielleicht Nachholbedarf?

Elisabeth Aßmann, SPD: Also, Frau Oldenburg, zunächst steht es mir nicht zu, Schulleiterinnen und Schulleitern vorzuschreiben, wie sie ihren Job zu machen haben. Das ist das Erste. Und ja, ich würde mir wünschen, dass Lehrerinnen und Lehrer mehr diese Chance nutzen, diese Themen, egal, um welche es geht, aber Themen, die von Interesse bei Jugendlichen sind, zu nutzen, sie im Unterricht einzubauen, genau solche Sachen, nämlich Demokratie, demokratische Teilhabe und so weiter und so fort, in ihren Unterricht einzubauen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich glaube, dass viele Lehrerinnen und Lehrer das durchaus wollen und bereit sind, das auch zu tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wissen Sie, ich war dabei, wie rückwärtsgewandt doch leider einige immer noch hier in diesem Hause sind. Wenn ich dann von der Kollegin Julitz höre, dass ein EU-Abgeordneter aus Mecklenburg-Vorpommern kürzlich in Waren gesagt hat, dass es doch völliger Humbug ist, dass Deutschland als Vorreiter vorgeht, Atomkraft abschalten, man muss doch erst mal gucken, was um uns herum passiert, dann ist das wirklich ein Zeichen dafür, wie rückwärtsgewandt es ist, denn natürlich brauchen wir kluge Vorreiter, um insgesamt voranzukommen, und das zeigen uns die Jugendlichen, indem sie freitags auf die Straße gehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und im Übrigen, nicht nur Jugendliche, sondern mittlerweile sind alle Generationen dabei.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wenn wir sehen, wie die Berichterstattung tatsächlich ist, heute früh „top agrar“ zeigt es mir an: Wir haben mittlerweile die Spargelsaison eröffnet. Ich glaube, jeder von Ihnen hat das Bild aus der letzten Woche gesehen,

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

wo Minister Backhaus wieder den Spargel angestochen hat. Und dann liegt im Lebensmitteleinzelhandel der Spargel aus Peru – über 10.000 Kilometer um die Welt geflogen. Herzlichen Glückwunsch dafür! Das zeigt doch genau, dass es richtig ist, sich mit diesen Themen kritisch auseinanderzusetzen und dass wir uns damit in noch viel mehr Bereichen, wenn es um Diesel oder Abgase geht, auseinandersetzen müssen.

Wenn man sich die Berichterstattung heute Morgen in der SVZ anguckt, sehen wir ebenfalls, dass es eben auch Leute gibt, die wirklich begriffen haben.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Gucken wir wie so oft in vielen Bereichen nach Skandinavien. In Oslo reißt das staatliche Bauamt beispielsweise jetzt gerade ein Gebäude ab, die verkaufen sogar den Hubschrauberlandeplatz, der da drauf ist. Die verkaufen die Stahlträger, die geben die Ziegel ab, die Treppen, die Geländer und sagen, warum sollen wir es denn wegschmeißen, wenn es noch jemand gebrauchen kann. Das sind doch die kleinen Punkte, um die wir uns kümmern müssen und die jeder von Ihnen auch zu Hause umsetzen kann.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Aßmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Jess?

Elisabeth Aßmann, SPD: Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön.

Dr. Gunter Jess, AfD: Frau Aßmann, in gewisser Weise muss ich ja sagen, die Globalisierung kritisiere ich genauso oder wir genauso. Aber verstehe ich Sie so, dass wir also den Handel mit Peru einstellen sollen,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

denn sie müssen irgendwas an uns liefern, wenn sie von uns was kaufen wollen? Wie würden Sie das interpretieren?

Elisabeth Aßmann, SPD: Da haben Sie mich falsch verstanden.

Dr. Gunter Jess, AfD: Das war alles, was Sie dazu sagen können? Danke.

Elisabeth Aßmann, SPD: Ich habe die Frage beantwortet. Es war eine geschlossene Frage.

(Andreas Butzki, SPD: Ja, das war die geschlossene Frage!)

Da haben Sie mich falsch verstanden, ganz einfach.

(Andreas Butzki, SPD: Das war die geschlossene Frage!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Einen Moment! Auf die Gefahr hin, dass hier noch mehr Zwischenfragen kommen:

(Vincent Kokert, CDU: Von mir nicht!)

Also es gibt klare Regeln für Zwischenfragen. Zwischenfragen sollen kurz und prägnant gestellt werden. Sie sind weder zu kommentieren und weitere Nachfragen müssen angezeigt werden. Ich bitte, das jetzt zukünftig zu beachten.

Jetzt können Sie fortfahren.

Elisabeth Aßmann, SPD: Nun bin ich hier so oft aus meiner Rede gerissen worden, dass ich mir zweifelsohne nicht mehr ganz sicher bin, was von dem, was noch auf meinem Zettel hier war, fehlt.

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Ich will das hier jetzt auch nicht unnötig in die Länge ziehen. Was ich aber sagen möchte, ist, dass meine Fraktion eine ganz klare Botschaft hat an jeden, der Demokratie lebt, an jeden, der auf die Straße geht, der für seine Rechte kämpft, der für seine Zukunft kämpft. Wir unterstützen das auf ganzer Linie und wir werden uns definitiv nicht hinter irgendwelchen Paragraphen verstecken, denn das, was da draußen passiert, ist richtig, und wir würden das jederzeit wieder unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Fridays for Future“, sinngemäß richtig übersetzt: Schulschwänzen für die Zukunft.

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD:
Ja, darauf reduzieren Sie das jetzt!)

Der erste Realitätsfehler ist schon der, dass Sie alle davon ausgehen, dass diejenigen, die das für sich in

Anspruch nehmen, wirklich demonstrieren gehen. Sprechen Sie mal mit den jungen Leuten, dann werden Sie feststellen, dass ein großer Teil, statistisch wahrscheinlich nicht erfasst, dass die das sehr lustig finden und sich einen lustigen Vormittag machen.

(Beifall Christoph Grimm, AfD)

Das ist schon ein ganz wichtiger Punkt, darüber nachzudenken,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

ob Sie auf der richtigen Grundlage hier argumentieren.

Der Antrag der BMV geht in die richtige Richtung, ist aber halbherzig, weil er nur eine Gemeinsamkeit im Handeln einfordert.

(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV:
Das weißt du doch noch gar nicht,
wir waren doch noch gar nicht vorne!)

Die AfD fordert mit ihrem Änderungsantrag eine klare Absage an die Aktion und fordert, dass es für Demonstrationen keine Freistellungen vom Schulunterricht gibt. Wer den Glauben verloren hat, sucht sich eine Ersatzreligion, denn es scheint ein Urbedürfnis des Menschen zu sein, an irgendetwas Höheres, dem man sich ganz verschreiben kann, zu glauben. Manchen reicht es schon, Veganer zu sein. Andere lehnen es ab, Pflanzen zu töten, und vermitteln Adoptionen zu deren Rettung. Der Klimaschutz toppt alles, denn hier geht es um die Rettung des Planeten – glaubt man. Junge Prophetinnen lassen sich sterilisieren, weil sie überzeugt sind, nur so einen Beitrag zur Rettung des Planeten leisten zu können,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

denn für sie ist es unverantwortlich, Kinder als potenzielle Klimasünder zu gebären. Das ist keine Legende, sondern eine neue, abgeschwächte Form von Menschenopfern an den Klimagott.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Natürlich handelt es sich hier um Europäerinnen und nicht um Frauen in Afrika, wo sich die Bevölkerung alle paar Jahrzehnte verdoppelt.

Meine Damen und Herren, „Politik ist die Kunst des Möglichen“, sagte Bismarck. Das war einmal. An die Stelle einer Politik der Vernunft und des Machbaren ist eine Politik des Irrationalen mit moralischem Überbau getreten, die meint, die Welt nach unseren Vorstellungen retten zu können, wobei die Realitäten kraftvoll und glaubensstark beiseitegeschoben werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Der Klimawandel ist menschengemacht, so lautet der wichtigste Glaubenssatz. Der Klimawandel, der in Millionen von Jahren nie aufgehört hat zu sein und unseren Planeten Eiszeiten und subtropisches Klima beschert hat, auch hier in Deutschland, das war eben so ohne menschliches Zutun. Jetzt soll der Mensch durch das von ihm produzierte CO₂ – ein Stoff, der für Flora und Fauna unerlässlich ist – schuld am Klimawandel sein.

Der deutsche Anteil daran beträgt allerdings höchstens zwei Prozent. China und die USA als Hauptverursacher denken nicht daran, den CO₂-Ausstoß in ähnlicher Weise zu reduzieren.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Selbst, wenn wir das Atmen aufgäben

(Tilo Gundlack, SPD: Sie können
doch mal damit anfangen!)

und einen menschengemachten Klimawandel unterstellen, die globale Auswirkung auf die Erderwärmung wäre gleich null. Nochmals: Selbst, wenn man die Theorie vom menschengemachten Klimawandel als vollkommen richtig unterstellt und unseren Anteil an CO₂-Ausstoß komplett reduziert, was ohnehin nicht möglich ist, es hätte keine reale Auswirkung auf die Erderwärmung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Sagen die Leute,
die den menschengemachten
Klimawandels leugnen!)

Dennoch ...

Die rechnen können, die sagen das.

Dennoch laufen wir unbeirrt wie im Wahn einem nicht erreichbaren Ziel nach, koste es, was es wolle. Glaubensstark riskieren wir mit unausgegorenen Maßnahmen unseren Wohlstand und quälen die Bürger so, als ginge es darum, Buße zu tun, um den paradiesischen Zustand wiederzuerlangen. Und dann noch der Irrglaube, die Welt werde unserem Vorbild folgen, wenn wir uns nur genug anstrengen. Eine neue Form teutonischen Größenwahns. Die Welt lacht inzwischen über unsere Alleingänge.

Überstürzter Ausstieg aus der Kernenergie ...

(Thomas Krüger, SPD: Sie träumen!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Förster, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Aßmann?

Horst Förster, AfD: Am Ende.

Überstürzter Ausstieg aus der Kernenergie und gleichzeitiger Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, das kann nicht ganz funktionieren. Fehlende Trassen für den Strom aus erneuerbaren Energien, um uns herum in Europa alte und neue Atomkraftwerke, neue moderne Gas- und Kohlekraftwerke – global gesehen ein deutsches Desaster. Dafür droht einem der modernsten, noch im Bau befindlichen Gaskraftwerke bei uns das Aus, bevor es ans Netz geht. Und wenn denn alles stimmen würde und wir am Abgrund stehen, wie ist es dann zu verstehen, dass wir hier bei uns Unsummen für Klimaschutzmaßnahmen ausgeben, wenn mit denselben Mitteln woanders, in China zum Beispiel, ein Vielfaches an CO₂-Reduktion erreicht werden könnte? Warum, Herr Pegel, warum kämpfen Sie nicht in globaler Verantwortung dafür, zumindest einen Teil der Mittel für den Kohleausstieg in Kooperation mit China dort für Klimaschutzmaßnahmen mit einer wesentlich größeren Wirkung einzusetzen?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die These von der Verteidigung unseres Klimas dort wäre jedenfalls wesentlich glaubwürdiger als die, dass das Vaterland am Hindukusch verteidigt wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Weil es um Glauben und nicht um Vernunft geht, erleben wir einen beispiellosen Kinderkreuzzug, angeführt von Greta Thunberg aus Schweden.

(Thomas Krüger, SPD:
Ja, ja, Kreuzzug! Alles klar!)

Deren Karriere begann damit, dass sie ihren Eltern ständig das Licht ausschaltete, um Strom zu sparen. Dann verschrieb sie sich konsequent der Schulschwänzerei und ist inzwischen für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Typisch für das Asperger-Syndrom, unter dem das Mädchen leidet,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas Krüger, SPD: Ja, das fehlte noch!)

ist die Unfähigkeit, nach links und rechts zu sehen und eine pragmatische Abwägung mit anderen Interessen vorzunehmen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Die guckt bestimmt mehr nach links und rechts als Sie! –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, der guckt nur nach rechts!)

Das passt in die Zeit, wo junge Menschen überwiegend im Wohlstand aufwachsen und die Sorge um das tägliche Brot nicht kennen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Da fällt es leicht, radikale Forderungen aufzustellen und sich nicht darum zu scheren, ob dadurch Tausende von Arbeitsplätzen verlorengehen

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

und Familien in Armut geraten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Es sind ganz viele schon in Armut, Herr Förster, viele, denen wir das Klima versauen!)

Es ist ohne Frage erfreulich, wenn sich Jugendliche politisch engagieren, aber mit ihrem Kreuzzug verabschieden sie sich vom Realitätsprinzip und ganz nebenbei verstoßen sie gegen die Schulpflicht.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Die sind bestimmt näher an der Realität als Sie!)

Das ist allerdings noch das geringste Problem. Das viel größere Problem liegt darin, wie führende Politiker darauf reagieren. Zuspruch erhalten die Schüler nicht nur von den GRÜNEN, sondern auch von der Kanzlerin und der Ministerpräsidentin unseres Landes.

(Beifall Thomas Krüger, SPD: Genau. Sehr gut!)

Sie machen sich mit Habeck gemein, der meinte, allein die Politik sei für die Schulschwänzerei verantwortlich.

Die Politik brauche doch nur die Forderungen der Schüler umzusetzen, dann würde das Schulschwänzen sofort aufhören. Ein wahres Hoch auf die parlamentarische Demokratie!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Hier stellen sich grundlegende Fragen des Verständnisses von Demokratie und Rechtsstaat. Unzweifelhaft wird hier ein Rechtsbruch um eines vermeintlich höheren Zieles willen gebilligt. Aus der Beihilfe zur Schulschwänzerei wird somit ein abgehobenes, sich selbst rechtfertigendes Bekenntnis, das über dem Gesetz steht.

(Thomas Krüger, SPD: Das hat man den Leuten 89 auch erzählt.)

Zweifelsfrei gibt es auch andere Themen, die Teilen in der Bevölkerung so wichtig sind, dass dafür die Schule geschwänzt oder gestreikt werden könnte. Vom Lebensrecht für Ungeborene angefangen, über fehlende Kitaplätze, Altersarmut bis zu unbezahlbarem Wohnraum und – speziell für Sie, Herr Krüger – die anhaltende unkontrollierte Einwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Ach, da ist es wieder! Da ist es wieder! –
Zurufe von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE,
und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

darf dabei eigentlich nicht fehlen, auch wenn Sie es nicht hören wollen. Wer bestimmt oder besser, wer hat das ausschließliche Recht zu bestimmen, wer und für welche Ziele man sich einsetzen darf, ohne sich an das geltende Recht halten zu müssen?

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Frau Ministerpräsidentin, die nicht da ist, aber von ihr erwarte ich darauf eine klare Antwort.

Artikel 20 des Grundgesetzes gibt ein Widerstandsrecht gegen jeden, der es unternimmt, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen. Davon sind wir jedoch weit entfernt, ganz gleich, was man vom Klimaschutz und den Maßnahmen der Bundesregierung hält. Ein solches Widerstandsrecht können die Klimaschützer jedenfalls nicht für sich reklamieren. Hier schaffen Merkel und Schwesig in wahrhaft populistischer Kür ein Präjudiz, das ihnen noch mächtig auf die Füße fallen wird, denn mit ihrem Auftritt hat die Ministerpräsidentin nicht nur der Demokratie einen schlechten Dienst erwiesen, sie ist den engagierten Schulleitern und Lehrern und ganz nebenbei auch der Bildungsministerin in den Rücken gefallen. Was gedenkt die Ministerpräsidentin zu tun, wenn sich Lehrer, die zugleich engagierte Klimaschützer sind, durch den Zuspruch der Ministerpräsidentin ermutigt fühlen, nun jeden Donnerstag die erste Schulstunde für den Klimaschutz ausfallen zu lassen? Das wäre eine konsequente Antwort, die zugleich geeignet wäre, auch den Gutgläubigsten klarzumachen, welcher Irrsinn hier unter hoheitlichem Applaus abläuft.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Noch einige Bemerkungen zu Frau Oldenburg. Es war schon wirklich bemerkenswert, was Sie hier gebracht

haben. Ich will das nicht im Einzelnen nachvollziehen, ist auch kaum möglich.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nee, haben Sie sich auch
nicht merken können.)

Es waren auf den Punkt gebracht unglaubliche rechtliche Verrenkungen, die an Absurdität nicht zu übertreffen sind,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

wo Sie uns weismachen wollten, hier werde nicht gegen die Schulpflicht verstoßen, weil aus irgendwelchen, von oben wahrscheinlich hergezogenen Gründen die Schüler bei diesem Thema selbst bestimmen können, wie jetzt diese Projekte ablaufen.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Wissen Sie, wenn Sie es ganz konsequent gemacht hätten, dann hätte sich an Ihre Diskussion die Frage anschließen müssen, welche Rechte haben denn diese Schüler, die ein Projekt verfolgen, das gesetzliche Regeln missachten darf, welches Recht hätten die, um der Sache willen Umweltsünder richtig anzufassen, denn das sind ja dann aus dieser Diskussion heraus Personen, die absolut im Wege stehen und die boshaft teuflisches Werk begehen.

(Thomas Krüger, SPD: Teuflisch, oh!)

Es hätte eigentlich da richtig gepasst, eine Gewaltdiskussion anzuführen, wie weit man dann Gewalt gegen Sachen oder Personen anwenden darf, denn das ist Ihre Kernthese. Das Recht interessiert bei bestimmten Themen nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und wie wäre es denn – dem ist Frau Aßmann natürlich komplett ausgewichen –, wenn nun wirklich für andere Themen hier demonstriert worden wäre? Ich will es noch mal, Herr Krüger, speziell für Sie jetzt herausgreifen. Nehmen wir mal an, es gäbe hier Leute,

(Andreas Butzki, SPD: Hätte, wenn und aber!)

die wegen der Migrationsproblematik jeden Monat unter weiter fortlaufender Migration, die jedes Jahr in der Größenordnung einer mitteldeutschen Großstadt abläuft,

(Thomas Krüger, SPD: Ah,
ohne dies geht keine Rede, ne?!)

die würden jetzt demonstrieren, weil sie meinen, dass dadurch eine in vielen Jahrhunderten gewachsene Nation zerstört würde,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

oder aber umgekehrt, die dafür demonstrieren möchten, dass wir auf dem Wege in paradiesische Zustände sind, indem die Nation auf diese Weise abgeschafft, eine wunderbare multikulturelle Gesellschaft hier entsteht. Das heißt, man könnte dafür und dagegen demonstrieren.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE)

Da stelle ich Ihnen jetzt die Frage – die brauchen Sie nicht zu beantworten, es ist ohnehin klar, das Ergebnis –, was hier los wäre, wenn Schüler sich ein solches Thema vornehmen und dann dafür oder dagegen demonstrieren würden. Dann wäre hier die Hölle los.

(Thomas Krüger, SPD: Ihr Problem
ist, dass sie es nicht tun!)

Und, Frau Aßmann, aber um das hier richtig einzutüten ...

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Sie tun es
ja nicht! – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wenn Sie das richtig eintüten müssen, dann erkennen sicher auch Sie, Herr Krüger, dass das auch eine rechtliche Frage ist. Dann kann man eben nicht darauf abstellen, für was ich demonstriere,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

sondern da muss ich eine Regelung treffen, die für alle Fälle gilt und auch für die Lehrer, die demnächst tatsächlich das ernst nehmen und am Donnerstag früh die erste Stunde um des hehren Zieles willen ausfallen lassen.

Und natürlich ist es richtig, dass Greta Thunberg das nicht alles alleine veranstaltet oder die Schüler jetzt mitmachen, natürlich steckt da viel an Werbung. Allein die mediale Werbung ist nicht zu unterschätzen. Da hat Herr Liskow doch vollkommen recht, da müssen Sie ihn doch nicht hier ausschimpfen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Dem sind Sie ausgewichen.

Frau Aßmann, Sie würden, oder ich habe Sie vielleicht falsch verstanden, wäre es Ihnen völlig egal, für welches Thema demonstriert wird? Ich habe Sie so verstanden, dass Sie sehr geschickt geantwortet haben in dem Sinne, dass Demokratie da keiner Zensur unterliegt und die Schüler natürlich demonstrieren können und dürfen, für was sie wollen, aber doch nicht während der Schulzeit. So habe ich Sie richtig verstanden. Oder dürfen die für jedes beliebige Thema während der Schulzeit demonstrieren? Habe ich Sie richtig verstanden? – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Förster, gestatten Sie jetzt die Anfrage von Frau Aßmann?

Horst Förster, AfD: Ja.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Frau Aßmann.

Elisabeth Aßmann, SPD: Herr Förster, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie den persönlichen Wohlstand von Ihnen und Ihrer Fraktion über den Klimaschutz stellen? Und habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie die Demonstrationen für den Klimaschutz gleichstellen mit Kreuzzügen,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das sind zwei Fragen.)

wo Tausende von Menschen im Glaubenskrieg sterben mussten?

(Andreas Butzki, SPD: Ja oder nein?
Das ist eine geschlossene Frage.)

Horst Förster, AfD: Das ist ein Bild natürlich, der Kreuzzug. Das ist das Bild dafür, dass man von der Idee besessen ist und damals auch Kinder missbraucht hat. Auch hier sehe ich, wie auch Greta Thunberg – und das ist keine Missachtung dieses Mädchens –,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Doch, das machen Sie!)

wenn Sie Bilder von ihr sehen, wie sie da in Schweden demonstriert, natürlich leidet dieses Mädchen an diesem Asperger-Syndrom. Das macht vieles verständlich, insbesondere die fehlende Fähigkeit, pragmatisch nach links und rechts zu sehen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Pragmatisch kann die sehr gut sehen!)

Natürlich ist das ein Bild, das ist doch völlig klar.

(allgemeine Unruhe)

Aber das, was hier stattfindet, dass nämlich viele Jugendliche, ohne Ahnung zu haben, missbraucht werden

(Beifall Christoph Grimm, AfD –
Thomas Krüger, SPD: Ah ja,
die haben keine Ahnung.)

und von den Medien aufgehetzt werden, das ist doch unübersehbar. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage? (Keine Zustimmung)

Nein, offensichtlich nicht.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! „Also es ist eine komische Welt, in der ...“

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU: Sie sind jetzt nicht
die Präsidentin, deswegen darf ich
da jetzt mal einen Zwischenruf
machen! So, ich bin fertig!)

Haben Sie denn zwischengerufen?

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Ich habe Sie gar nicht verstanden, Herr Kokert.

(Vincent Kokert, CDU: Dann
mache ich es noch mal lauter.)

Ich habe nur gehört, dass Sie sozusagen zur Seite gequatscht haben.

(Vincent Kokert, CDU:
Wir sind aber nicht in der Schule. –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Aber respektvoll! – Zuruf von
Sebastian Ehlers, CDU)

Und was war das jetzt für eine Bemerkung? Also die ist nun wirklich völlig daneben.

„Also, es ist eine komische Welt, in der Kinder Teile ihrer Ausbildung opfern müssen, um gegen die Zerstörung ihrer Zukunft zu protestieren.“ Das hat Greta Thunberg gesagt, als sie die „Goldene Kamera“ im Deutschen Fernsehen verliehen bekommen hat.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Übrigens, meine Herren hier drüben, ich habe, obwohl es mir schwergefallen ist, Herrn Kollegen Förster sehr aufmerksam zugehört. Es wäre doch wirklich fair, jetzt auch mal den Mund zu halten und zuzuhören.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Auf kluge Frauen hört die AfD nicht,
das ist eins ihrer größten Probleme! –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ich habe jedenfalls diesen großartigen Auftritt dieses jungen Mädchens gehört. Und wer sie einmal gehört hat, der weiß, dass sie klug ist und sich überhaupt nicht manipulieren lässt. Das Absurde an dieser Veranstaltung im Fernsehen war, dass Greta für ihr außergewöhnliches Engagement in Sachen Klimaschutz eine „Goldene Kamera“ verliehen bekommen hat und gleichzeitig erhielt die beste Nachwuchsschauspielerin zusätzlich zur „Goldenen Kamera“ noch ein Auto.

(Beifall Dirk Lerche, AfD)

Eine BahnCard 100 wäre wahrscheinlich angemessener gewesen.

(Beifall Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE)

Aber Greta hat recht, wir, meine Generation und jünger,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

haben es bisher nicht auf die Reihe gekriegt. Ohne diese Provokation, immer freitags zu demonstrieren, wären die Klimaschutzdemos längst wieder vergessen. Für meine Begriffe ist es eine ziemlich kleinliche Debatte, die wir hier führen. Wer bestraft eigentlich diejenigen, die dafür zuständig sind, dass so viel Unterricht ausfällt?

(Beifall Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ist das kein Verstoß gegen die Schulpflicht?

(Beifall Henning Foerster, DIE LINKE)

Dieses 16-jährige Mädchen und alle, die ihr folgen, fordern uns auf, in Panik zu geraten.

(Unruhe bei Thomas Krüger, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

Aus meiner Sicht muss Schluss sein mit der wohlfeilen gönnerhaften Ignoranz und auch unseren Applaus brauchen diese engagierten Kids nicht. Was hat Greta Thunberg in Davos gesagt? „Ich will euren Beifall nicht. Ich will, dass ihr in Panik geratet.“

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Was hat sie denn in New York gesagt?)

Beifall haben viele geklatscht.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Was hat sie gesagt in Peking? Oder
in Tokio? Nichts! Weil sie da nämlich
nicht gehypt wurde von den Medien!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich weise noch mal darauf hin, dass jeder Fraktion Redezeit zusteht. Bitte die Zwischenrufe kurzhalten!

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Beifall haben viele geklatscht, inklusive der Kanzlerin, des Bundespräsidenten und auch unserer Ministerpräsidentin. Aber genug ist das nicht. Am Mittwoch hat sich in Berlin zum ersten Mal das Klimakabinett getroffen. Ich bin gespannt, ob dabei mehr als nur schöne Worte herauskommen. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. Ich schäme mich zum Beispiel für einen Verkehrsminister, der eine Höchstgeschwindigkeit von 130 Kilometern in der Stunde für eine Maßnahme gegen den gesunden Menschenverstand hält.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Ich schäme mich dafür nicht!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Dr. Schwenke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Professor Dr. Weber?

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Nein, ich gestatte jetzt keine Zwischenfragen.

(Sebastian Ehlers, CDU: Das steht
nicht im Redemanuskript, Herr Weber! –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ich schäme mich für einen Politiker, der den Jungen zuruft: „Geht ihr mal lieber in die Schule und überlasst das den Profis!“ Vielen Dank für solche Profis, die es nicht auf die Reihe kriegen, die sich im Dschungel der Lobbyisten verlieren und einen faulen Kompromiss nach dem anderen schließen!

An dieser Stelle ein weiteres Zitat: „Früher dachte ich, dass die größten Umweltprobleme der Verlust der Artenvielfalt, der Kollaps der Ökosysteme und der Klimawandel wären. Ich dachte, 30 Jahre gute Wissenschaft könnten diese Probleme angehen. Ich habe mich geirrt. Die größten Umweltprobleme sind Egoismus, Gier und Gleichgültigkeit, und um mit ihnen fertig zu werden, brauchen wir einen kulturellen und spirituellen Wandel.“

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das sagt Gus Speth, Professor für Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung an der Universität in Yale. Er war Chefberater der nationalen Umweltkommission der USA unter Carter und Clinton. Er sagt auch, dass die Wissenschaft hilflos ist, wie dieser Wandel zu bewerkstelligen sei. Dafür brauchen wir Schülerinnen und Schüler

wie Greta und ihre Anhänger. Sie nehmen die Warnungen der Wissenschaftler ernst, während wir hier immer noch darüber diskutieren, ob der Klimawandel nun menschengemacht ist oder nicht. Ich sage es immer wieder: Das ist völlig egal. Er ist da und wird sich schneller und schlimmer auswirken, als sich so mancher in seinem Spatzenhirn ausmalen will und kann.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wie konnte es eigentlich dazu kommen, dass uns Schülerinnen und Schüler den Spiegel in der Weise vorhalten müssen? Nicht Strafe kann die Antwort auf die Schülerdemos sein, verneigen müssen wir uns und demütig sagen, wir haben verstanden, wir werden handeln.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und Handlungsfelder ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Der Regenwald wird abgeholzt.)

Handlungsfelder ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Speiseöl wird auf dem Energiemarkt
gehandelt wegen Ihrer Politik!)

Wegen meiner Politik?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das sollten
Sie mal mit reinnehmen in die Diskussion!)

Also, Herr de Jesus Fernandes, ...

(allgemeine Unruhe)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment jetzt!

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: ... halten Sie sich doch mal ein bisschen zurück!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Frau Dr. Schwenke!

Ich habe Hinweise gegeben, mehrfach Hinweise gegeben. Ich bitte doch jetzt wirklich um Beachtung dieser Hinweise, ansonsten, und das kündige ich hier für jeden an, gibt es Ordnungsmaßnahmen.

Sie können fortfahren, Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Handlungsfelder gibt es genug, auch bei uns im Land. Wir werden ja heute noch über die Südbahn reden.

Ich möchte hier eine kurze Bemerkung machen zu einem Integrierten Landesverkehrsplan, den uns die Landesregierung auf den Tisch legt. Viele schöne Sätze stehen darin, zum Beispiel, dass es gut wäre, wenn Touristen nicht alle mit dem Auto ins Land kämen. Aber eine Bahn wird Abschnitt für Abschnitt nicht mehr bestellt.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Genau.)

Dieser Integrierte Landesverkehrsplan hat viele weitere schöne Sätze mit „man müsste“, „man sollte“, „man könn-

te“, ohne Verbindlichkeit, ohne Umsetzungsplan. Ja, nichts fordern – es könnte Geld kosten,

(allgemeine Unruhe)

ganz schlimm, wenn es auch noch Landesgeld kosten könnte –, nichts fordern, was Kompetenzgrenzen überschreiten könnte! Nein, wir machen auch hier im Land,

(Glocke der Vizepräsidentin)

weiter mit Klein-Klein, mit dem Blick, der gerade mal bis zum nächsten Kirchturm reicht. Nein, meine Damen und Herren, so wird das nichts mit Klimaschutz, auch nicht mit Verkehrswende und nachhaltiger Entwicklung!

Meine Damen und Herren, ich bin keine perfekte Klimaschützerin. Ich fahre selbst Auto, noch dazu einen Diesel,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Pfui!)

ich esse gerne Fleisch,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Pfui!)

ich verbringe meinen Urlaub manches Mal auch gerne in fernen Ländern und nutze dafür das Flugzeug.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Der dramatische Anstieg des Flugverkehrs ist auch so ein Sargnagel für das Klima. Mit den ...

(Torsten Renz, CDU: Dann sind Sie ja sozusagen mitschuldig?!)

Ich bin zumindest selbstkritisch, Herr Renz.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Mit den Billigfliegern ist erreicht worden, dass viele Menschen, die nicht zu den Reichen zählen, mehr von der Welt sehen konnten und können. Sie können ...

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Aber dafür stehen Sie doch auch ein?!)

Ja, selbstverständlich!

Sie können sehen, wie schön diese Welt ist, aber auch, in welchem Luxus wir hier leben.

(Torsten Renz, CDU: Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie denn für sich selbst?)

Wir haben nicht auf die Reihe ...

(Torsten Renz, CDU: Für sich selbst.)

Jetzt kommt eine Schlussfolgerung, Herr Renz.

Aber wir haben es nicht auf die Reihe gekriegt, dieses Dreckzeug an Treibstoff gegen umweltfreundlicheren auszutauschen. Hier im Land würde ich gerne mit dem Zug fahren, wenn das möglich wäre,

(Vincent Kokert, CDU: Aaah!)

in einem Flächenland mit 2-Stunden-Takt, wo die Anschlüsse nie passen, und mit einem ÖPNV, der auf den Schülerverkehr reduziert ist. Alles das können wir ändern.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD – Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Ein von mir sehr geschätzter politischer Kabarettist hat kürzlich gesagt, wir müssen nicht sofort hundert Prozent und perfekt sein, aber wir müssen uns auf den Weg machen und weniger falsch leben. Auch die Kinder und Jugendlichen, die für ihre Zukunft auf die Straße gehen, sind nicht perfekt, aber dürfen wir mit dem Finger auf sie zeigen und fordern, überprüft erst mal selbst, ob ihr wirklich klimagerecht lebt? Nein, das dürfen wir nicht, dazu haben wir nicht das Recht, denn wir leben es ihnen ja nicht anders vor!

Wir müssen uns auf den Weg machen,

(Zurufe von Christoph Grimm, AfD, und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

wir müssen uns auf den Weg machen, und zwar nicht, wie bisher im Schneckentempo. „Auf den Weg machen“ kann für mich und meine Fraktion nicht heißen, die Schülerinnen und Schüler, die sich um ihre Zukunft Sorgen machen, zu bestrafen. Sie gehen lieber auf die Straße als in den Unterricht, weil sie schon viel gelernt haben. Wir haben nur eine Erde. Irgendwann muss man begreifen, dass sich das auch nicht so bald ändern wird. Es bleibt nur die eine Erde. Die Jugendlichen haben das begriffen. Dafür haben sie meine Hochachtung. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich wollte der Einbringerfraktion das letzte Wort lassen. Da allerdings so viele Anmeldungen vorliegen, rufe ich jetzt auf für die Fraktion Freie Wähler/BMV den Abgeordneten Herrn Borschke.

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium!

(Vincent Kokert, CDU: Jo.)

Das, was hier vorgebracht wurde, ist teilweise billigster Populismus.

(Beifall Christoph Grimm, AfD – Marc Reinhardt, CDU: Jawoll!)

Frau Aßmann, ich kann Ihnen versichern, ich esse im Übrigen keinen Flugspargel, das werde ich auch nicht machen. Ich esse unseren schönen heimischen deutschen Spargel.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Philipp da Cunha, SPD – Thomas Krüger, SPD: Sehr gut!)

Ich finde es auch ganz toll, dass passend zu dem heutigen Thema der Herr Brade mit seinem blauen Ford Mustang angereist ist,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und der andere – was war das? –,

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
übernimmt den Vorsitz.)

der rote, blieb in der Garage,

(Heiterkeit und Zuruf
von Martina Tegtmeier, SPD)

und das Fahrrad wurde auch nicht genommen.

(Heiterkeit und Zuruf
von Sebastian Ehlers, CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle
mal ganz kurz den CDU-Bundestagsabgeordneten Amt-
hor zitieren:

(Zurufe vonseiten
der Fraktion der CDU: Oh!)

„Bei der Wahl zwischen Unterricht und Klimademos in
der Schulzeit entscheiden sich viele für Klimademos. Bei
der Wahl zwischen Playstationen und Klimademos am
Nachmittag sieht es dann bei manchen aber schon an-
ders aus.“

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Deswegen mag Herrn Amthor
auch niemand.)

Meine Damen und Herren, wofür wird eigentlich,

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

wofür wird eigentlich die Schule geschwänzt?

(allgemeine Unruhe – Zuruf von
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ihr raubt mir meine Redezeit!

(Heiterkeit bei Marc Reinhardt, CDU:
Jawoll, Herr Kaleu!)

Wofür wird eigentlich die Schule geschwänzt? Schul-
pflicht ist Schulpflicht, basta! Daran gibt es nichts zu
rütteln. Und keineswegs will ich den Kindern und Jugend-
lichen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung beschnei-
den, im Gegenteil, wir sind der Garant dafür,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

daher eben auch dieser Antrag. Es geht darum, dass
Jugendliche politisch missbraucht und indoktriniert wer-
den,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

um die sozialistische Umgestaltung, die so einfach nicht
umzusetzen ist,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

durch die Hintertür zu unterstützen

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Oh, mein Gott!)

und ihr einen legitimen Anstrich zu verleihen,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

übrigens eine sehr beliebte Masche in Diktaturen. Ich
musste als Kind in der Schulzeit für Angela Davis de-
monstrieren.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Aber so weit sind wir in Deutschland zum Glück noch
nicht

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

und da werden wir auch nicht hinkommen.

(allgemeine Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir werden heute immer älter,
wir leben immer gesünder und unsere Umwelt wird im-
mer besser, unsere Luft immer reiner.

(Der Abgeordnete Torsten Renz
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Gestatten
Sie ...

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Nein.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: ... eine Zwi-
schenfrage, ...

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Nein.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: ... Herr Abge-
ordneter?

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Nein, tut mir leid.

Meine Damen und Herren, und jetzt hoffe ich, dass die
Jugendlichen, die hier vertreten sind, mal gut zuhören: Im
Jahre 1900 gab es eine Milliarde Menschen auf der Erde.

(Beifall Dirk Lerche, AfD)

Davon waren zwischen 60 und 80 Prozent in der Land-
wirtschaft tätig.

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Heute leben 7,5 Milliarden Menschen auf der Erde und
10 Prozent der Menschen sind in der Landwirtschaft
tätig. Wie soll die Menschheit in Zukunft ernährt werden?

(Thomas Krüger, SPD: Was hat
das eine mit dem anderen zu tun?)

Bald knacken wir die 10-Milliarden-Grenze.

(Manfred Dachner, SPD: Nee.)

Das heißt nichts anderes, setzen wir die Forderungen der
GRÜNEN, LINKEN sowie der indoktrinierten Schüler
weltweit um,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

kommt es zu weltweitem Elend und zu epischen Hungersnöten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das sollten Sie den Kindern erklären, Herr Krüger! Das sollten Sie den Kindern mal erklären!

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Aber das passt nicht in Ihr links-grünes Umgestaltungsbild!

(Beifall und Heiterkeit bei Dr. Ralph Weber, AfD)

Stattdessen gaukeln Sie den Jugendlichen vor, sie könnten die Welt mit Singen und Tanzen ernähren.

(allgemeine Unruhe)

Sagen Sie den Kindern und den Jugendlichen, wie die Zukunft dann aussieht! Als ich Kind war, mussten wir noch Rüben hacken und Kartoffeln nachsammeln und uns mit sechs Personen einen Broiler teilen.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Das wäre die Konsequenz!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Das wäre die Konsequenz dieses Handelns!

(Andreas Butzki, SPD: Das mit den Broilern haben Sie aber nachgeholt. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Nichts mit schnell mal nach Mallorca und nichts mit Computer, Handy und Spielkonsolen, stattdessen Kampf um die eigene Existenz! Es ist absolut skrupellos und verantwortungslos, die Zukunft unserer Kinder so zu missbrauchen!

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und sind erst all diese Ziele umgesetzt, dann wird auch die Maske fallen, und DIE LINKE,

(allgemeine Unruhe – Glocke der Vizepräsidentin)

die LINKEN und GRÜNEN werden wieder offen das, was sie sind, nämlich Verbotsparteien.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das haben Sie zu entscheiden, oder was, Herr Borschke?!)

Deshalb werden in diesen Tagen die Kinder und Jugendlichen auch von den Feinden der Demokratie missbraucht, um am Ende triumphieren zu können.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wir sind froh, dass es Kinder und Jugendliche mit eigenem Kopf gibt!)

Nicht umsonst läuft die extremistische linke Antifa bei diesen Demonstrationen mit

(Thomas Krüger, SPD: Das ist mir aber neu.)

und nicht umsonst werden Schilder

(Thomas Krüger, SPD: Da war ich wohl nicht da.)

mit antikapitalistischen Parolen hochgehalten

(Thomas Krüger, SPD: Aber das ist doch Quatsch!)

und stehen auf der Tagesordnung. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD und Freie Wähler/BMV –

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Wie kann man da noch applaudieren? An Ihrer Stelle würde ich mich schämen.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Jess.

Dr. Gunter Jess, AfD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Werte Gäste und Landsleute! Ich bin eigentlich schockiert, muss ich ehrlich sagen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ich auch.)

und ich denke an meine Enkelkinder und an die Kinder, die hier sitzen und zuhören. Ich glaube, sie werden erschrocken sein, oder meine Enkelkinder würden erschrocken sein, wenn sie hier wären. Das hat damit zu tun,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Vor allem nach dem Beitrag von Herrn Borschke.)

das hat damit zu tun, dass hier unheimlich wenig Sachkompetenz überhaupt zutage tritt in der Auseinandersetzung mit diesem Thema.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich frage mich wirklich, wir haben im Grunde zwei Teile, die Ministerin hat es ausgeführt, und zwar einmal den juristischen Teil. Ich glaube, da sind wir uns einig, außer mit der LINKEN und der SPD, zum Teil jedenfalls, dass es eine Schulpflicht gibt, und wenn man protestieren will, kann man das gern nach der Schule tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Jetzt reden wir aber ...

(Martina Tegtmeier, SPD: Sehr selektive Wahrnehmung.)

Jetzt will ich aber mal eindeutig nicht über den juristischen Teil reden, sondern über den anderen Teil, den Inhalt dieser Demonstrationen. Und da muss ich sagen, ich sehe eine eindeutige Instrumentalisierung dieser Demonstrationen vonseiten der SPD und von der LINKEN. Ich verstehe ja in gewisser Weise diese Jugendlichen.

(Philipp da Cunha, SPD: Ja, aber die GRÜNEN nicht? – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Die GRÜNEN sitzen hier ja nicht. Die GRÜNEN sitzen hier nicht.

Ich verstehe in gewisser Weise das Unbehagen dieser Jugendlichen und ich frage mich, woher denn dieses Unbehagen kommt. Und ich muss ehrlich sagen, dieses Unbehagen kann nur aus Unwissen kommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Ah!)

Denn wir vermischen,

(Thomas Krüger, SPD: Sie sind wissend.)

wir vermischen zwei Dinge in unseren Debatten, die wir hier auch schon geführt haben. Ich hatte es schon in anderen Debatten gesagt, ich bin hier der einzige Naturwissenschaftler und Sie sollten sich mal ein bisschen mit Thermodynamik befassen.

(Elisabeth Aßmann, SPD: Hallo!
Hallo! Informieren Sie sich mal
ein bisschen, Herr Jess!)

Ja, das habe ich bereits getan, ich bin der einzige Naturwissenschaftler hier. Und wenn ich ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Bitte befassen Sie sich mal ein bisschen mit der Thermodynamik! Dann können Sie sich nämlich ein bisschen weiterbilden und wissen, wieso wir diese Problematik überhaupt nicht vernünftig diskutieren können, wenn diese Grundsätze der Thermodynamik nicht berücksichtigt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Also zunächst zur Klimaänderung: Wir hatten Klimaänderungen in der Menschheitsgeschichte, viele Klimaänderungen,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

und das kann jeder, der sich ein bisschen mit Klimatologie befasst, nachvollziehen.

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Thomas Krüger, SPD)

Wir haben jetzt wieder eine Klimaänderung und es geht darum, ob diese Klimaänderung menschgemacht ist.

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Diese Frage ist nicht eindeutig bewiesen.

(Nikolaus Kramer, AfD: Genau.)

Diese Frage ist nicht eindeutig bewiesen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Befassen Sie sich mit der Literatur,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

dann werden Sie feststellen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

dass es durchaus strittige Auseinandersetzungen darüber gibt,

(Martina Tegtmeier, SPD: Das
brauchen Sie uns nicht zu sagen. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und vor allen Dingen über die Auswirkungen der CO₂-Konzentration auf die Klimaänderung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Es gibt eindeutig keine Beweise dafür. Es gibt eine Korrelation, aber die ist nicht eindeutig.

So, und jetzt bitte ...

(Thomas Krüger, SPD: Ja, und
deswegen machen Sie so weiter?)

Dann fragen Sie sich einmal, was Sie für eine Hysterie hier veranstalten, wenn ich höre, was für Horrorszenarien hier ausgemalt werden und was die Klimaänderungen für Folgen haben!

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Nein, die Folgen, die wir haben werden. Wenn wir so weitermachen, wie Sie das gern hätten, wie wir jetzt von den Kindern erfahren, dann ist das Szenario, das Herr Borschke beschrieben hat, nicht fern, das muss ich ganz deutlich so sagen. Dieses Szenario ist dann realistisch, und nicht unbedingt bei uns, aber es kann bei uns so sein. Und ich frage mich wirklich, ob wir das den Kindern antun wollen, diese Risiken, die wir hier nicht darstellen, wenn wir Veränderungen machen in unserer Wirtschaft oder in unserer Lebensweise. Wenn wir diese Veränderungen in dieser Radikalität, wie sie von den Kindern verlangt werden, realisieren würden, dann hätten wir ein Chaos. Meine Damen und Herren, machen Sie sich das deutlich!

Ich habe nichts dagegen, wenn wir mit den Kindern über diese Fragen diskutieren, ich halte es sogar für richtig. Vielleicht ist das auch der richtige Anlass, dass wir anfangen, darüber zu diskutieren,

(Thomas Krüger, SPD: Das ist ja richtig.)

aber dann muss es auf vernünftige Art und Weise geschehen, es müssen Chancen und Risiken dargestellt werden,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Da wird Ihre
Fraktion auf dem Platz vermisst.)

Und diese Chancen und die Risiken muss man dann auch neutral darstellen, und nicht so ideologisch, wie wir es bisher von Ihnen und von den LINKEN sowie von den GRÜNEN erfahren haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich bitte darum, dass wir unsere Kinder nicht noch mehr verunsichern und in Hysterie treiben, sondern dass wir nüchtern mit dieser Problematik der Klimaveränderung umgehen

(Andreas Butzki, SPD:
Das haben doch die Kinder alleine
gemacht, das wissen Sie doch!)

und darüber reden, wie können wir damit umgehen,

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

und nicht darüber, wie richten wir unsere materiellen und industriellen Ressourcen zugrunde, damit wir überhaupt nicht mehr reagieren können. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete da Cunha.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich kurz mal was zitieren:

„Unsere Positionen: ...

Schnellstmöglicher Kohleausstieg

Einführung einer CO₂-Steuer

Deutlich schnellerer Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bayern“.

(Thomas Krüger, SPD:
Bestimmt die GRÜNEN, ne?
Das sind bestimmt die GRÜNEN, ne?)

Die Freien Wähler in Bayern sind der Vorreiter,

(Thomas Krüger, SPD:
Ach, die Freien Wähler!)

wenn es um Klimaschutz in der bayerischen Landesregierung geht.

(Thomas Krüger, SPD:
Ja, die Freien Wähler!)

Der bayerische Kultusminister unterstützt einen liberalen Umgang mit der Frage,

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

wie das beim Fernbleiben von der Schule ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Teilen war die bisherige Debatte – die Frage war, ob wir sie sachlich zurückkriegen – doch etwas peinlich, die wir bisher geführt haben. Wenn man mit den Schülern spricht, dann merkt man, es geht nicht darum, dass man jetzt jeden Freitag zu Hause bleibt. Es geht nicht darum, dass man sagt, guck mal, schön, ich kriege jetzt frei, deswegen bleibe ich mal zu Hause, sondern es geht um einen kalkulierten Regelverstoß. Es geht darum, dass sich die Politik mit dem Thema Klimawandel auseinandersetzt. Und was machen wir heute? Wenn man sich M-V anguckt, dann haben sie heute ihr Ziel erreicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Dann haben sie es geschafft, dass wir uns mit der Thematik auseinandersetzen.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Mit unserer Hilfe.)

Aber natürlich müssen wir auf die Schulpflicht hinweisen, denn es ist unsere Pflicht. Wir wollen – wir haben uns in der Vergangenheit so positioniert – eine Schulpflicht haben, wir wollen, dass die Schüler bei uns lernen. Trotzdem nehmen diejenigen, denen die Zukunft gehört, die den Planeten retten wollen, auch einen unentschuldigsten Tag im Zeugnis zur Kenntnis. Ich glaube, es gibt bestimmt den einen oder anderen Schüler, der sich anschließend sein Zeugnis einrahmen wird, um zu zeigen, guck mal, die drei Tage habe ich gefehlt, da habe ich für unsere Zukunft demonstriert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wenn man sich außerdem anguckt – es wurde ja gesagt –, was eigentlich in den Ferien passiert, mit der Kollegin Elisabeth Aßmann und Martina Tegmeier sowie unserem Bildungsminister Till Backhaus war ich auf der allerersten Demonstration von „Fridays for Future“ hier in Schwerin, die war nach der Zeugnisausgabe der Winterferien.

(Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV –
Der Abgeordnete Dr. Ralph Weber
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten ...

Philipp da Cunha, SPD: Jetzt nicht, später gern.

Wenn man sich anguckt, in Bremen und in Niedersachsen sind schon Ferien, in beiden wird heute trotzdem demonstriert. In vielen niedersächsischen Städten sind heute auch wieder die Schüler auf der Straße,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

denn es geht ihnen um den menschengemachten Anteil am Klimawandel, der längst Realität ist, der sich auch gar nicht mehr anders deuten lässt.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wenn man sich die vielen Expertisen, die vielen Zusammenfassungen der unterschiedlichen wissenschaftlichen Studien anguckt,

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

dann bleibt uns gar nichts anderes mehr übrig, als zu schauen, was wir in den vergangenen hundert Jahren alles in die Atmosphäre geblasen haben.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Sie haben gerade erzählt, von wo wir kommen, wie der Planet früher bevölkert war. Das sind endliche Ressourcen, das sind Ressourcen, die wir nur einmal haben, die wir verfeuern. Das heißt, die Frage ist gar nicht, ob wir auf erneuerbare Energien gehen wollen, die Frage ist, wann und mit welchem Verlust wir das machen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir werden den menschengemachten Klimawandel auch nicht mehr aufhalten können. Das haben wir, wenn wir uns das Pariser Abkommen angucken, auch festgestellt, es geht nur darum, wie weit können wir es begrenzen, wie weit können wir die Ursachen, die wir jetzt haben, durch eigene Maßnahmen, durch Mut und Entschlossenheit, wie können wir die Folgen abmildern, wie können wir dafür sorgen, dass unsere Schüler auch in Zukunft eine Schule haben, denn für Mecklenburg-Vorpommern hat in vielen Bereichen – und das werden wir uns angucken – unser Klimagutachten ergeben, wenn wir bei einem Meter, zwei Metern sind, wird es Regionen in Mecklenburg-Vorpommern geben, wo diese ein bis zwei Meter dazu führen, dass der Wasserspiegel nicht mehr unter der Erde ist.

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Das heißt, wir müssen uns über diese Nachhaltigkeit unseres Landes, unseres Planeten unterhalten. Und das sind natürlich ganz viele Punkte.

Mit der Frage, sowohl der Freien Wähler als auch der AfD, der Schulpflicht reduzieren Sie im Prinzip diese ganze Debatte auf die Schulen. Das machen Sie gut. Sie instrumentalisieren damit diese Frage, wir haben Debatten, wir haben Schüler auf der Straße, die sich um unsere Zukunft scheren, aber uns geht es ja nichts ums Thema. Uns ist eine kleine Sache ein Dorn im Auge, und das ist dieses Fernbleiben von der Schule.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestern in der Debatte wurde einer der Punkte, eine der Forderungen der Schüler angesprochen, das ist die Subventionierung der Energie. Wir haben gestern über die Subventionierung der erneuerbaren Energien gesprochen. Ich glaube, 150 Milliarden hat Herr Grimm gestern gebracht, seit 19 Jahren, seit 2000. Wenn wir uns dann aber angucken, was die Subventionierung für fossile Energieträger betrifft, da habe ich in vergangenen Debatten schon mehrmals gesagt, Greenpeace hat mal ausgerechnet, das sind bei uns im Jahr in Deutschland allein 46 Milliarden, die wir fossile Energieträger subventionieren. Und wenn wir dann von der EEG-Umlage sprechen, die 20 bis 30 Milliarden beträgt, dann ist das deutlich geringer, aber die Erneuerbare-Energien-Umlage ist auf den Strompreis mit raufgerechnet und die 46 Milliarden sind über andere Subventionierungen gewährleistet, sodass es gar nicht gesehen wird an der Stelle und natürlich eine ganz andere Debatte erlaubt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Klima kann man mehr oder weniger mit einem großen Organismus vergleichen. Es gibt viele einzelne Faktoren, Sie haben den Golfstrom an der einen Stelle und wir haben verschiedene andere Faktoren, die dafür sorgen, dass das Klima immer in Bewegung ist. Wir haben jetzt gehört, CO₂ ist einmal gut für Flora und Fauna, da wurde gesagt, desto höher, umso besser. Das kenne ich aus verschiedenen Debatten hier von der rechten Seite, ganz tolle Sache.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Dann sprechen wir auch darüber, CO₂ macht fast nichts in der Atmosphäre aus, das ist ein supergeringer Bestandteil. Wenn wir das Ganze dann mit unserem Orga-

nismus vergleichen, wo auch viele einzelne Faktoren Einfluss auf das Gesamte haben, wenn wir uns zum Beispiel mit einem Alkoholanteil von einem Millionstel beschäftigen, dann wissen wir, was für eine Auswirkung ein Millionstel Alkoholanteil im Körper haben kann, im Blut haben kann, und genauso können einzelne Faktoren Einfluss auf das Klima haben. Und da haben wir in den vergangenen Jahren eine Menge Forschung gemacht,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

da gibt es eine Menge Leute, die durch Simulation versuchen, die Sachen aufzuarbeiten, und wo wir mittlerweile wirklich schlüssige Ergebnisse haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Nicht umsonst wurde vorher schon wieder das Thema China gebracht, die Frage, die sind eine der größten Dreckschleudern der Welt und machen gar nichts, wir sind die Einzigen, die etwas machen, und wenn wir was machen, dann bringt das gar nichts, denn wir sind ja ein kleines Land, wir haben nur 80 Millionen der mittlerweile mit über 7 Milliarden bevölkerten Erde. Wenn wir aber über China sprechen, dann sprechen wir über ein Land, was zum Großteil selbst merkt, was es eigentlich macht. Sie haben in den vergangenen Jahren Atom und Kohle gebaut ohne Ende, ich glaube, die Hälfte der Kohle der Welt wird in China verfeuert, und sie steuern dagegen, weil sie genau wissen,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

sie wollen einerseits ein Innovationsland sein, andererseits wollen sie aber auch ihr Land retten. Über 100 Milliarden geben sie jetzt pro Jahr für erneuerbare Energien, für die Forschung aus und sie wollen dafür sorgen, dass China Vorreiter bei erneuerbaren Energien wird, weil auch deren Forscher sagen genau das Gleiche aus: Das Klima ist bei uns eines der empfindlichsten Organe, die wir haben, und wir müssen es schützen und nicht weiter durch menschengemachten Anteil verschandeln und für Katastrophen sorgen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Gestatten Sie jetzt die Anfrage des Abgeordneten Professor Dr. Weber?

Philipp da Cunha, SPD: Ja.

Dr. Ralph Weber, AfD: Danke sehr.

Herr da Cunha, nach dem, was Sie und Frau Oldenburg hier schöngeredet haben, möchte ich Sie fragen: Haben Sie sich mal hochgerechnet, bei zehn Jahren Schulpflicht und Fünftagewoche, dass der regelmäßige Freitag für Projekttag zugunsten der Demokratie

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

eine Verlängerung der Schulpflicht um zwei Jahre bedeuten würde,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ein Grund mehr, schneller zu handeln, ein Grund mehr!)

und wie soll das in Zeiten von Lehrermangel und Quereinsteigerlehrern überhaupt realisiert werden können?

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Philipp da Cunha, SPD: Vielen Dank, Herr Professor Weber.

Ich werde nachher mal draußen die Schüler suchen, die seit zehn Jahren freitags der Schule fernbleiben. Ich glaube, ich werde sie nicht finden. Ich werde auch in Schwerin heute nicht die Schüler finden, die der Schule fernbleiben, denn es ist keine wöchentlich regelmäßig stattfindende Veranstaltung. Es gibt nicht die Schüler, die seit Jahren und Monaten dem fernbleiben. Diese Bewegung ist da und sie sorgt dafür, dass wir debattieren, weltweit, und das ist notwendig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Richtig!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Gestatten Sie eine Anfrage des Fraktionsvorsitzenden Herrn Wildt?

Philipp da Cunha, SPD: Mit Blick auf die Zeit, ja, aber ich glaube ...

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Vielen Dank.

Es ist auch nur eine ganz kurze Frage: Haben Sie eine Empfehlung aus Sicht der SPD-Fraktion an die Landesregierung, wie sie mit der im Antrag aufgeworfenen Frage umgehen soll?

Philipp da Cunha, SPD: Ich würde empfehlen, dass sie so ähnlich verfahren, wie die Freien Wähler das in Bayern machen, dass sie da einen sehr liberalen Umgang haben. Die Kollegin Bildungsministerin Hesse war ja vergangene Woche mit der Ministerpräsidentin bei der „Fridays for Future“-Demo, sie haben dort gesprochen. Es geht explizit darum, dass wir Möglichkeiten schaffen, wie sich Schüler auch in der Schule mehr damit beschäftigen können, wie sie vor Ort eigentlich auch in Sachen eingebunden werden können. Wir wissen, die Schüler wollen sich nicht instrumentalisieren lassen, sie wollen zum Beispiel auf den Demos keine Politiker im größeren Sinne sprechen lassen.

Wir müssen natürlich zur Kenntnis nehmen, dass es die Schulpflicht gibt, und die wollen wir ja auch alle, das ist unbestritten. Dementsprechend ist es so, dass jeder Schulleiter für sich selbst vor Ort entscheiden muss, wie er damit umgeht. Wenn er einen Fehltag gibt, dann macht er das, dann muss er das begründen, wenn er entsprechende Nachfragen bekommt. Aber ich glaube, dass in der Gesellschaft eine große – wie heißt es so schön – Erkenntnis schon seit längerer Zeit da ist, dass dies ein notwendiges Thema ist, und ich glaube, sehr viele Schulleiter und sehr viele Lehrer werden dem wohlgesonnen gegenüberstehen und es toll finden, dass sich die Schüler so engagiert für die Zukunft ihres Planeten einsetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Danke.

(Vincent Kokert, CDU: So, sind wir jetzt fertig?)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort noch einmal der Abgeordnete Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Respekt vor der Schöpfung, Umweltschutz – da muss mir keiner was vormachen. Ich habe, um ein Beispiel aus dem privaten Leben zu nennen, praktisch seit Jahrzehnten bewusst eine Wiese und nie einen Rasen gehabt, mit vielen Insekten. Dafür wurden die Kinder gelegentlich von Wespen und Bienen gestochen, und das tat ihnen gut.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Das Problem ist – ich knüpfe an das an, was mein Kollege Dr. Jess gesagt hat –, dass die Debatte sachlich geführt werden muss, aber keiner reagiert darauf, was die Machbarkeit angeht. Ich will das noch mal zusammenfassen: Niemand hat etwas gegen Klimaschutz, auch wir nicht, nur es geht doch darum – und das wurde ja hier sehr deutlich, wie unausgegoren die Maßnahmen sind –, wie widersprüchlich sie sind und dass Kernprobleme, zum Beispiel die immense Bevölkerungsexplosion in Afrika, einfach tabuisiert werden, weil das als rassistisches Gerede gleich abgetan wird.

(Andreas Butzki, SPD: Wer hat das gemacht? Wer hat das gemacht?)

Das ist – das hat Herr Borschke im Kern ja auch gesagt – eins der Kernprobleme. Das bleibt aber völlig außen vor, dafür sind wir dabei, modernste Gaskraftwerke abzuschalten.

(Andreas Butzki, SPD: Natürlich ist das ein Problem, das wissen wir doch, aber das ist ja gar nicht die Frage.)

Ich könnte es mir ganz einfach machen, Sie haben ja so etwas angesprochen, ich könnte als Nichtraucher sagen, jeder, der hier raucht,

(Andreas Butzki, SPD:
Ja, genau, da haben Sie
meine vollste Unterstützung.)

hat überhaupt kein moralisches Recht, über Klimaschutz zu reden, ...

(Andreas Butzki, SPD: Richtig!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Förster, gestatten Sie ...

Horst Förster, AfD: ..., denn sie setzt sich unter Sucht ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen Moment!

Horst Förster, AfD: ... und schädigt noch das Klima.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen Moment!

Horst Förster, AfD: Ganz einfach!

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen Moment, Herr Abgeordneter!

Horst Förster, AfD: So!

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Hallo!

Horst Förster, AfD: Ja?

(allgemeine Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Renz?

Horst Förster, AfD: Bei der kurzen Redezeit am Ende bitte.

Aber ich will noch mal zurückkommen auf unser Thema. Wir müssen doch – und darauf hat bisher keiner eine Antwort gegeben – überlegen, wie wir diese Sache grundsätzlich betrachten. Ich habe schon mal ausgeführt, dass ich mir ziemlich sicher bin, dass das Umgehen mit dem Schulschwänzen für irgendein Thema ganz wesentlich abhängig gemacht wird davon, wofür man demonstriert. Da müssen wir uns doch nichts vormachen.

(Andreas Butzki, SPD:
Das stimmt doch gar nicht!)

Und dann stellt sich die Kernfrage demokratischer Entscheidungsprozesse:

(Andreas Butzki, SPD: Das sind doch alles nur Hypothesen!)

Wer entscheidet darüber, wann ich – ich verkürze jetzt – schwänzen darf für welche Ziele? Wer ist das?

Und nochmals, Herr Dr. Jess, die Debatte ist ernst. Sie muss, also auch der Klimaschutz natürlich, ernsthaft geführt werden und an der Spitze der Bewegung müsste jetzt stehen, sich den Schülern aufklärend zu nähern, auch die zu Wort kommen zu lassen, die da einiges an den Maßnahmen, über die wir reden, nicht besonders gut finden. Es kann doch nicht sein, dass eine bestimmte Position im Rahmen des Klimaschutzes, eine bestimmte Theorie, der jetzt die Jugendlichen nachrennen, dazu führt, dass diese wirklich glaubensmäßig vertreten wird – deswegen sprach ich ja auch von Kreuzzügen –, glaubensmäßig wie eine Religion vorgeführt wird, jede Gegenmeinung sofort verteufelt, belächelt oder albern gemacht wird. Auch Herr da Cunha war sich dazu nicht zu fein.

(Andreas Butzki, SPD: Hat er gar nicht!)

Da stellen Sie sich doch wirklich gegen die Theorien von Dr. Jess.

Na gut, ich weiß, Herr da Cunha ist ein ehrenwerter, ohne Zweifel ehrenwerter Kollege hier und sonst sehr sachlich, aber eben hat er das gegenüber denjenigen, die da nicht so ganz gläubig sind und den menschengemachten Anteil nicht in dieser Auswirkung sehen, von vornherein verworfen.

Also die grundsätzliche Frage ist: Wie gehen wir damit um? Ich bin auch nicht der Meinung, dass man jetzt die Schüler da groß bestrafen kann, sie tragen ja auch gar keine Schuld daran, aber es muss doch jedem klarwerden, dass wir da, wenn das nun weitergeht und sich noch vertieft zu einer wirklichen Bewegung, in einen Kernbereich der Demokratie kommen und wir uns die Frage stellen müssen, wie politische Entscheidungsprozesse ablaufen dürfen. Und der Einwurf, dass das so ungefähr wie 1989 sei, wo man gegen eine Diktatur demonstriert hat, geht nun völlig fehl. Wir haben ein geordnetes System, haben Regeln, wie Entscheidungen getroffen werden.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Sie alle halten die parlamentarische Demokratie hoch und da weiß man, wo entschieden werden muss, und da muss man diesen Schülern das auch in allem Respekt vor ihrem subjektiv guten, vor diesem gutgemeinten Ungehorsam klarmachen, wie die Entscheidungsprozesse laufen,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

und das Richtige wäre, sachlich über diese Problematik mit ihnen zu diskutieren, aber dort wird doch gar keine andere Meinung zugelassen.

(Andreas Butzki, SPD: Haben Sie denn früher nie einen Eintrag in der Schule bekommen?)

Natürlich habe ich Eintragungen bekommen. Sie wissen gar nicht, wie viele.

(Andreas Butzki, SPD: Na und, sind Sie stolz darauf gewesen?)

Ja,

(Andreas Butzki, SPD: Ja, sehen Sie, da sind Sie auch stolz drauf gewesen.)

aber ich habe nicht den Anspruch gehabt, dass das groß gebilligt wird. Ich habe auch nicht im Traum daran gedacht, mir das später einrahmen zu lassen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

also diese Thematik, was grundsätzlich dahintersteht, wie mit Entscheidungsprozessen umgegangen wird und mit dem Druck der Straße, ob nun gut oder schlecht, wie man darauf reagieren muss.

Es war ja schon ähnlich bei den Straßenausbaubeiträgen, da hat ein Kollege – den Namen will ich jetzt gar nicht nennen – im privaten Gespräch sehr deutlich gesagt, wir werden getrieben.“ Da kam doch auch eine Mentalität zum Ausdruck, vielleicht ist das gar nicht so ganz richtig, was wir jetzt hier machen, wo man noch nicht wusste, wie man, wo man denn das Geld wieder herholt. Das ist das Risiko, wie Entscheidungsprozesse laufen. Und das ist vorgegeben. Deshalb, meine ich, muss diesen Schülern sehr deutlich gemacht werden, nicht mit Strafmaßnahmen, wie das in einem demokratischen Staat ist, und dass sie nicht berechtigt sind, diesen Druck auszuüben.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Sie werden ja geradezu ermutigt, das zu tun,

(Thomas Krüger, SPD: Natürlich dürfen die Druck ausüben! Wo sind Sie denn jetzt hier? Natürlich dürfen die demonstrieren.)

indem man ihnen huldigt und meint, man persönlich würde noch politisch Kapital daraus schlagen, wie man sich den Kindern anbietet.

(Thomas Krüger, SPD: Ah, Sie wollen nicht die Demonstrationen, das ist das!)

Ach, Herr Krüger, was ist das für ein armseliges Argument! Aber Sie lassen ja keine Gelegenheit aus, irgendwas daherzureden,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

und sei es auch noch so dumm und unqualifiziert.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Nee, das sind Ihre Redebeiträge!
Das wissen wir schon.)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Sie haben noch eine Minute, Herr Förster. Gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Renz?

Horst Förster, AfD: Jawohl.

(Andreas Butzki, SPD:
Na, das fällt aber schwer.)

Torsten Renz, CDU: Danke schön, Herr Förster.

Ich habe das so wahrgenommen, dass Sie zu Beginn Ihrer Ausführungen eine hundertprozentige Position zum Thema „Durchsetzung des Rechtes“ hatten. Jetzt habe ich in den weiteren Ausführungen wahrgenommen, dass mit Strafmaßnahmen, die sich möglicherweise daraus ergeben könnten, Sie nicht leben können

(Dr. Ralph Weber, AfD: Frage!)

beziehungsweise Sie auch den Dialog ins Gespräch gebracht haben. Jetzt meine konkrete Frage: Wie ist Ihre Position hinsichtlich der Durchsetzung der rechtlichen Situation, welche Empfehlungen würden Sie abgeben?

Horst Förster, AfD: Also erstens bin ich nicht der Kultusminister

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Andreas Butzki, SPD: Kultusministerin!)

und abgesehen davon gilt, abgesehen davon gilt auch bei der Durchsetzung des Rechts immer der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Natürlich ist das ein Problem hier bei diesen vielen Schülern. Da würde ich natürlich als verantwortlicher Schulleiter erst mal den Finger hochheben und eine Informationsdebatte führen. Dann muss man im Einzelfall sehen, was man macht.

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Aber man kann natürlich nicht zurückweichen, das ist völlig klar. Man kann nur Eintragungen machen, man kann auch Einträge hinterher wieder löschen, wie auch immer. Das ist aber in meinen Augen – das, denke ich, habe ich auch deutlich gemacht – nicht das Kernproblem.

(Elisabeth Aßmann, SPD: Also keine Strafen.)

Das Kernproblem ist, wie die Politiker, die dem Recht ohne Wenn und Aber verpflichtet sind, damit umgehen. Das ist das Problem.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort die Abgeordnete Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Borschke, im Namen meiner Fraktion verwahre ich mich gegen den Vorwurf, dass wir Feinde der Demokratie sind

(Thomas Krüger, SPD:
Ich schließe mich an, Frau Larisch.)

und Kinder missbrauchen. Das Demonstrationsrecht ist im Grundgesetz verankert und es ist der Ausdruck der Demokratie.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Jens-Holger Schneider, AfD:
Aber nicht während der Schulzeit.)

Herr Förster, Ihrer Einlassung und Ihrer Herabwürdigung von Menschen mit Asperger-Autismus

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Nö, hat er gar nicht.)

habe ich Folgendes entgegenzusetzen. Ich zitiere den wohl berühmtesten Menschen mit Asperger und Nobelpreisträger Albert Einstein: „Zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die menschliche Dummheit, aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.“ Zitatende. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Sehr gut, Frau Larisch! – Zuruf
von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion Freie Wähler/BMV hat jetzt das Wort der Abgeordnete Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Erst mal vielen Dank für diese Debatte, die sicherlich auch aufgeregt war, aber trotzdem gezeigt hat, dass es uns alle aufwühlt. Das ist, glaube ich, ein positives Signal.

(Andreas Butzki, SPD: Die BMV bewegt.)

Allerdings nach Rücksprache mit meiner Familie und meinen Kindern muss ich sagen, es ist immer noch unklar. Wir wissen immer noch nicht, was die Haltung der Landesregierung und wie die Haltung der SPD-Fraktion dazu ist.

(Andreas Butzki, SPD:
Das hat die Ministerin gesagt.)

Es ist ein doch – ich habe sehr gut zugehört – ganz unterschiedenes Sowohl-als-auch. Das Recht ist einzuhalten, aber trotzdem finden wir es eigentlich gut, wenn die Kinder das Recht nicht einhalten.

(Andreas Butzki, SPD: Richtig!
Richtig zusammengefasst. –
Jens-Holger Schneider, AfD:
Was ist denn das für eine Aussage?!)

Und das führt natürlich dazu, dass die Verantwortung komplett auf die Kinder und im Grunde genommen auf die Eltern abgeladen wird. Zum Teil wird da noch versucht, es auf die Schulleiter abzuschieben, die da aber auch nicht weiterhelfen können.

Mir würde eine klare Regelung besser gefallen. Eine klare Regelung ist vorgeschlagen worden von der AfD, die von diesen Demonstrationen offensichtlich gar nichts hält,

(Sandro Hersel, AfD: Stimmt nicht.)

und von den LINKEN, die gesagt haben, die Schüler können ruhig jeden Freitag demonstrieren. Aus meiner Sicht sind es beides extreme Positionen, die ich nicht teile. Die SPD ist, wie gesagt, unentschieden.

(Thomas Krüger, SPD: Nee. –
Andreas Butzki, SPD: Nö, ganz klar.)

Man möchte beiden Flügeln gerecht werden. Also kann ich eigentlich nur feststellen, dass die beiden Fraktionen, die jetzt noch nicht genannt worden sind, nämlich CDU und Freie Wähler/BMV, wenigstens klare Regeln anstreben und vorschlagen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas Krüger, SPD: Schlagen Sie welche vor!)

An der Stelle möchte ich auch den Kollegen Borschke ausdrücklich, ich möchte mal sagen, in Schutz nehmen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

denn da wird ihm immer wieder etwas Negatives unterstellt, was er so überhaupt nicht sagt.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Doch,
er sagt 'ne ganze Menge. Eine ganze
Menge sagt der Herr Borschke. –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Er hat
von „indoktriniert“ gesprochen, als wenn
Jugendliche nicht selbst überlegen könnten.)

Ich möchte das als Fraktionsvorsitzender sagen, denn Herr Borschke hat gestern erst ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Probleme mit dem Klimawandel groß sind, er ist auch überhaupt kein Leugner des Klimawandels, noch nicht mal des menschengemachten Klimawandels, Herr Krüger.

(Thomas Krüger, SPD:
Das ist aber neu. Das ist neu.)

Das ist vielleicht in Ihren Augen für Sie neu, weil Sie eventuell nicht zugehört haben.

(Thomas Krüger, SPD: Nächste Sitzung,
Protokoll, ich zeigs Ihnen.)

Aber hören Sie mal zu, was er sagt! Lesen Sie das Protokoll noch mal nach! Er hat auch ausdrücklich gefordert, dass wir dafür mehr Geld zur Verfügung stellen müssen,

dass wir als Politiker dort handeln müssen, und wir dürfen die Verantwortung nicht auf die Kinder abschieben und sagen, die sollen demonstrieren gehen, und damit ist das Problem gelöst. Die lösen das Problem an der Stelle nicht, sie machen nur darauf aufmerksam.

Also es war, glaube ich, gut, dass wir über das Thema heute so engagiert diskutiert haben, aber wir haben noch keine Lösung gefunden, und deswegen werden wir noch mal, vielleicht nicht erst in zwei Jahren, so wie bei den LINKEN, das Thema aufrufen müssen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/3463 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/3463 bei Zustimmung der Fraktion der AfD, ansonsten Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/3407 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/3407 bei Zustimmung der Fraktion Freie Wähler/BMV und der Fraktion der AfD und Gegenstimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE abgelehnt.

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Förster der Fraktion der AfD hat nach Paragraph 88 unserer Geschäftsordnung um die Möglichkeit einer persönlichen Erklärung gebeten.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mir wurde unterstellt, dass ich Greta Thunberg herabgewürdigt hätte, indem ich das Asperger-Syndrom erwähnt habe.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE,
und Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Haben Sie! Haben Sie!)

Davon kann keine Rede sein.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Doch!)

Ich würde nicht im Traum daran denken.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Lesen Sie das im Protokoll noch mal nach!
Das haben Sie sehr wohl getan.)

Ich habe das erwähnt, weil ich das im Sachbezug für erforderlich hielt, und ich weise diese Unterstellung entschieden zurück!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Deswegen wird sie aber nicht unwahr.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Situation der Beschäftigten bei den Paketdiensten in Mecklenburg-Vorpommern verbessern, auf Drucksache 7/3401. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/3461 vor.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Situation der Beschäftigten bei den
Paketdiensten in Mecklenburg-
Vorpommern verbessern
– Drucksache 7/3401 –**

**Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler/BMV
– Drucksache 7/3461 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Foerster.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ach, das ist der gute Foerster! –

Zuruf aus dem Plenum: Können wir mal zählen,
ob wir überhaupt noch beschlussfähig sind?)

Ich bitte die Geschäftsführer der Fraktionen nach vorne.

(Die Parlamentarischen Geschäftsführer
treten zu einer kurzen Beratung
bei der Präsidentin zusammen.)

Zur allgemeinen Information: Wir sind nicht beschlussfähig im Haus und solange die Beschlussfähigkeit nicht hergestellt ist, wird Herr Foerster mit seiner Rede nicht beginnen.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Haben wir jetzt Pause?)

Okay, Herr Foerster, Sie haben das Wort.

Henning Foerster, DIE LINKE: Vielen Dank.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bereits im vergangenen Jahr waren die Arbeitsbedingungen von Paketboten und anderen Mitarbeitern der Post hier Thema im Landtag. Seinerzeit stand mit der Frage, inwieweit die Zukunft eines vollwertigen und voll funktionstüchtigen Briefzentrums in Schwerin als gesichert angesehen werden kann oder nicht, ein spezielles Problem aus der Region Westmecklenburg im Fokus.

Infolge der damals von allen Seiten erfreulich sachlich geführten Debatte wurden Gespräche anberaumt und vom Arbeits- und Wirtschaftsminister auch geführt, wie wir inzwischen vom Betriebsrat erfahren durften. Ebenso gab es eine Korrespondenz mit der Bundesnetzagentur, die wiederum die Deutsche Post AG zur Stellungnahme aufgefordert hat. Dafür an der Stelle vielen Dank, Herr Minister Glawe, auch im Namen der Beschäftigten, bei denen ich am vergangenen Samstag im Rahmen der Betriebsversammlung in Lübeck erneut auftreten durfte. Hoffen wir, dass sich unser gemeinsames Engagement für die Kolleginnen und Kollegen an dieser Stelle auszahlt.

Ende letzten Jahres habe ich ebenfalls auf die tarifliche Auseinandersetzung zur Zukunft der ehemals 49 Delivery-Gesellschaften hingewiesen, die im Sommer 2015 ge-

gründet worden waren, um vormalig befristet Beschäftigte zu den schlechteren Konditionen des Logistiktarifvertrages anstellen zu können. Hier gibt es inzwischen Erfreuliches zu berichten. Meine Fraktion gratuliert ver.di und den Beschäftigten dazu, dass es gelungen ist, die tarifliche Zweiklassengesellschaft wieder zu beenden. Die noch bestehenden 46 von ehemals 49 im Sommer 2015 ausgegliederten Tochterunternehmen werden zum 1. Juli wieder ins Unternehmen Deutsche Post zurückgeholt und die 13.000 Beschäftigten erhalten dann getreu dem Motto „Ein Unternehmen – ein Tarifvertrag“ auch wieder den gleichen Lohn.

Hierzulande trifft das insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der DHL-Tochter Delivery Neubrandenburg GmbH. Stefan Jedaschko, der dortige Betriebsratsvorsitzende, weist darauf hin, was das für die Kolleginnen und Kollegen dort bedeutet, nämlich zum einen mehrere 100 Euro mehr Lohn pro Monat, plus 13. Monatsgehalt, plus betriebliche Altersversorgung. Das ist, denke ich, ein wirklicher Erfolg.

Aber trotz dieses Schrittes in die richtige Richtung ist damit in der Branche natürlich noch längst nicht alles gut. Mit dem heutigen Antrag erweitern wir daher den Blick auf die Arbeitsbedingungen der Branche in Gänze. Dass das offenkundig notwendig ist, zeigen nicht nur seit Jahren sinkende Durchschnittslöhne im Wirtschaftszweig Post-, Kurier- und Expressdienste in den mittlerweile 53 verschiedenen Unternehmen hier in Mecklenburg-Vorpommern. Die Zahlen kennen Sie schon aus der letzten Debatte. Die Bruttoarbeitsentgelte sanken von 2011 noch 3.191 Euro auf nur noch 2.270 Euro im Jahre 2017. Auch die von der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi angestoßene Debatte zur Situation der Beschäftigten hat inzwischen bundesweit für Aufsehen und für die Einleitung verschiedenster politischer Initiativen gesorgt.

Dass das absolut notwendig und richtig ist, hatte ver.di-Chef Frank Bsirske bereits Ende Februar 2019 in einem Interview mit der Funke-Mediengruppe noch mal deutlich unterstrichen. Er sprach da von teilweisen „mafiosen Strukturen“ in der Paketbranche, bei denen Unternehmen wie Hermes Firmen engagieren würden, die ihrerseits Subunternehmen einsetzen und Menschen aus der Ukraine, aus Moldawien und Weißrussland in die Lieferfahrzeuge setzen würden. Diese bekämen dann Stundenlöhne von 4,50 Euro oder 6,00 Euro gezahlt, und das bei Arbeitszeiten von 12 oder sogar 16 Stunden am Tag. Der Mindestlohn wird auf diese Weise nach ver.di-Angaben massiv unterlaufen.

Dass diese Probleme auch an Mecklenburg-Vorpommern nicht vorbeigehen, das hatte ein Artikel während der letzten Landtagssitzungswoche im März gezeigt. Auch die „Schweriner Volkszeitung“ titelte „Mafiose Strukturen – Auch in MV“ und dokumentierte neben den schon beschriebenen Problemen unter anderem, dass ein Zusteller bei einem Subunternehmen im Durchschnitt 100 Pakete abliefern müsse und dabei pro Paket lediglich zweieinhalb Minuten Zeit habe, und das im Übrigen unabhängig davon, ob der Empfänger der Sendung nun Parterre im Mehrfamilienhaus oder im elften OG eines Hochhauses wohnt und ob er überhaupt anzutreffen ist.

Bei Recherchen zur Situation in der Branche stößt man schnell auf Berichte, die darauf hinweisen, dass im Grunde nur noch zwei der fünf großen Paketdienste in Deutschland überwiegend mit eigenen festangestellten

Zustellerinnen und Zustellern arbeiten, die dann auch tariflich entlohnt werden. Da liegt vermutlich schon eine der Ursachen für den Abwärtstrend bei den Durchschnittslöhnen auch in Mecklenburg-Vorpommern.

Doch weder meine Fraktion noch ich wollen uns jetzt diesbezüglich in Spekulationen verlieren. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, unverzüglich einen Sachstandsbericht zur Lage hierzulande abzugeben. Angesichts der von mir angedeuteten, vielfach katastrophalen Arbeitsbedingungen wird gewerkschaftsseitig darüber hinaus seit längerem die Forderung nach Einführung einer Nachunternehmerhaftung auch für die Zustellbranche erhoben. Würde der Gesetzgeber diesem Ansatz folgen, blieben die Branchen- und Marktführer, welche heute ihre Aufträge massenhaft an Subunternehmen auslagern, ebenfalls in der Pflicht, für die korrekte Zahlung von Mindestlöhnen und Sozialabgaben zu sorgen.

Man muss sagen, dass so ein Geschäftsmodell, welches Subunternehmen einbindet, rein rechtlich nicht grundsätzlich zu beanstanden ist, aber es wird natürlich immer dann problematisch, wenn Letztere massiv gegen geltendes Recht verstoßen. Werden solche Fälle bekannt, dann verweisen die großen Unternehmen am Anfang der Lieferkette in der Regel auf geltende Verträge und die Abforderung von Rechtstreuerklärungen gegenüber ihren Subunternehmen. Diese seien schließlich in der Pflicht, Verstöße zu verhindern. Auf diese Art und Weise bewahren sie sich die für ihr eigenes Images natürlich wichtige weiße Weste, wie im Text der Bundesratsentschließung aus Niedersachsen und Bremen auch zutreffend festgestellt wird. Genau diesem Vorgehen soll jetzt ein Riegel vorgeschoben werden.

Dass dies geht, zeigt ein Blick auf eine andere Branche. Als in der Fleischindustrie die Ausbeutung der Beschäftigten durch Werkverträge nicht mehr zu vertretende Ausmaße annahm, hat der Staat reagiert mit einem Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft und dazu beigetragen, die schlimmsten Auswüchse wieder zurückzudrängen. Genau diesen Ansatz verfolgen die Länder Niedersachsen und Bremen mit ihrer Bundesratsinitiative. Ich denke, da können sie die Unterstützung aus Mecklenburg-Vorpommern gut gebrauchen.

(Vincent Kokert, CDU: Haben sie ja vor einer Stunde gehabt!)

Nicht mehr und nicht weniger fordern wir mit unserem Antrag im Landtag heute ein.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Ist schon angenommen, können Sie zurückziehen, den Antrag!)

Dass es bei dem Thema natürlich komplex zugeht, zeigt sich auch daran, dass in der Entschließung des Landes Niedersachsen auf eine mögliche Schwachstelle des Vorhabens hingewiesen wird. Beauftragen die Branchenfürer nämlich Subunternehmen, können sie sich derzeit relativ einfach der Haftung entziehen, denn legen jene Subunternehmen einen Nachweis über die Zahl ihrer gemeldeten Angestellten vor und bestätigen dann darüber hinaus, dass für diese die entsprechenden Sozialversicherungsbeiträge gezahlt wurden, sind sie von jeglicher Haftung entbunden. Das gilt momentan auch für den Fall, dass im Subunternehmen weitere, nicht gemeldete

Beschäftigte tätig sind. Deshalb geht es darum, künftig auch sicherzustellen, dass der Haftungsausschluss sich nicht nur auf die gemeldeten Arbeitskräfte bezieht.

Darüber hinaus, und das ist ein weiterer Aspekt, müssen die Arbeitszeiten sauber dokumentiert werden. Das Beispiel dieser Branche zeigt einmal mehr, dass der bei den Unternehmen vielfach populäre Ruf nach Bürokratieabbau einem immer sehr leicht über die Lippen geht, dass man aber differenziert betrachten muss, worüber man jeweils redet. Die Zustellbranche zeigt, wie wichtig die korrekte Aufzeichnung von Arbeitsaufnahme, Arbeitsende und Arbeitsdauer allein aus Gründen der Rechtssicherheit ist. Aufgrund der eingangs beschriebenen katastrophalen Zustände fordert die Bundesratsinitiative diesbezüglich sogar eine Erweiterung der Dokumentationspflichten zur täglichen Arbeitszeit.

Darüber hinaus gilt es natürlich, die betroffenen Beschäftigten besser zu unterstützen. Das ginge auf zwei Wegen. Wir haben hier mehrfach vorgeschlagen, über ein entsprechendes Beratungsangebot in Zusammenarbeit mit dem DGB nachzudenken, weil vielfach gerade osteuropäische Zusteller ihre Rechte nicht kennen und sich folglich auch nicht trauen, diese auf dem Klageweg einzufordern. Die andere Möglichkeit wäre, über ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften nachzudenken, damit dann die Gewerkschaft Firmen bei Verstößen gegen das Mindestlohngesetz anstelle des einzelnen Beschäftigten verklagen kann.

Zum Ende sei auch noch angemerkt, dass jedes Gesetz natürlich nur so gut ist, wie man es auch durchsetzen kann. Ohne flächendeckende, regelmäßige Kontrolle und die spürbare Ahndung von Verstößen gegen das Mindestlohn- und das Arbeitszeitgesetz ist eine Trendwende schlicht nicht erreichbar. Das hat auch der letzte große Einsatz des Zolls im Februar dieses Jahres gezeigt. 3.000 Beamte der Finanzkontrolle Schwarzarbeit kontrollierten in Zusammenarbeit mit der Polizei Hunderte Subunternehmen mit rund 12.000 Fahrern und stellen dabei neben zahlreichen Unterschreitungen des gesetzlichen Mindestlohns auch Straftaten fest, die im Übrigen so massiv waren, dass die Paketbranche im „Handelsblatt“ als „Hort der Gesetzlosen“ bezeichnet wurde.

Die Bandbreite der festgestellten Delikte reichte dabei von gefälschten Pässen über das Führen des Zustellfahrzeugs ohne Führerschein bis hin zur Verhaftung gesuchter Straftäter. All das, das werde ich dann gleich mal in Richtung des Kollegen Waldmüller sagen, ist keine Übertreibung aus der Feder der LINKEN oder, wie er es formulieren würde, „ein typischer Foerster“,

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

sondern leider bittere Realität. Von daher bitte ich auch um eine ernsthafte Debatte und natürlich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Sebastian Ehlers, CDU: Kennen Sie die Institution Bundesrat, Herr Foerster?!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 150 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit. Herr Glawe, Sie haben das Wort.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Herr Foerster, Sie haben ein Thema auf die Tagesordnung gesetzt in dem Wissen, dass im Bundesrat eine Initiative läuft, die auch durch Mecklenburg-Vorpommern unterstützt wird.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das wusste ich noch nicht.)

Die Themen sind berechtigterweise auf der Tagesordnung, denn es geht darum, dass wir in dieser Branche dafür sorgen, dass die jeweiligen Tarife eingehalten werden, dass die Beiträge gezahlt werden. Die Nachunternehmerbeauftragung ist ein Problem, weil das oftmals Ketten sind, die da miteinander kommunizieren. Das hat in den letzten Wochen und Monaten zu intensiven Kontrollen der Gruppe Schwarzarbeit geführt. 1.748 Kontrollen haben stattgefunden, davon wurden 464 mit Mängeln belegt. Das sagt, dass wir uns für die Geschichte „Sicherung der Arbeitnehmerrechte von Paketbotinnen und -boten“ natürlich einsetzen und dafür sorgen müssen, dass da die ortsüblichen Tarife oder die Haustarife oder eben auch die Tarife, die vereinbart worden sind mit den Sozialpartnern, gezahlt werden.

Die Frage, die Sie aufgeworfen haben – Beratung durch Gewerkschaften –, haben wir im Land geregelt. Da wird es jetzt eine Ausschreibung geben und dann werden auch ausländische Arbeitnehmer wahrscheinlich durch Gewerkschaften beraten werden können, sodass in dieser Frage die Forderung, die Sie erhoben haben, umgesetzt wird. Das haben wir im Zukunftsbündnis für Arbeit besprochen.

Meine Damen und Herren, natürlich ist es so, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern diese Bundesratsinitiative unterstützt hat. Wir sind nicht das einzige Land. Nach meiner Kenntnis hat Nordrhein-Westfalen jetzt auch zugestimmt. Wir werden dieses Thema insgesamt natürlich weiter angehen müssen, denn es besteht ein erheblicher Druck in der Branche. Einerseits sind Postkuriere und Expressedienste intensiv am Markt, andererseits gibt es auch Marktverdrängungsprozesse. Aber man muss sagen, die Deutsche Post hat in den letzten Jahren immer gezeigt, dass sie deutlich höhere Löhne zahlt als andere. Das Problem ist hier eher nicht der Mindestlohn, sondern nicht ausgebildete Zusteller erhalten ein Einstiegsgehalt nach meiner Kenntnis von 2.150 Euro brutto. Das ist weit über vielen anderen Branchen. Nichtsdestotrotz muss man natürlich dafür sorgen, dass insgesamt die Qualität und die Arbeitsbedingungen eingehalten werden können.

Meine Damen und Herren, wir haben gerade bei den Zustellerinnen und Zustellern für Pakete eine Arbeitsbelastung, die haben Sie richtig beschrieben, dass man teilweise in Hochhäusern et cetera nur zweieinhalb bis drei Minuten Zeit hat pro Zustellung, um die Pakete oder die Sendung an den Mann oder an die Frau zu bringen. Das ist einerseits richtig, andererseits ist insgesamt eine hohe Flexibilität, eine hohe Arbeitsbelastung festzustellen. Aber zumindest bei der Post ist es so. Bei den ausgelagerten Teilen – das haben Sie auch richtig gesagt –,

die ehemals zur TGL gehörten, gibt es jetzt wieder den Haustarif, der insgesamt für alle gilt.

Ja, meine Damen und Herren, es ist eben so, dass wir als Landesregierung schon, bevor Sie Ihren Antrag formuliert haben, im Bundesrat die Dinge mit begleitet haben. Wir haben uns entschlossen, den Antrag mit zu unterstützen.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das wusste ich noch nicht.)

Von daher glaube ich, dass Ihr Antrag zwar richtig ist, aber von der Zeit überholt wird. Deshalb denke ich, dass Sie sogar zurückziehen, wenn aber nicht, werden wir ihn ablehnen. In diesem Falle stimmt es tatsächlich, die Landesregierung ist schon weiter als Sie.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Nichtsdestotrotz will ich Ihr Engagement als Gewerkschafter loben, denn die Dinge, die Sie hier begleitet haben, auch bei der Frage Post und DHL, ich denke, das kann man jederzeit ebenso draußen vertreten. Wir haben mit den Betriebsräten, mit den Mitarbeitern gesprochen. Wir haben verhindert, dass ein weiterer Personalabbau stattfindet, und dass hier am Standort Schwerin weiterhin die Arbeitsplätze für die nächsten Jahre gesichert sind, dafür will ich Ihnen ausdrücklich auch Dank sagen, Herr Foerster. Da haben Sie sich intensiv eingebracht. Sie haben auch die Kontakte zum Personalrat und Betriebsrat hergestellt. Wir haben als Landesregierung Dinge angeboten, dass der eine oder andere Führerschein erworben werden kann, um Arbeitsplätze zu sichern, und da, wo ein Umsteuern nötig ist, man auch Perspektiven für die Postzustellerinnen und Postzusteller entwickelt hat.

Von daher, glaube ich, ist dieser Antrag rundum weitestgehend okay. Nichtsdestotrotz bleiben Aufgaben, beispielsweise die Frage von Schwarzarbeit. Die Zahlung von Sozialbeiträgen und anderen Abgaben muss klar sein. Wir können keine Ketten zulassen, die sich gegenseitig immer den Auftrag als Unterauftragnehmer zuschieben. Am Ende sieht keiner im System mehr durch. Von daher ist es richtig, dass eine Dokumentationspflicht und auch eine Dokumentation von Arbeitszeiten durch die Unterauftragnehmer sichergestellt werden. Zweitens müssen sie nachweisen, dass sie Sozialbeiträge gezahlt haben. Ansonsten wird das zu Konsequenzen für die jeweiligen Unternehmen führen, denn am Ende ist es so, wer seine Sozialbeiträge nicht abführt, läuft Gefahr, die Betriebserlaubnis zu verlieren. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Obereiner.

Bert Obereiner, AfD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Problemlage hat Herr Foerster eindrücklich geschildert. Das ging auch durch die Medien und ist alles so weit zutreffend. Dass dort jetzt auf Bundesebene gehandelt wird, ist vollkommen in Ordnung. Das Ansinnen ist okay.

Vielleicht zu dem, was bisher noch nicht gesagt wurde: Die Paketbranche ist eine rapide schnell wachsende Branche. Die Zahl der Paketsendungen nimmt zu, die

Zahl der Beschäftigten nimmt zu, die Umsätze steigen. Es ist auch – vorgestern habe ich das der Zeitung entnommen – ein Trend festzustellen, dass dort die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zunehmend ist, während die Zahl der Minijobber rückläufig ist, was eventuell auch erklärt, dass das Medianeinkommen, was Herr Foerster hier nannte, rückläufig ist. Das ist vielleicht ein Teil der Erklärung dafür, ist aber an sich im Grunde genommen eine positive Entwicklung.

Dass wir dieses Problem mit den Subunternehmern haben, ist klar. Aber andererseits haben wir halt einen offenen Markt. Wir haben eine Dienstleistungsfreiheit. Wir haben eine Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union. Das ist völlig legitim und vollkommen in Ordnung, aber das ist eben auch ein Teil der Antwort auf die Frage, warum dort die Einkommen sinken. Ansonsten hat der Minister eigentlich alles gesagt. Ich möchte nur beantragen, dass wir den Punkt II, Punkte 1 und 2 separat abstimmen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Brade.

Christian Brade, SPD: Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Nun wurde aus der Aussprache, die wir in der Dezembersitzung mit der Überschrift „Gute Arbeit – gute Löhne auch für die Beschäftigten der ‚Deutsche Post DHL Group‘ in Mecklenburg-Vorpommern“ geführt haben, ein richtiger Antrag. An diesem Antrag merkt man ...

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Nee, jetzt geht es um die gesamte Branche und nicht um ein spezifisches Problem, Herr Brade!)

Ja, richtig, Herr Foerster, auch das haben wir erkannt. An diesem Beispiel sieht man mal, wie wichtig Timing in der Politik ist. Sie sind ein bisschen zu spät. Ich könnte mir eigentlich den Rest meiner Rede sparen,

(Beifall Nikolaus Kramer, AfD, und
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

denn im Tagesordnungspunkt 9 des Bundesrates auf der 976. Sitzung wurde eine Entschließung durchgebracht, die die Bundesregierung auffordert, ein Gesetz zu schaffen, das genau die Nachunternehmerhaftung in den Blick nimmt.

(Jochen Schulte, SPD: Mit den Stimmen
des Landes Mecklenburg-Vorpommern!
Sebastian Ehlers, CDU: So ist es. –
Harry Glawe, CDU: Sehr gut!)

Mit den Stimmen des Landes Mecklenburg-Vorpommern, denn wir haben diesen Prozess schon lange unterstützt.

Die Probleme, die wir dort haben, gerade mit den Subunternehmern, und dass diese Subunternehmer auch noch andere Unternehmen beauftragen, Pakete durch die Gegend zu fahren, das ist längst bekannt, da sind wir dran. Dass es Probleme gibt mit der Schwarzarbeit in dieser Branche, auch das haben wir schon längst erkannt und handeln in diesem Bereich.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Wenn Sie das schon erkannt haben,
warum kommt dann die Bundesratsinitiative
nicht aus Mecklenburg-Vorpommern? –
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Seien Sie nicht so kleinlich!)

Weil das, denke ich, kein Problem ist, was sich nur auf Mecklenburg-Vorpommern bezieht, Herr Foerster.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Jochen Schulte, SPD: Das war jetzt
aber ganz knapp über der Kante! –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Das ist auch nicht nur ein Problem, was es hier in Deutschland gibt. Das Problem gibt es in ganz Europa.

Im Endeffekt, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir auch selbst ein bisschen Schuld an der Situation, die sich jetzt hier auftut, denn wir alle drücken auf den „Kaufen“-Button im Internet

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

und machen uns das ziemlich einfach. Wir kaufen bei Alibaba und bei Amazon und Co unsere Waren

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Müssen wir jetzt ein schlechtes
Gewissen haben?!)

und freuen uns auf eine zeitnahe Lieferung. Die Onlinehändler sichern uns zu, dass die Ware innerhalb von 24 Stunden bei uns auf dem Wohnzimmerisch liegt, und auf der anderen Seite beklagen wir dann die desaströsen Arbeitsbedingungen in einigen Unternehmen.

(Beifall Thomas Schwarz, SPD: Jawohl!)

Unsere Fraktion begrüßt zusätzlich den Gesetzentwurf gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, welcher den Zoll deutlich stärkt und so für gerechte und gute Arbeitsbedingungen sorgt und den Kampf gegen die Organisierte Kriminalität, die Beendigung des Missbrauchs von Sozialleistungen sowie des Betruges beim Kindergeld vorsieht.

Sie sehen also, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Zug hat längst Fahrt aufgenommen, und Sie, liebe Kollegen von den LINKEN, versuchen mit Ihrem Antrag, diesen Zug noch zu erwischen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas Schwarz, SPD: Zu spät! Zu spät!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion Freie Wähler/BMV hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich kann es dieses Mal auch ein bisschen kürzer machen. Punkt I ist in Ordnung. Punkt II.1 ist eigentlich der Text einer Kleinen Anfrage. Und Punkt II.2 ist erledigt. Deswegen ziehen wir unseren Änderungsantrag zurück, weil er jetzt einfach an der falschen Stelle hängt.

(Thomas Schwarz, SPD: Sehr vernünftig. –
Sebastian Ehlers, CDU: Richtig!)

Ich würde Ihnen empfehlen, das mit Ihrem Antrag auch zu tun, denn er ist, wie gesagt, zur Hälfte eine Kleine Anfrage und zur anderen Hälfte schon erledigt.

Trotzdem, und da bitte ich alle die, die Verantwortung tragen an der Stelle, darum, darauf zu achten, dass wir das möglichst mit wenig Bürokratie abwickeln können. Also im Inhalt unseres Änderungsantrages steht schon, dass man versucht, eine automatisierte elektronische Lösung hinzukriegen, und keinen totalen Überwachungsprozess in Gang setzt, sondern so wie bisher auch mit Stichproben arbeitet, die man sicherlich verstärken muss. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Freie Wähler/BMV –
Thomas Schwarz, SPD: Sehr vernünftig.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Während die Tierwelt in Mecklenburg-Vorpommern schon längst aus dem Winterschlaf erwacht ist,

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

scheint sich DIE LINKE noch tief darin zu befinden. Anders kann ich es mir nicht erklären. Ich bin schon ein bisschen erstaunt, weil normalerweise klappt die Abteilung „Recherche“ ja bei den LINKEN ganz gut, aber dass man jetzt die Landesregierung zu etwas auffordern soll, was sie vor zwei Stunden im Bundesrat bereits getan hat,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Wissen Sie, wann die Geschäftsordnung
festgelegt worden ist und die
Tagesordnung?!)

das spottet eigentlich jeglicher Diskussion hier an der Stelle, Herr Foerster. Das ist hochgradig unprofessionell

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

und wird, glaube ich, auch Ihrer Rolle hier als kritische Opposition nicht gerecht.

Ich denke, zum ersten Teil Ihres Antrages hat der Minister umfangreich berichtet. Wenn der Bedarf besteht, dann kann man das im Ausschuss machen, dafür sind die Ausschüsse da. Das ist eigentlich nicht hier das Plenum, um die Regierung aufzufordern, noch Berichte vorzulegen. Das kann in den Ausschüssen passieren.

Und, Herr Foerster, eins haben Sie unterschlagen: Sie haben gesagt, Sie wurden vom Betriebsrat informiert, dass es hier eine gute Entwicklung für das Zentrum in Schwerin gibt. Sie wurden natürlich auch direkt vom Minister informiert an der Stelle. Das finde ich eine vernünftige und gute Kommunikation. Deswegen bin ich immer Harry Glawe sehr dankbar, dass er den Kontakt zum Präsidenten der Bundesnetzagentur aufgenommen hat

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

und dass der Präsident der Bundesnetzagentur in der Antwort, die Sie ja auch kennen, ganz deutlich gesagt hat, dass es – und das ist für Schwerin und den Standort, glaube ich, auch wichtig – keinerlei Initiativen gibt, das Zentrum insgesamt zu schließen. Das ist in Ordnung.

Deswegen kann ich mich dem Kollegen Wildt nur anschließen. Ziehen Sie den Antrag zurück! Wir, das Land Mecklenburg-Vorpommern, haben gehandelt vor wenigen Stunden. Wir haben einer Entschließung zugestimmt im Bundesrat. Von daher bedarf es dieses Antrages heute nicht mehr. Machen Sie künftig Ihre Hausaufgaben ein bisschen besser! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Ehlers, vielen Dank für Ihre billige Polemik hier. Sie wissen sicherlich, wann Tagesordnungen für Landtags-sitzungen festgelegt werden,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Zurückziehen kann man immer. –
Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

und insofern muss ich auf das Thema an der Stelle nicht weiter eingehen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Als ich am vergangenen Samstag in Lübeck in der vollbesetzten Musik- und Kongresshalle zu den anwesenden Kolleginnen und Kollegen der Post über die Probleme im Bereich der Paket- und Kurierbranche sprach, gab es für die Forderungen nach stärkerer Regulierung seitens des Gesetzgebers dort viel Beifall.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Es ist gut, dass diese Initiative von der Landesregierung unterstützt wird.

(Beifall Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Aber wir sind ja noch nicht bei der entsprechenden gesetzlichen Regelung, zu der der Bundestag beziehungsweise die Bundesregierung da aufgefordert wird, eine entsprechende Regelung vorzulegen.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Also es gab viel Sympathien für diese Initiative, denn da haben diejenigen gesessen, für die unsere heutige Debatte eben nicht nur der so ziemlich letzte Tagesordnungspunkt auf einer langen Landtagssitzung ist, sondern da saßen die Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich erfahren, wie es ist, bei Wind und Wetter, bei Eis und Schnee oder bei 40 Grad im Schatten unterwegs zu sein, die den ständigen Anstieg des Arbeitsdruckes natürlich mitbekommen, weil der eigene Arbeitgeber, aber noch

viel stärker, weil die Konkurrenz immer mehr Aufträge an Subunternehmen auslagert.

Ich will allerdings freimütig bekennen, dass dort jemand noch viel mehr Beifall erhalten hat, der gar nicht persönlich anwesend war, und ich rede nicht von Harry Glawe, unserem Minister, sondern ich rede von einem Kabarettisten, der bekannt ist, unter anderem für seinen Song „Versandsoldaten“, der sehr eindrücklich beschreibt, jenseits aller Zahlen, wie die Arbeitssituation der Kolleginnen und Kollegen tatsächlich ist. Ich spare mir daher jetzt, hier auf weitere Zahlen einzugehen. Ich habe in der Einbringung dazu etwas gesagt, aber ich will mir erlauben, den Text, den der angesprochene Kabarettist dort vorgetragen hat, hier auch noch mal zum Besten zu geben, denn das ist nicht lustig, sondern das beschreibt tatsächlich, wie es um die Situation in der Branche bestellt ist. Ich darf das mal zitieren, da heißt es:

„Bring im Schneesturm auf Kommando
die Bikinis von Zalando
Auch wenn man mir's nicht ansieht
Ich wohne im Ford Transit

Pakete schwer, Pakete groß
Wenigstens nicht obdachlos
Nix Mindestlohn, nix Pausenzeit
Gefangen in Selbstständigkeit

...

Ich klage nie dass Arbeit Mist ist
Bin doch sachgrundlos befristet
Wenn Sushi an der Haustür läutet
Werden Menschen ausgebeutet

Meine Baracke kalt und verdreckt
Mein Standort wird per App getrackt
Vom Schutz des Arbeitsrechts befreit
Gefangen in Selbstständigkeit

...

Was trennt noch Trebegänger
Vom Sub-Sub-Sub-Sub-Subunternehmer?
Er ist kein Mensch, er ist kein Tier
Nein, er ist Paketkurier.

Ich bin kein Mensch, ich bin kein Tier
Nein, ich bin Paketkurier“

So weit in dem Song von Jan Böhmermann.

Mehr als 14.000 Leute haben dieses Musikvideo bislang mit „Gefällt mir“ gekennzeichnet, und das kann auch nicht verwundern, weil der Text die Lebenswirklichkeit etlicher Beschäftigter in der Branche offenbar ganz gut trifft. Und ob man Böhmermann nun mag oder nicht, ihm gebührt aus meiner persönlichen Sicht ein Dank dafür, dass er einen Beitrag dazu geleistet hat, Öffentlichkeit für dieses Thema, um nicht zu sagen, für diesen Skandal, herzustellen.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Es gibt zahlreiche Journalisten, die sich in den letzten Wochen und Monaten auch auf die Suche nach Leuten gemacht haben, die vor der Kamera bereit sind, über

ihren Arbeitsalltag Auskunft zu geben. Erfahrungsgemäß ist es sehr schwierig, sie dazu zu bewegen, nicht nur wegen der eingeschränkten Sprachkenntnisse, sondern auch aus Scham oder Angst vor Repressalien.

Der „Bayerische Rundfunk“ hat das trotzdem geschafft und hat 2017 schon einen bulgarischen Paketboten interviewt, der bei einem Subunternehmen von Hermes angestellt war und zu Protokoll gegeben hat, das jedem Kollegen, der sich dort beschwerte, die sofortige Kündigung drohe, und wenn sich ein solcher Fall herumspreche, dann bekomme der Betroffene keinerlei Anstellungen in Deutschland mehr. Es sei im Übrigen Alltag, das im Arbeitsvertrag zwar der gesetzliche Mindestlohn fixiert werde, doch auf dem Stundenzettel gar keine realen Zeiten stehen würden.

Im Rahmen dieses Beitrages ist dann ein Professor Richard Giesen um eine Stellungnahme gebeten worden, der seines Zeichens Arbeitsrechtler an der Ludwig-Maximilians-Universität in München ist. Danach befragt, warum die Branche eigentlich so stark auf dieses Subunternehmertum setzt, hat er gesagt: „Da versucht wohl jemand, vor allem Sozialversicherungsbeiträge zu vermeiden und trotzdem die Kontrolle über das Geschehen zu haben.“

Dem ist eigentlich nichts weiter hinzuzufügen oder vielleicht doch noch eines: Wenn es denn so ist, dass die Paketzustellerinnen und Paketzusteller zum Teil mit Niedriglöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen abgespeist werden, dann lässt das doch nur zwei Schlussfolgerungen zu: Entweder sind die Preise für den Versand zu niedrig oder aber jemand erwirtschaftet in unanständiger Weise auf dem Rücken der Beschäftigten Gewinne und enthält ihnen den verdienten, fairen und gerechten Lohn vor. Und wenn Letzteres zutrifft, dann werden mal wieder Gewinne privatisiert und die Soziallasten vergesellschaftet, also den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern aufgebürdet.

Herr Brade, Sie sprachen es an, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat, da er die geschilderten Zustände wohl ebenfalls als inakzeptabel ansieht, angekündigt, einen Gesetzentwurf mit dem Ziel vorzulegen, die Arbeitsbedingungen für die Paketzustellerinnen und Paketzusteller verbessern zu wollen. Die Zielrichtung ist ähnlich wie bei der jetzt beschlossenen Bundesratsinitiative aus Niedersachsen. Doch während man sich in Hannover zwischen SPD und CDU offenbar einig in der Sache ist, ist es so, dass Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier im Bund schon wieder mal vorsorglich den sprichwörtlichen Hemmschuh vor den fahrenden Zug wirft. Er hat nämlich erklärt, das alles sei viel zu bürokratisch und falsch. Der Zoll solle mal machen, der sei schließlich zuständig und müsse durch regelmäßige Kontrollen sicherstellen, dass das bestehende Verfahren oder bestehende Vorschriften auch eingehalten werden.

Da könnte man jetzt natürlich sagen, hat ja wunderbar geklappt bisher – nicht ohne Ironie –, ohne natürlich die Schuld den latent unterbesetzten Kolleginnen und Kollegen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit unterschieben zu wollen. Aber allein diese Aussage des Bundeswirtschaftsministers macht ja deutlich, warum es weiter gilt, an dem Thema dranzubleiben, auch jetzt mit diesem Beschluss des Bundesrates, und eben nicht zu sagen, na, wir haben jetzt unsere Hausaufgaben gemacht, das Thema ist fürs Erste erledigt und dann schauen wir mal. Das ist,

glaube ich, zu wenig und da ist die Erwartungshaltung der Beschäftigten an Politik auch eine andere.

Deswegen werden wir den Antrag auch formal abstimmen lassen und ihn nicht zurückziehen, denn er hat ja auch noch einen Aspekt. Sie haben gesagt, Herr Wildt, das könnte man auch auf dem Wege einer Kleinen Anfrage machen. Man könnte natürlich auch als Arbeits- und Wirtschaftsminister in den Ausschuss gehen und entsprechend berichten auf der Basis der Dinge, die wir angefragt haben. Das ist nun mal eine Frage der Perspektive.

Wie gesagt, wir hätten gerne auch gewusst, wie denn nun die konkrete Lage speziell im Bereich des Subunternehmens in der Paketbranche sich in Mecklenburg-Vorpommern darstellt. Da haben wir ja in der Begründung auch so ein bisschen hineinformuliert, was uns da insbesondere bewegt und was wir für wichtig halten. Wenn Sie heute hier diesem Ansinnen auch nicht zustimmen, dann werden wir das zu gegebener Zeit im Wirtschaftsausschuss wieder aufsetzen

(Andreas Butzki, SPD:
Das kennen wir von Ihnen!)

und werden wir uns dem Thema dort weiter widmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der hierzu eingereichte Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/3461 ist im Rahmen der Debatte zurückgezogen worden.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, über die Ziffer I sowie die Ziffer II.1 und 2 einzeln abzustimmen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wer also der Ziffer I des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3401 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3401 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Freie Wähler/BMV, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und AfD abgelehnt.

Wer der Ziffer II.1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3401 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II.1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3401 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer der Ziffer II.2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3401 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II.2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3401 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Vereinbarungsgemäß rufe ich den **Zusatztagsordnungspunkt 2** auf: a) Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Bahntrassen Parchim–Malchow und Plau am See–Güstrow bewahren, Drucksache 7/3442, in Verbindung mit b) Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Regulären Bahnbetrieb auf der Strecke Parchim–Malchow wieder aufnehmen, Drucksache 7/3445.

**Antrag der Fraktion der AfD
Bahntrassen Parchim–Malchow
und Plau am See–Güstrow bewahren
– Drucksache 7/3442 –**

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Regulären Bahnbetrieb auf der Strecke
Parchim–Malchow wieder aufnehmen
– Drucksache 7/3445 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der AfD hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Kröger.

Jörg Kröger, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Werte Gäste! Leibe Mäkelborger un Vöropommern!

Dem Diskussionsbeitrag voranstellen möchte ich einen Dank, zunächst einen Dank an die Kollegen hier im Saal, die es ermöglicht haben, durch ihre einstimmige Zustimmung zur Dringlichkeit, dass wir das hier heute noch behandeln können, und vor allen Dingen einen Dank an die Initiative, die sich schon seit Jahren um die Erhaltung dieser Bahnstrecke bemüht, die hier auch, glaube ich, heute im Saal sitzt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, die besonders im ländlichen Raum existierende starke räumliche Trennung von Wohnen, Arbeiten oder Einkaufen oder aber auch die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung sind große Herausforderungen für einen öffentlichen Personennahverkehr. Eine gute Verfügbarkeit sowie eine hohe Leistungsfähigkeit und Qualität des öffentlichen Nahverkehrs sind jedoch Voraussetzung dafür, dass diese Mobilitätsbedürfnisse auch außerhalb der Großstädte mit dem öffentlichen Verkehr und ohne Pkw befriedigt werden können. Es ist gerade auch ein wichtiger Aspekt hin zu einer Entwicklung eines klima-, umwelt- und sozialverträglichen Verkehrssystems.

(Heiterkeit und Zuruf
von Torsten Renz, CDU)

Die herkömmlichen Angebote im öffentlichen Verkehr

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Was ist passiert?)

bieten kaum noch eine akzeptable Lösung in Bezug auf die eben genannten Aspekte an. Das inzwischen in den hiesigen ländlich geprägten Regionen angebotene bedarfsgerechte Beförderungsmittel Rufbus sollte dieses Angebot zwar sinnvoll ergänzen, aber nicht in Teilen komplett ablösen.

Wie sieht der Schienenpersonennahverkehr auf den Resten der Südbahnstrecke noch aus? Wer, so wie ich, aus dem ländlichen Umland in der Region Ludwigslust

kommt und mit der Bahn in die Stadt zur Arbeit möchte, zum Beispiel nach Schwerin, der muss morgens und abends beispielsweise in Ludwigslust Richtung Schwerin mehr als 30 Minuten Umsteigezeit in Kauf nehmen. Für die komplette Strecke mit dem Auto benötigt man je nach Verkehrslage um die 45 Minuten. Richtung Berlin sind die Übergangszeiten mit der Bahn bei 20 bis 40 Minuten, Richtung Hamburg bei 28 Minuten und dasselbe kommt dann noch mal fast auf die Rückfahrt dazu.

Mit solchen Umstiegszeiten ist die Anbindung des ländlichen Raums nicht wirklich attraktiv im Hinblick auf die Mitnutzung der Regionalbahn für den Arbeitsweg. Mit längeren Umstiegszeiten sinkt die Akzeptanz des Schienenpersonennahverkehrs. Aber je weniger Fahrgäste, desto geringer ist dann die Priorität bei der Zuteilung der Zeitfenster für die Regionalbahnen. Das heißt, der Zustand verschlimmert sich am Ende des Tages auch noch und wir kommen in eine Abwärtsspirale, die unweigerlich das Aus für den öffentlichen Schienenverkehr im Ergebnis bedeutet.

Hier liegt dann wohl auch einer der Hauptgründe für die zuletzt sehr schwache Nutzung auf der Südbahnstrecke, die hier letztendlich zur Aufkündigung des Schienenpersonennahverkehrs zugunsten des Rufbusses führte. In der Folge hat die Betreibergesellschaft jetzt konstatiert, dass wegen der Aufkündigung des Schienenpersonennahverkehrs keine Einnahmen mehr vorhanden sind, um die damit notwendigen Kofinanzierungsmittel für den Streckenerhalt auszugleichen.

Was ist zu tun, damit die Schiene wieder an Attraktivität gewinnt? Zunächst geht es darum, die Mobilitätsbedürfnisse im ländlichen Raum als großes Thema in den Bereichen Arbeiten, Leben, Freizeit und Tourismus wiederzubeleben. Hiervon lebt die Region. Die Fahrradmitnahme ist beispielsweise im Rufbus schwer möglich. Als wichtige Übergangsbahnhöfe für die Südbahn und deren Anbindung an die Metropolregionen Hamburg und Berlin sind hier zunächst die Bahnhöfe Hagenow-Land und Ludwigslust zu nennen. Und wie es da mit den Umsteigezeiten aussieht, das habe ich ja eben gerade genannt.

Eine fahrplangerechte Taktung mit kurzen Umstiegszeiten in die Richtungen Schwerin, Hamburg und Berlin könnte ganz konkret die Attraktivität für die Südbahn deutlich erhöhen und nachhaltig zu mehr Fahrgästen führen. Das bringt dann letztendlich steigende Einnahmen und damit einhergehend ist eine wichtige Grundlage für einen langfristig angelegten Streckenerhalt bereits gelegt.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Der zeitlich durchgängige Erhalt der Bahnstrecken ist von immenser Wichtigkeit, und das habe ich auch schon in der Begründung gesagt, weil die Stilllegung kaum jemals rückgängig gemacht werden kann, denn die jetzt noch laufende Technik zum Beispiel hat nur, solange die Strecke nicht stillgelegt wird, noch Bestandsschutz. Sobald eine formale Stilllegung erfolgt ist, ist im Hinblick auf eine Reaktivierung dieser Strecken der Bestandsschutz für die Sicherheitstechnik hinfällig und sie müsste gegebenenfalls komplett erneuert werden.

Die Diskussionen der Vergangenheit über die angeblich mehr als 2,5 Millionen Euro an Regionalisierungsmitteln, die für den SPNV bestimmt waren und vom Land zurück-

gehalten werden, möchte ich hier jetzt an dieser Stelle nicht weiter vertiefen.

(Thomas Krüger, SPD: Das wird Herr Pegel schon erklären!)

Und um semantischen Debatten zur Auslegung der Abkürzung ÖPNV in unserem Antrag vorzubeugen, erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, dass unser Antragspunkt 2 exakt auf den Paragraphen 2 Absatz 4 des ÖPNV-Gesetzes abzielt, in dem es heißt – und hier zitiere ich mit Erlaubnis des Präsidiums –: „Der ÖPNV ist unter Einbeziehung aller Verkehrsmittel als ganzheitliches System zu einem integrierten Bedienungsangebot mit aufeinander abgestimmten Fahrplänen und Tarifen zu entwickeln. Konkurrierende Streckenführungen auf der Straße parallel zur Schiene sind zu vermeiden. Sichere und leichte Übergänge vom Individualverkehr auf den ÖPNV sind anzustreben.“ Zitatende.

Ich finde, besser kann man unseren Antrag kaum zusammenfassen. Nehmen Sie sich als Landesregierung dieses Stückchen Gesetz als Handlungsauftrag im Sinne unseres Antrags, um der Schiene hier wieder ihren gebührenden Platz zu sichern, als klima-, umwelt- und sozialverträgliches Verkehrsmittel, und den Rufbus dort zu stärken, wo er nicht in Konkurrenz zur Schiene steht. Nur wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und ich denke, in Anbetracht der Debatte, die wir hier heute schon geführt haben um die Freitagsdemonstrationen, auch der Bereich „öffentlicher Personennahverkehr“ muss komplett neu gedacht werden, und ich denke, wir sollten diese Chance nicht verspielen. In diesem Sinne bitte ich um Ihre Zustimmung für den Erhalt dieser Strecke und unseren Antrag.

Dem Antrag der LINKEN, der parallel läuft, stehen wir sehr offen gegenüber. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Damit nicht der eine oder andere Abgeordnete in Versuchung kommt, begrüße ich für alle Abgeordneten des Landtages Vertreter der Bürgerinitiative „ProSchiene“, die jetzt dieser Debatte lauschen. Herzlich willkommen!

Jetzt rufe ich auf Frau Dr. Schwenke von der Fraktion DIE LINKE zur Begründung des Antrages der Fraktion DIE LINKE. Bitte schön.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist gut, dass die Dringlichkeit bestätigt wurde und wir vielleicht – die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt – heute übereinkommen, die angekündigte Einleitung des Stilllegungsverfahrens von Bahninfrastruktur auf den Strecken Parchim–Malchow sowie Plau am See–Güstrow im allerletzten Moment doch noch abzuwenden.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich hoffe insbesondere auf ein Einlenken der SPD, den ländlichen Raum nicht abzuschreiben. Heute ist Gelegenheit, statt vollmundiger Ankündigungen einen konkreten Beitrag dafür zu leisten,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

dass Menschen sich im ländlichen Raum nicht abgehängt und von der Politik vergessen und verlassen fühlen.

Bei der Freitagsabendaktion „Rote Laterne“ in Lübz hielt auch mein sehr geschätzter Kollege Waldmüller eine flammende Fürsprache. Und es geht, das muss ich heute nicht wieder lang und breit betonen, längst nicht mehr nur um den Erhalt dieser Bahnstrecken, es geht um die Entwicklung einer ganzen Region. Vertreter der SPD oder auch der neue Landrat waren nicht da. Das spricht leider für sich, aber es kann ja auch sein, dass sie wirklich nicht konnten.

(Torsten Renz, CDU:
Haben Sie sich denn erkundigt?
Haben Sie sich erkundigt?)

Nein, deshalb habe ich das so vage formuliert, Herr Renz.

(Torsten Renz, CDU: Sie stellen
das einfach mal so in den Raum?)

Ja, natürlich! Das kann ich doch, oder?

(Torsten Renz, CDU: Bitte schön!)

Gut.

Also dann wäre es auf jeden Fall jetzt Zeit, dass sich der neue Landrat zu dem bekennt, was er vor seiner Wahl versprochen hat, nämlich, sich dafür einzusetzen, dass die Südbahn wieder fährt. Ich habe vollstes Verständnis dafür, dass RegioInfra die Reißleine zieht, notgedrungen ziehen muss, weil die Grundfinanzierung fehlt. Das Land war bisher nicht bereit, wenigstens einen Trassensicherungsvertrag abzuschließen. Und werden die Strecken nicht mit dem SPNV, also dem Schienenpersonennahverkehr, bedient, entfallen Einnahmen durch Trassennutzungsentgelte, auch Schienenmaut genannt.

Die Kosten für die Instandhaltung der Gleisanlagen, der Signaltechnik und der Bahnüberwege, also zur Aufrechterhaltung der Funktionstüchtigkeit, bleiben. Diese sind durch Gelegenheitsverkehr nicht aufzufangen. Es reicht einfach nicht, dass ab und zu ein Güterzug fährt, obwohl es auch hier eine positive Entwicklung gab. Oder auch der super organisierte Saisonverkehr, der auch vom Landkreis Ludwigslust–Parchim unterstützt wird, kann die Kosten nicht auffangen. Insofern ist es für mich völlig unverständlich, wie der Chef der landeseigenen Verkehrsgesellschaft Herr Lindemann sich im Interview am Freitagabend völlig überrascht von der Ankündigung von RegioInfra zeigen konnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die beiden hier in Rede stehenden Bahnstrecken gehörten einst der DB Netz AG. Als das Südbahnteilstück Parchim–Malchow noch vom SPNV bedient wurde, kassierte die DB Tochter sehr hohe Trassententgelte. Von 2003 bis 2011 wurden zusätzliche Regionalfaktoren fällig, um angeblich nicht wirtschaftliche Strecken weiter betreiben zu können. Mit diesen Zuschlägen für weniger stark befahrene Strecken sollte deren Instandhaltung finanziert werden. Das Geld ist allerdings von der DB Netz AG nicht in die maroden Strecken investiert worden.

Um die Größenordnung aufzuzeigen, allein in Mecklenburg-Vorpommern sanken die Trassennutzungsentgelte im Jahr 2012, dem ersten Jahr nach Abschaffung der Regionalfaktoren, um 3,7 Millionen Euro. Das ist in etwa die Summe, die jährlich der Vertragssumme für die Strecke Parchim–Malchow entsprach und vom Land aufzubringen war. Da die DB Netz AG zwar kassierte, aber nicht investierte, musste die Strecke heruntergesetzt werden. Anschlüsse passten nicht mehr, das Bahnfahren wurde unattraktiver und die Fahrgäste blieben reihenweise weg.

Schließlich waren dies und dazu die damals ungeklärte Höhe der Regionalisierungsmittel für die Landesregierung Gründe genug, das Teilstück Parchim–Malchow mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2014 nicht wieder zu bestellen. Auf der Bahnstrecke Meyenburg–Plau am See–Güstrow wurde bereits im Jahr 2000 der Personenverkehr eingestellt. Für besondere Höhepunkte wurde und wird auch zwischen Plau und Karow beziehungsweise Plau und Güstrow Saisonverkehr sichergestellt.

Vor dem Hintergrund des Agierens der DB Netz AG mit den Trassenentgelten bekommt ein Stilllegungsverfahren ein ganz besonderes Geschmäckle. Für ein Stilllegungsverfahren kommt Paragraph 11 Allgemeines Eisenbahngesetz in Anwendung. Das Eisenbahninfrastrukturunternehmen hat die dauernde Einstellung des Betriebes einer Strecke bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu beantragen. Dabei ist darzulegen, dass ihm der Betrieb der Infrastruktureinrichtung durch Verkauf oder Verpachtung nicht mehr zugemutet werden kann. Diese Regelung wurde im Zuge der Bahnreform eingeführt. Die Deutsche Bundesbahn wurde nur noch nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben bewertet. Und so nutzte die DB Netz AG die Gelegenheit, aus seiner Sicht unrentable Strecken Dritten zur Übernahme anzubieten und im Falle des Scheiterns einer solchen Übernahme die Strecke stillzulegen.

Insgesamt wurden in Mecklenburg-Vorpommern 19 Strecken mit 297 Kilometer Länge stillgelegt und auf diesem Weg erwarb die RegioInfra Bahninfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg. Das Pegel'sche Ministerium bleibt gelassen ob der Ankündigung zur Einleitung eines Stilllegungsverfahrens. Es sei abzuwarten, ob die Bundesbehörde überhaupt anerkenne, dass der RegioInfra ein weiteres Aufrechterhalten nicht möglich sei. Das empfinde ich als ziemlich zynisch.

Auch eine weitere Reaktion aus dem Pegel'schen Haus halte ich für unangemessen und ebenso zynisch. Ich zitiere: „Sofern Sie deutlich weniger als 20 Personen im Durchschnitt mit Bussen befördern anstatt mit dieselgetriebenen Bahnen, ist bei dermaßen geringen Nutzerzahlen der ökologische ‚Fußabdruck‘ des Busses sogar besser als jener der Dieselbahn.“ Zitatende. Ich glaube, das ist angesichts der Geschichte dieser Bahn nicht angemessen. Statt die Bahn einzubinden und gemeinsam mit Bus und Rufbus ein innovatives Verkehrskonzept umzusetzen, gibt es nichts als Abwehrreaktionen.

Herr Minister, die Entscheidung zur Abbestellung war aus unserer Sicht und nicht nur aus meiner falsch. Sehen Sie das ein und stellen Sie sicher, dass die Bahn wieder fährt! Clemens Russell von der Bürgerinitiative „ProSchiene“ sagte am vergangenen Freitagabend in

Lübz, dass sie weitermachen wird, bis die Bahn wieder fährt. Das unterstützen wir. Die Linksfraktion kämpft seit 2013, seit Bekanntwerden der Pläne der Landesregierung, das Teilstück Parchim–Malchow nicht weiter bestellen zu wollen, mit etlichen parlamentarischen Initiativen für die Südbahn.

Den ersten Landtagsantrag dazu brachten wir im September 2013 mit dem Titel „Die Mecklenburger Südbahn muss erhalten bleiben“ ein. Dieser Antragstitel ist nach wie vor aktuell. Auch wir geben nicht auf. Die einzige Verbindung von Ost nach West im Süden des Landes muss erhalten und wieder befahren werden.

(Beifall Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Seit über 130 Jahren fährt die Südbahn. Für das Teilstück der Südbahn Malchow–Waren lief Ende 2017 der Vertrag aus. Lange Zeit war unsicher, ob die Strecke weiter bedient wird. Schließlich rang sich das Land durch, verhandelte mit dem Kreis und gab schließlich die Verantwortung für zehn Jahre an den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ab. Aktuell unterstützt das Land mit jährlich 650.000 Euro und stellt Investitionszuschüsse für die Bahninfrastruktur in Höhe von 2 Millionen Euro zur Verfügung.

Da fragt sich doch jeder vernünftige Mensch, warum nicht mindestens eine solche Lösung auch für den Abschnitt Parchim–Malchow möglich ist. Politisches Ziel ist es für uns jedoch weiterhin, eine durchgehende Südbahn in Landesverantwortung zu schaffen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Eine Ausschreibung durch das Land für die Strecke Parchim bis Waren mit Anbindung Plau oder gar Güstrow würde eine attraktive Bahnverbindung wieder in Landesverantwortung sichern. Dafür sollten aus unserer Sicht umgehend die Vorbereitungen getroffen werden, also EU-Ankündigungen zu Bahnausschreibungen.

Bundesweit stößt die Hortung von rund einer Viertelmilliarde Euro im Sondervermögen „Schienenpersonennahverkehr“ auf Unverständnis. Etwa 1 Million pro Jahr Landesunterstützung wäre nötig, um die Bahn wieder fahren zu lassen zwischen Parchim und Malchow mit Anbindung von Plau am See. Das muss drin sein.

Besinnen Sie sich, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben gestern über Sektorkopplung gesprochen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollen auch Sie die Verkehrswende, Autos von der Straße, mehr in den öffentlichen Verkehr. Sie haben heute die Gelegenheit, das konkret zu machen. Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Zwischen den Fraktionen ist vereinbart worden, eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat für die Landesregierung der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat diskutieren wir das nicht das erste Mal und vermutlich auch nicht das letzte Mal. Ich werbe trotzdem dafür, dass Sie irgendwann sagen, wie Sie Dinge bezahlen. Das gilt dann in beide Oppositionsrichtungen.

Ich kann mich an die Wünsche zur Südbahn wiederholt erinnern, ich kann mich an den kostenfreien ÖPNV, entweder für alle oder zumindest für alle Auszubildenden und Schüler, erinnern. Ich erinnere mich an zahlreiche Wünsche HVV-Aufnahme, VBB-Aufnahme, also Verkehrsverbindung Berlin-Brandenburg und im Hamburger Beritt. Die Liste ließe sich nach meiner Erinnerung fortsetzen mit deutlich intensiveren Takten, ich glaube, Spätverbindungen waren es zwischendurch. Am Ende des Tages sind die Wünsche alle nachvollziehbar, aber sie müssen bezahlt werden und die Regionalisierungsmittel sind bemessen, auch wenn Sie immer wieder gerne auf den von mir wiederholt erläuterten derzeitigen Rücklagen herumreiten, die uns einfach nur in den 20er-Jahren sichern werden, wenigstens das jetzige Fahrplanangebot im Nahverkehr, im Schienenpersonennahverkehr, aufrechtzuerhalten.

Wir haben eine Neuverteilung der Regionalisierungsmittel. Die führt dazu, dass wir vom Kuchen weniger abbekommen als in der Vergangenheit, und zwar mit einer Kurve, die jedes Jahr bis 2031 ein bisschen abnimmt. Unsere Kurve, die wir früher bekommen haben, wenn Sie die einfach fortschreiben, schneidet die diese neue Kurve nach den heutigen Regelungen in 2022. Wir bekommen also ab 2022 weniger, als wir nach früherem Recht bekamen, und dann laufen die Kurven wunderbar auseinander, und das Geld, das wir zurzeit zurücklegen, ist der Versuch, die entstehende Lücke in den Jahren 2022 bis 2031 wenigstens zu decken, um das heutige Angebot über den gesamten Zeitraum von 15 Jahren der Geltung dieses Regionalisierungsgesetzes zu erhalten.

Sie können sagen, ich ziehe da vorne was raus, dann müssen Sie bloß sagen, wo Sie hinten entsprechend radikal kürzen. Dann müssen Sie aber jetzt schon Entscheidungen treffen, weil wir unsere Verträge nicht im Jahresrhythmus schließen, sondern mit Zeiträumen von 12 bis 15 Jahren. Wenn ich also im Jahr 2019 etwas unterschreibe, muss ich mir sicher sein, dass ich es in den Jahren 2031, 2032, 2033 noch bezahlen kann.

Wenn ich weiß, dass ich in den Jahren Ende der 20er, weil ich jetzt Geld opulenter ausgeben möchte, wenn ich Geld Ende der 20er-Jahre also nicht mehr habe, muss ich heute schon zum Teil Bestellungen sein lassen und zurückstellen, weil Sie das Geld nur einmal ausgeben können, oder aber Sie sagen im großen Aufriss sehr bewusst, wir nehmen Geld aus anderer Quelle, also schlichtes Landesgeld aus anderen Steuereinnahmen, und tun es zusätzlich obendrauf. Das kann man politisch entscheiden, um das deutlich zu formulieren. Dann wird man bloß der Fairness halber sagen müssen, im Gesamthaushalt des Landes, wenn ich also sage, in den Regionalisierungsmittelpf, den wir bisher ein Stück weit als geschlossenes System begreifen, als Sondervermögen auch bewusst führen, wenn Sie sagen, ich tue aus dem Landeshaushalt Geld rein – das kann man alles machen –, wird man bloß sagen müssen, wo diese Beträge dann woanders eingespart werden, weil ich dann im Gesamthaushaltsaufkommen diese Beträge freimachen muss.

Mir helfen im Übrigen 1- oder 2-Millionen-Beträge dann offen eingestanden nicht. Diese Verträge, die größeren Verträge sind alle zweistellig, um mal das Volumen dessen, was wir derzeit in Mecklenburg-Vorpommern an Bestellungen laufen haben, zu umschreiben. Im laufenden Jahr werden es rund 200 Millionen Euro sein, die wir aufwenden, um die aktuell bestellten Verkehre – wo es an vielen Stellen kritische Stimmen gibt, die sich mehr wünschen und mehr vorstellen können –, um die aktuell bestellten Verkehre abbilden zu können, circa 200 Millionen Euro.

Diese Kosten steigern sich jährlich um Prozentbeträge zwischen 2 und 3, manchmal auch 3,5 Prozent, manchmal schaffen wir auch ganz knapp unter 2 Prozent, je nach Jahr. Und wenn Sie auf 200 Millionen Euro mal eben 2 Prozent drauf tun, sind das eben nicht wenige Hunderttausend Euro, sondern das sind Beträge, die relativ schnell anlaufen, und genau deshalb haben Sie auf die Gesamtzeit die Notwendigkeit, jetzt Rücklagen zu bilden, um überhaupt 2026, 2027, 2028 wenigstens das jetzige bestellte Zugniveau im Lande fortsetzen zu können.

Das mal vorneweg, damit wir uns einig sind oder wenigstens halbwegs verlässlich gemeinsam auf Daten gucken. Wenn Sie dann sagen, ich will mehr an der einen Stelle, finde ich, es gehört zu einer redlichen Diskussion dazu zu sagen, wo kommt es her. Entweder, es kommt aus anderen Bahnlösungen, wenn man innerhalb des Sondervermögens ausschließlich aktiv wird, oder man sagt, ich tue Geld ins Sondervermögen rein. Dann bleibt die Frage im Raum, welcher andere Politikbereich soll dafür Geld abgeben – ganz normales Gebaren, was Sie in jedem Privathaushalt auch umsetzen müssen.

Zweite große Überschrift: Sie reden sehr bewusst über ÖPNV, ich hätte es im Übrigen nicht so feinsinnig da auseinandergenommen, weil Sie sagten, Sie wollten semantischen Diskussionen vorbeugen. Ich verstehe unter „Nahverkehr“ in der Tat auch Bus und Bahn und werbe auch sehr dafür, dass wir da nicht permanent dieses Gefühl von „das eine ist das Verkehrsmittel erster Wahl und das andere sei Güteklasse B“ reinbringen. Bus ist nicht Güteklasse B!

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das mache ich nicht.)

Bus ist nicht Güteklasse B!

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Nein.)

Wenn wir das zugrunde legen, dann geht es um gleichberechtigte, gleich wirksame und sinnvolle Möglichkeiten, Mobilität im ländlichen Raum abzubilden.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Und dann ist eben „abhängen ländlicher Raum“ – ich glaube, das war bei Herrn Kröger, da bin ich mir jetzt nicht sicher, es gab zwei Einbringungen, oder Sie waren es auch –, der Ruf, damit hängt der den ländlichen Raum ab, ganz im Gegenteil, wir stellen über verschiedene Finanzierungswege sicher, dass die verschiedenen Mobilitätsangebote, und zwar jeweils so, wie sie klugerweise die Verkehrsbedarfe vor Ort aufgreifen, angeboten werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren, haben wir ja, als die Bahnverkehre nicht fortgesetzt bestellt wurden, den Landkreis oder die beiden betroffenen Landkreise auch nicht im Regen stehen lassen. Der von Ihnen eben genannte Geldbetrag ist selbstverständlich eine Folge daraus, dass wir uns selbst, Sie sich selbst als Landtag mit Gesetzen Maßgaben vorgegeben haben, wenn wir Züge abbestellen, wie wir dann Ersatzverkehre, die auf Bus umgestellt sind, mitfinanzieren. Da kriegen die Landkreise von uns Geld, und mit diesem Geld können sie entsprechende Verkehre einkaufen.

Da kann Herr Professor Weber mit den Augen rollen, so viel er möchte. Sie kriegen Geld, mit dem sie Busverkehre bestellen. Der existiert auf dieser Linie und wir haben sogar noch Geld gegeben, um neue Busse anzuschaffen, damit all die Rufe, dass dort „alte Möhren“ führen,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

die an der Stelle nicht barrierefrei seien und die von der Qualität schlechter seien als das Zugmaterial, was zuvor rollte, damit die gar nicht erst entstehen können. Dort fahren nahezu nagelneue Busse. Jetzt sind sie ja auch schon einige Jahre unterwegs, drei Jahre an der Zahl, gleichwohl, die fahren dort, bezahlt mithilfe des Landes, und zwar sowohl in der Anschaffung als auch im Betrieb.

Daraufhin hat der Landkreis, um dieses System noch ein Stück weit stärker in den ländlichen Raum zu bringen, dort im Übrigen das Rufbussystem erfunden, was er heute landkreisweit – und, ich glaube, das im Übrigen mit landesweiter Vorzeige- und Vorbildwirkung – eingesetzt hat. Ich führe also aus den verschiedensten Gemeinden auf die Haupttrouten bei Bedarfen zu und führe auch von den Haupttrouten wieder ab. Es gibt nahezu kein Dorf, keine Gemeinde, die dadurch nicht wieder eine Bushaltestelle hat, die im Bedarfsfall tatsächlich angefahren wird, aber nicht jeden Tag mehrfach mit einem Bus, sondern nur dann, wenn eine entsprechende Bestellung ausgelöst wird.

(Thomas Schwarz, SPD: Und das täglich.)

Wir bieten von daher ein System, das gerade im ländlichen Raum angemessen ist, aber wir differenzieren bei den Verkehrsträgern, die wir einsetzen können. Wenn Sie 200 Leute pro Zug durch die Gegend schicken, ist der Zug unschlagbar ökologischer und volkswirtschaftlich ökonomischer, gar keine Frage. Wenn Sie aber wie auf dieser Strecke im Durchschnitt 13, 14, 15, 16 Personen haben, dann haben Sie eine Verdichtung in den Morgen- und Abendstunden gehabt, aber wenn Sie sich die Fahrgastzahlen anschauen, mit denen wir ja gearbeitet haben, bevor wir eine Einstellung entschieden haben – die macht sich keiner leicht –, dann sind Sie bei Personen-Größen, die Sie mit einem Bus gleichermaßen effektiv transportieren können.

Wenn Frau Dr. Schwenke mir dann Zynismus vorwirft, wenn ich mir erlaube, auf den ewigen Vorwurf, die Bahn ist doch ökologischer und Fridays for Future macht doch notwendig, Bahnverkehr zu bestellen, zu reagieren, dann sage ich Ihnen, nein, Fridays for Future macht notwendig, dass wir uns einen Kopf darüber machen, wie wir Mobilität durch öffentlichen Personennahverkehr ermöglichen, aber dann in der Definition von Herrn Kröger. Dann stehen Bus und Bahn gleichberechtigt nebeneinander und dann gibt es eine Vielzahl von Strecken, wo

der Zug durch große Reisendenzahlen auf längerer Distanz ohne Zweifel das ökologischste Mittel der Wahl ist. Es gibt eben auch Bereiche, wo eine Diesellok – und nichts anderes können Sie auf der sogenannten Südbahn einsetzen, das hat was Infrastrukturelles, es gibt keine Oberleitungen –, wenn Sie dort,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das sind aber dieselektrische.)

wenn Sie dort Dieselloks einsetzen, sind Sie zwischen 70 und 100 Litern verbrauchtem Treibstoff auf 100 Kilometern. Das ist auch völlig in Ordnung so bei den Gewichten, es gibt keine Kritik, das sind schon hoch entwickelte Maschinen. Wenn ich bei einem Bus zwischen 30 und 35 Liter, alles Dieselsechnik ...

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Dieselektrisch, wenn sie in der Umsetzung sind. Sie bleiben gleichwohl bei diesen hohen Verbrauchszahlen. Und wenn Sie 30 Leute in den Zug oder in den Bus setzen und die verschiedenen Verbrauchszahlen angucken, dann kann man bei beiden sagen, Diesel sei nie optimal, aber erstens, wenn 30 Leute wenigstens in einem Diesel fahren, ist es optimaler, als wenn 30 Leute mit 30 Diesel führen, erstens. Zweitens, wenn ich eine Diesellok habe, die einen circa doppelt so hohen Verbrauch hat, sind ihre Emissionen gleichwohl deutlich höher pro Kopf als bei einem Bus.

Das ist das, was ich einwende, wenn mir immer entgegengehalten wird, Bahn sei der einzig ökologische Faktor und Bus sei es nicht. Beide Mobilitätsangebote sind ökologischer als der Individualverkehr, und genau deshalb begreifen wir die gleichberechtigt. Und die Abnehmerzahlen, die Nutzerzahlen, sind auf der Südbahn – wir können ja gemeinsam sagen, leider, aber die Zahlen damals standen ja relativ unstrittig fest. Wir haben die vom Gutachter mehrfach erheben lassen, wir haben ja groß in Drucksituationen gehandelt und haben erhebliche kritische Nachfragen immer wieder auch gehabt, von daher glaube ich, dass wir bei den Zahlen relativ deutlich gemacht haben, wo sie herkommen.

Wenn Sie bei Zahlen sind, die Sie gut mit Bussen transportiert bekommen, dann ist der Bus mit circa ein Viertel der Kosten, die ein Zug auslöst pro Kilometer – das hat was mit der Technik zu tun, das ist kein Vorwurf an eines der Verkehrsmittel, das hat einfach was mit den jeweiligen technischen Voraussetzungen zu tun –, dann ist es volkswirtschaftlich naheliegend und, wenn Sie nur begrenzte Mittel haben, sogar sinnvoll und klug zu sagen, wir nehmen nicht Mobilität weg, sondern wir tauschen die Verkehrsträger aus, damit ich mit weniger Geld gleichwohl die vorhandene Mobilität erhalten kann und, noch mal, das Rufbussystem sogar noch verbessern kann.

Dann möchte ich ein Missverständnis, weil ich das Wort „Rufbussystem“ gerade das zweite Mal in den Mund nehme, bei Herrn Kröger vermeiden: Wir haben lediglich die Linie 77, die die Kreise bestellt haben, mit dem Geld, das wir ihnen geben. Das Rufbussystem ist erst daran angelehnt, die Linie 77 ist ein regelmäßig verkehrendes Bussystem. Auf diese Linie zu führen in der Tat Rufbusse oder Rufsammeltaxis, wie auch immer Sie es bezeichnen möchten. Die sind dann im Zuge der Umstellung vom Landkreis mit etabliert worden. Auch da haben wir im

Übrigen bei den Anlaufverlusten in der Anfangszeit mit einem gewissen Zuschussbetrag geholfen. Aber die Anrufsammeltaxis ersetzen quasi nicht die Südbahn. Parallel zur Südbahn fährt ein Bus, den die beiden Landkreise MSE und Ludwigslust-Parchim gemeinsam bestellen haben und der in Plau das Umstiegssystem anbietet.

Meine Damen und Herren, ich kann ja Ihren Wunsch verstehen zu sagen, überlegt doch mal, wie ihr die Linie erhaltet, die Streckenführung, die Infrastruktur. Aber dann schaue ich mir die Veröffentlichungen der Eigentümerin an. Die Eigentümerin wird veröffentlichen müssen, ob ein anderes Infrastrukturunternehmen die Infrastruktur übernimmt. Das ist Teil dieses Verfahrens, so, wie es zu verlaufen hat, wenn ich stilllegen möchte. Da geht die Eigentümerin selbst von jährlichen Aufwendungen von 430.000 Euro aus, die erforderlich seien auf diesem Streckenabschnitt, geht selbst von Investitionsnotwendigkeiten in den nächsten fünf Jahren von 9 bis 9,2 Millionen Euro aus. Da bin ich aber nicht im Peanutsbereich und da wird man sich genau überlegen müssen, wenn wir überzeugt sind, dass die Mobilität auch über Busse funktionieren kann, ob man sich so viel Geld tatsächlich vornehmen möchte. Und umgekehrt, ich kenne die Einnahmesituation nicht, die könnte man den Daten auch entnehmen, die kenne ich aber nicht, gleichwohl, mit 430.000 Euro, das ist schon nicht ganz der Betrag, der für die Busverkehre ausgegeben wird. Wenn Sie das zugrunde legen, wird im Übrigen auch klar, warum die Zugverkehre erhebliches Geld mehr kosten, weil schon die Trassenentgelte erhebliches Geld ausmachen müssen, um genau solche Kosten zu decken.

Deshalb, im Übrigen – ich glaube, das war Ihr Wunsch zu sagen, das Land möge wieder ausschreiben –, deshalb haben wir damals die mehreren Millionen Euro, die dann auf wenige Nutzerinnen und Nutzer bezogen waren, versucht zurückzuführen auf die für den Bus günstigeren Ausgaben, die geringeren Ausgaben, um am Ende mit den Regio-Mitteln im Lande haushalten zu können. Wenn Sie mir ganz viel Geld in den Haushalt drauftäten, würde ich im Übrigen eine dringende Diskussion anregen, ob Ihnen eine engere Taktung auf den wirklich intensiv genutzten Strecken Richtung Hamburg und Berlin, sowohl von Rostock als auch von Stralsund aus, nicht mehr nützt und ob Sie nicht sehr viel mehr Leute als Pendlerinnen und Pendler in die Züge, die heute schon sehr gut ausgelastet sind, bekämen, wenn Sie aus dem Studententakt einen Halbstundentakt in den frühen Morgenstunden, aus dem regelmäßigen Zweistundentakt einen Stundentakt machen. Also selbst wenn Sie Geld obendrauf tun, finde ich, tut es not, dass man schlicht überlegt, wo ist es volkswirtschaftlich am intelligentesten eingesetzt. Wir wollten hier nicht Leuten wehtun und böse sein, sondern wir wollten Mobilität erhalten. Wir versuchen mit Geld klarzukommen, mit beschränkten Ressourcen, wir versuchen trotzdem, dabei ein vernünftiges Mobilitätsangebot zu bieten.

Der Bus, der im Anfang übrigens sehr schlecht gestartet ist von den Nutzerzahlen, so sagen mir die Busgesellschaften, hat sich zwischenzeitlich auf Größen stabilisiert, die nicht sehr viel schlechter oder besser sind, als es die Südbahn seinerzeit in den letzten Daten, die wir kennen, hatte, sodass ich glaube, dass auch dieser Bereich seine Nutzerklientel gefunden hat, zum Teil natürlich verstärkt um das Rufbussystem, sodass ich nicht sagen kann, wo hat der Rufbus dann auch einen zusätzlichen Beitrag geleistet, wo nicht. Aber gleichwohl, mir ist

wichtig, der Vorwurf war ja, ihr hängt den ländlichen Raum ab, wir haben genau das Gegenteil getan, wir haben das Angehängtsein erhalten in der Vergangenheit und wir haben es sogar verstärkt, indem das Rufbussystem genau dieses System noch einmal stärkt und verbessert.

Wenn Sie dann sagen, die Fahrradmitnahme sei schwierig, dann weiß ich – die Kritik hatten wir ja vorher schon –, genau deshalb hat der zuständige Busbetrieb entsprechende Beförderungsmöglichkeiten für Fahrräder angeschafft, setzt die ein – das ist im Übrigen auch nichts Neues in der Region, das haben wir auch an anderen Buslinien hinten dran – und er hat sogar einen großen Fahrradträger beschafft, der bis zu 30 Fahrräder mitnehmen kann. Da muss man sich natürlich vorher anmelden, selbstverständlich. Das mussten Sie in der Bahn aber auch und das müssen Sie auch heute in der Bahn. Wenn Sie mit 30 Fahrrädern auf einen unserer Regional-Expresse zulaufen, sind Sie an einer Stelle, wo Sie das nicht mal eben abgebildet bekommen. Von daher gilt in all diesen Verkehrsmitteln, egal, ob Bus oder Bahn, wenn Sie Gruppenreisen mit dem Fahrrad machen, brauchen wir vorher ein Signal, das kriegen wir nicht bereitgehalten, also das galt auch in der Vergangenheit für die Bahn und das gilt auch heute für die entsprechenden Bahnbeiräte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß, dass wir an der Stelle weiterhin auseinanderbleiben werden, das ist auch das gute Recht zwischen Regierung und Opposition, alles in Ordnung. Aber wenn Sie fordern, ich möchte die Züge bestellen, hätte ich gerne für eine laudable Diskussion zu sagen: „Und dafür bestellen wir Folgendes ab oder dafür werden wir im Landeshaushalt folgende Dinge in Verzicht bringen, damit das Geld bereitsteht, um höhere Mittel im Bahnverkehr ausgeben zu können.“ Nur so funktioniert am Ende auch eine seriöse und ernst gemeinte Politik an der Stelle. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, wünsche eine engagierte Debatte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Eifler.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach der Einbringung seitens der AfD und von Frau Dr. Schwenke zu dem Dringlichkeitsantrag und dem Vortrag von dem Minister Pegel, der sehr umfassend wie auch schon in der zurückliegenden Zeit die betriebswirtschaftliche, ökonomische, die volkswirtschaftliche Seite beleuchtet hat, will ich aber zu Beginn doch noch mal auch auf den Antrag von der AfD eingehen, Herr Kröger.

Im Kreistag von Ludwigslust-Parchim, als die Themen aufgerufen worden sind, waren die AfD-Mitglieder, die im Kreistag vertreten sind, weder bei den Beratungen anwesend, noch haben sie sich jemals dazu geäußert,

(Sebastian Ehlers, CDU: Aha!)

zu dieser Thematik Südbahn.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das stimmt aber nicht!)

Insofern ist das, ist das ein ...

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ach, Herr Fernandes, sind Sie doch ruhig! Das ist so ein wichtiges und heftiges Thema, dass ich auf so einen Quatsch ja gar nicht eingehe.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das stimmt aber nicht!)

Jedenfalls erscheint heute schon ganz klar der Eindruck, das ist ein bisschen Trittbrettfahren. Das ist momentan ein aktuelles Thema, passt für die AfD, nehmen wir mal die Stimmung mit und bringen das da rein.

Herr Kröger, Sie haben das auch sachlich vorgetragen insgesamt, aber man sollte auch wissen, wie die Akteure vor Ort tätig sind, denn es ist ja auch angesprochen worden, wie unser Vertreter und Herr Waldmüller sich auch regional dafür einbringen. Dann soll das auch in der Öffentlichkeit so dastehen, wie die Fakten halt auch sind.

Ja, zum wiederholten Male befassen wir uns mit dem Erhalt oder dem Weiterbetrieb der sogenannten Südbahn zwischen Parchim und Malchow, Frau Dr. Schwenke. Wir debattieren oder wir streiten über Mobilität in den letzten Jahren viel und wir wissen auch über die Ernsthaftigkeit und den Stellenwert, der damit verbunden ist. Es geht um die Mobilität der Menschen in unserem Flächenland. Wir haben an anderer Stelle da auch zielführend uns ausgetauscht. Und das will ich einfach noch mal auf den Punkt bringen, wir haben zwischen einem wirtschaftlichen, einem wirtschaftlichen Betrieb und der Mobilität der Menschen, die wir garantieren – „Lebenswerte ländliche Räume“ ist für uns ein wichtiges Thema –, einen Abwägungsprozess durchzuführen und, ja, auch zu vertreten.

Und gerade bei der Südbahn, das hat ja eine gewisse Geschichte: 2013 – ich hole ein bisschen aus –, ist im damaligen Energieausschuss sehr intensiv das Thema beraten worden. Es gab auch zum damaligen Zeitpunkt keine andere Interessenlage, als sie heute ist. Frau Dr. Schwenke, wir haben uns ja genauso ...

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Na, ein bisschen ist die Zeit schon weitergegangen.)

Ja, natürlich ist die Zeit weitergegangen. Es gab ja auch eine Entscheidung, nämlich, dass die Strecke zwischen Parchim und Malchow nicht weiter bestellt worden ist. Aber, und das ist auch noch mal zum Ausdruck gebracht worden, es sind andere Verkehrsarten zur Verfügung gestellt worden, nämlich der Busverkehr auf diesen Strecken, es ist also von einem Verkehrssystem auf ein anderes umgeschwenkt worden. Dann bleibt natürlich die Frage, inwieweit hat das was mit Attraktivität zu tun, inwieweit ist das attraktiv. Mittlerweile, wie das vorgetragen worden ist vom Minister, nimmt die Beliebtheit oder nimmt die Akzeptanz auch für den Busverkehr zu, was sicherlich aufwendiger ist, von dem Bus umzusteigen oder mehrmals in einen Bus umzusteigen und mit dem Zug zu fahren.

Andererseits, und das ist auch noch mal deutlich geworden, reden wir auch über das Geld, was hier zur Verfügung steht, und man kann eben Geld auch nur einmal im Leben ausgeben. Das ist im öffentlichen Bereich, das ist im Landesbereich, das ist im Kreisbereich nicht anders als im privaten Bereich.

Und da will ich einfach noch mal die Zahlen aufrufen, die Beträge, die damals in der Gegenüberstellung waren zwischen dem Bahnbetrieb und dem Busbetrieb. Das waren aus dem Gutachten heraus für den Bahnbetrieb 10,5 Millionen Euro, rein für die Variante, den SPNV weiterzubetreiben, und in der Variante, dafür dann den Bus fahren zu lassen, war ein Betrag von 1,5 Millionen Euro in dem Gutachten genannt. Das war die Grundlage zum damaligen Zeitpunkt, die Strecke nicht weiter zu bestellen durch das Land, was sehr kritisch auch diskutiert worden ist, da wiederhole ich mich einfach noch mal, und in der Folge dessen hat man ja im Landkreis durch die Aktivitäten der Abgeordneten vor Ort dann auch einen weiteren Betreiber gefunden, der die Strecke auch weiter betrieben hat.

Und was ist jetzt passiert in der Vergangenheit? Der Betreiber dieser Strecke, der bisher gefahren ist, hat festgestellt, ich kann das wirtschaftlich nicht mehr, das ist unwirtschaftlich, und trifft aus wirtschaftlicher Sicht eine Entscheidung, die heute zu dem Eilantrag der beiden Fraktionen geführt hat. Das ist also letzten Endes eine Bestätigung dessen, was hier als Entscheidungsgrundlage oder Entscheidungsgrundlage 2013/2014 diente, die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Es gab doch gar keine Bestellung.)

Ja, aufgrund,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das ist doch eine ganz andere Situation!)

aufgrund der ...

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Nein, aufgrund der wirtschaftlichen Situation ist die Strecke nicht bestellt worden, das war ja die Ausgangssituation 2013 und 2014.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Und jetzt gibt es keine Bestellung
und der Betreiber entscheidet.
So geht es natürlich nicht.)

Der Betreiber hat in seinem unternehmerischen Risiko die Strecke bedient und stellt also fest, sie ist unwirtschaftlich. Das ist doch die Situation, die wir heute hier haben.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja, ohne
Bestellung durch das Land geht das nicht! –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ja, es ist die Situation.

Was aber wichtig ist und in dem Zusammenhang, glaube ich, außerordentlich deutlich noch mal angesprochen werden muss, ist, dass man regional, wenn wir Mobilität im Land besprechen und Attraktivität auch gewährleisten wollen, Strukturen, Infrastruktur auch erhält, auch wenn das jetzt ein Stück weit Geld kosten wird.

Ich will einfach in dem Zusammenhang auch auf den Integrierten Landesverkehrsplan noch mal reflektieren, wo also angesprochen worden ist, dass er ein dynamisches Instrument ist, auf die unterschiedlichen Verhält-

nisse einzugehen, die sich im Laufe der nächsten Jahre entwickeln werden.

Da bin ich auch kein Hellseher und da sage ich einfach hier in der Runde, wir wissen alle nicht, wie in den kommenden zehn Jahren, in zehn Jahren die Verkehrssituation insgesamt aussieht. Wir stehen vor gravierenden Veränderungen in der Verkehrstechnologie, in den Technologien der Verkehrsmittel insgesamt, und aber auch in den Inanspruchnahmen der unterschiedlichen Verkehrsinfrastrukturen. Wenn wir heute bedenken, welche Möglichkeiten sich da schon aufgetan haben und welche Nutzungen da erfolgen, will ich das einfach so in den Raum stellen. Und deshalb, glaube ich, ist es außerordentlich wichtig, dafür zu sorgen, dass mit der Einstellung des Betriebes nicht gleichzeitig der Rückbau der Infrastruktur einhergeht und auf gar keinen Fall die Entwidmung, wobei die Entwidmung natürlich ein ganz anderes und separates Verfahren ist. Aber an der Stelle will ich ganz deutlich machen, dass wir großen Wert darauf legen, die Infrastruktur zu erhalten.

Und dann will ich auch noch mal auf diesen Zukunftskonvent der SPD verweisen, der ja Anfang April unterschrieben worden ist für die ostdeutschen Länder. Da ist unter anderem unter dem Punkt „Moderne Verkehrsinfrastruktur – Mobilität muss erhalten bleiben“, da ist also auch ein Punkt aufgeführt „Bahnstrecken im ländlichen Raum müssen erhalten werden“, natürlich auch immer mit dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit, und deshalb ist meine Intention und die meiner Fraktion, dass damit einhergehend nicht der Rückbau der Infrastruktur gleichgesetzt werden kann und nicht erfolgen soll.

In dem Sinne werden wir Ihre Anträge ablehnen und ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Ich fasse jetzt mal meinen Redebeitrag zu beiden vorliegenden Anträgen zusammen. Sie sind ja von der Zielrichtung, von der Inhaltstellung doch weitgehend identisch. Ich will auch nicht alles das wiederholen, was hier der Minister gesagt hat, was der Kollege Eifler eben gesagt hat.

Und, Herr Abgeordneter Kröger, die Sorge, die Sie zu Beginn geäußert haben, dass man jetzt hier – ich setze das mal ausdrücklich in Anführungszeichen, weil es ein unparlamentarischer Ausdruck ist –, dass wir „Korinthenkackerei“ wegen der Ausdrücke „ÖPNV“, „sonstiger ÖPNV“ machen, die Sorge kann ich Ihnen nehmen. Also das ist da nicht der springende Punkt. Natürlich geht es beim SPNV auch um ÖPNV im weiteren Sinne. Das ist überhaupt nicht das Thema.

Aber um auf den Antrag einzugehen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, und sowohl Herr Minister Pegel als auch Herr Eifler haben es gesagt, wir haben ein grundlegendes Problem in diesem Land. Wir haben ein begrenztes Volumen an Finanzmitteln für den SPNV/ÖPNV in diesem Land. Und da muss man ganz einfach, am Ende des Tages muss man entscheiden, wofür das Geld ausgeben wird. Ich kann die Damen und Herren, auch

die, die heute Morgen hier vorm Schloss gestanden haben, für die Südbahn noch mal demonstriert haben – ich schätze mal, es waren vielleicht 20/25 Einwohnerinnen und Einwohner aus dem Landkreis Ludwigslust-Parchim –, ich kann die in der Sache verstehen, wenn ich ihre regionale Betroffenheit sehe. Auf der anderen Seite ist es natürlich der Fall – und auch Herr Eifler hat es eben noch mal gesagt –, wenn das Geld für eine Bestellung seitens des Landes für die Südbahn ausgegeben wird, dann wird zumindest in der näheren Perspektive an einer anderen Stelle gespart werden müssen. Da soll man sich nicht vor drücken.

Und wir wissen alle – und das erlauben Sie mir an dieser Stelle dann auch noch mal zu sagen –, wir wissen alle, dass Anfang der 90er über das Allgemeine Eisenbahngesetz und die Gesetze über die Regionalisierung der Eisenbahn eigentlich klar war, die Länder übernehmen den regionalen Bahnverkehr vom Bund und auf der anderen Seite werden dafür die ausreichenden Mittel zur Verfügung gestellt.

Und dann – lassen Sie mich das an dieser Stelle auch noch mal sagen –, dann habe ich überhaupt kein Verständnis dafür, wenn sich hier namhafte Bundestagsabgeordnete, die dann auch noch zufälligerweise im Haushaltsausschuss des Bundestages sitzen, hinstellen, immer wieder die Mär verbreiten, hier im Lande würden zielgerichtet Gelder zurückgehalten, damit dort böswilligerweise nicht regionaler Nahverkehr bestellt werden könnte, also Bahnverkehr bestellt werden könnte, wohl wissend, dass der Bund anderthalb Jahre mit den Ländern – nicht alleine mit Mecklenburg-Vorpommern, sondern mit den Ländern insgesamt – im Grunde, na, ich will den Ausdruck „rechtswidrig“ jetzt, das ist vielleicht sogar noch etwas zu heftig, aber außerhalb der vorher getroffenen Absprachen anderthalb Jahre länger mit den Ländern gefeilscht hat, um jeden Cent, den er ihnen nicht geben wollte.

Dann hätte ich mir damals auch mal eine klare Aussage von Bundespolitikern gewünscht – ich will das gar nicht auf einzelne Parteien jetzt fokussieren –, die entsprechend da vielleicht auch Einfluss gehabt hätten und hätten gesagt, wir wollen dieses Gefeilsche nicht, wir wollen dieses Gezerre nicht, das, was die Bundesländer, alle 16 Bundesländer, brauchen, um in ihren Regionen Nahverkehr über den SPNV sicherzustellen, das geben wir ihnen. Das war nämlich, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Absprache, die 1990/1991 getroffen worden ist, nur bedauerlicherweise erinnert sich hier offensichtlich in Berlin niemand mehr daran.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Eifler hat ja eben schon mal darauf hingewiesen, worüber man sich im Klaren sein muss: Es sind zwei unterschiedliche Verfahren. Das eine ist ein Stilllegungsverfahren, das bedeutet natürlich tatsächlich, dass aus Sicht des Infrastrukturbetreibers dort kein Bahnverkehr mehr betrieben werden soll. Das andere wäre eine Frage der Entwidmung. Die Entwidmung, das wäre das Eigentliche, was dazu am Ende führen würde, dass hier auch zum Beispiel die Trassen abgebaut würden.

Aber ich will jetzt gar nicht so fein differenzieren. Ich will es mal an einer anderen Stelle sagen, wir reden hier über regional, möglicherweise regional bedeutsamen Schienenpersonennahverkehr. Das ist ja auch die Argumentationsweise aus dem Landkreis, in erster Linie Ludwigslust-

Parchim, ein bisschen auch aus der Mecklenburgischen Seenplatte. Und dann sage ich das an dieser Stelle auch mal ganz deutlich, das ÖPNV-Gesetz dieses Landes ermöglicht es den Landkreisen, also dem kreislichen Aufgabenträger, zu sagen, wir wollen diesen Schienenpersonennahverkehr in eigener Regie betreiben. Und dieser Forderung – sie wird ja auch, glaube ich, aus den Landkreisen durchaus von dem einen oder anderen erhoben –, dieser Forderung stehe ich ja durchaus offen und aufgeschlossen gegenüber.

Und dann sage ich das auch an dieser Stelle, wir als Land geben momentan, Herr Minister Pegel hat ja darauf hingewiesen, wir geben als Land für den Schienenpersonenersatzverkehr, der dort gefahren wird, ja durchaus namhafte Beträge jedes Jahr. Und aus meiner Sicht besteht überhaupt kein Problem, wenn eine entsprechende Übereinkommenvereinbarung zum Beispiel zwischen dem Landkreis Ludwigslust-Parchim und dem Land und der VNV geschlossen würde, zu sagen, das Geld, das wir als Land ohnehin ausgeben, nämlich dort, um den Schienenpersonenersatzverkehr zu bestellen, das geben wir euch auch gerne, wenn ihr in eigener Verantwortung dort den Bahnverkehr betreibt.

Nur, wofür ich kein Verständnis habe, und das sage ich dann auch ganz deutlich, wofür ich kein Verständnis habe, sind Forderungen, die einfach nur sagen, wir wollen. Alle wissen, in dem Moment, wo einer diese Forderung aufmacht, geht die durchs ganze Land durch, da brauche ich gar nicht nach Vorpommern zu gucken, kann ich auch in meine eigene Heimatstadt gucken. Auch da gibt es Forderungen nach mehr Schienenpersonennahverkehr. Da möchten sie gerne die Bahnstrecke zum Überseehafen, was durchaus aus meiner Sicht Sinn machen würde, wieder neu aufmachen.

(Torsten Renz, CDU: Das können Sie ja mit den Überschüssen machen in Rostock.)

Wenn wir das machen, dann werden wir unter Garantie nicht mit den Beträgen zurechtkommen, die wir in den nächsten Jahren haben, weil, auch darauf hat Herr Minister Pegel hingewiesen, das, was wir heute noch haben im Jahr 2019, wird über die folgenden Jahre weiter abschmelzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Kröger.

Jörg Kröger, AfD: Vielen Dank, meine Damen und Herren! Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Es ist bedauerlich, was wir hier zu hören gekriegt haben. Es geht hier nicht um irgendwelche Eisenbahnromantik, das möchte ich hier noch mal betonen. Es hatte ja teilweise so den Anflug, na ja, die Schiene, ist alles schön und gut, aber alles andere ist intelligenter und besser. Ich weiß nicht, ob wir uns wirklich dauerhaft solche Standpunkte leisten können und wollen. Was wir hier eigentlich erwartet hatten, wäre ein klares Bekenntnis gewesen zum Erhalt des Schienenverkehrs auf dieser Strecke, und nicht ein Bekenntnis zum Schienenersatzverkehr.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das ist bedauerlicherweise ausgeblieben. Es sind auch einige Pirouetten gedreht worden, hier insbesondere von

Herrn Eifler, in der Diskussion. Ich glaube, auch die CDU weiß, warum sie ihn hier hingeschickt haben und nicht Herrn Waldmüller, der hier vermutlich nach vorne gehört hätte.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Weil er für Verkehr zuständig ist.)

Das geht um die Regionen und gerade um die Geschichte,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

gerade um die Geschichte auch des Verhaltens auf Kreisebene und des Verhaltens auf Landesebene.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Und ich denke mal,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

wie die Geschichte im Kreistag gelaufen ist, dazu ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Kröger!

Jörg Kröger, AfD: ... werden ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Kröger!

Ich dachte, spätestens mit dem Läuten wäre klar, dass jetzt ausreichend von der Fraktion der CDU erklärt wurde, wer zuständig ist.

(Marc Reinhardt, CDU:
Wer ist denn hier zuständig?)

Jörg Kröger, AfD: Danke.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Es widerstrebt mir jetzt wirklich, am Ende hier noch

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Doch, doch!)

Ordnungsmaßnahmen,

(Jochen Schulte, SPD:
Nee, keine Hemmungen!)

Ordnungsmaßnahmen vorzusehen. Ich drohe hiermit Ordnungsmaßnahmen an, falls sich das noch mal wiederholen wird.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Schade!)

Kommentare ...

Auch „Schade!“ ist ein Kommentar. Jetzt ist es aber mal genug!

(Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU,
und Nikolaus Kramer, AfD)

Ich denke mal, auch die Bürgerinitiative hat es verdient, dass wir hier ernsthaft mit ihrem Thema umgehen und uns hier nicht an diesen Kleinigkeiten irgendwo zerrei-

ben. Ich bitte jetzt, zukünftig meine Hinweise zu beachten.

Und Herr Kröger kann bitte fortfahren.

Jörg Kröger, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Ja, gerade auch das, was Herr Eifler hier abgeliefert hatte, fand ich bemerkenswert, sage ich mal, an Pirouette, der also die Tatsachen zwischen Bestellung und Aufkündigung der Strecke völlig auf den Kopf gestellt hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich meine, welcher Betreiber fährt von sich aus weiter, wenn ihm der Dienst abbestellt wird. Also das verstehe ich jetzt gar nicht, was Sie da erwartet haben, Herr Eifler, an der Stelle. Keine Ahnung, was dieser Beitrag sollte.

Ja, ansonsten ist es natürlich so, dass Investitionen, die jahrelang, jahrzehntelang verschleppt wurden, in diese Strecke notwendig sind. Hier wurde der Betrag von 9,2 Millionen genannt. Aber es ist in diesem Sinne erst mal eine einmalige Investition, die erforderlich ist. Die kommt nicht jedes Jahr wieder, also insofern, sage ich mal, sind die 10 Millionen Kosten, die hier genannt wurden, vermutlich eher die Investitionssumme, die einmalig erforderlich ist, plus die laufenden Betriebskosten dann für das eine Jahr.

Also insofern, denke ich mal, relativiert sich das alles und wir müssen uns fragen – und ich frage auch hier noch mal, richte noch mal in den Raum die Frage –: Wollen wir uns diese Chance entgehen lassen, hier wieder eine neue Strecke stillzulegen, zu denen, die schon stillgelegt sind, die das Bahnangebot im Land allgemein schon so unattraktiv gemacht haben? Ich habe Mittel und Möglichkeiten aufgezeigt, das heißt, die Zeitfenster an den Umstiegsbahnhöfen kann man optimieren, dass man auch tatsächlich umsteigen kann, ohne dass man da eine halbe, dreiviertel Stunde warten muss auf den nächsten Zug.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das führt zu mehr Fahrgästen, automatisch, zu einer höheren Akzeptanz. Und wenn man die Sache richtig angeht und dann noch mal neu berechnet, denke ich, kommt man auch zu anderen Zahlen. Aber meine letzten Worte „Nur, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“, die treffen hier genau zu an dieser Stelle, denn ich vermag hier den Willen nicht zu erkennen. Und ohne Willen ist natürlich diese Strecke verloren, da nützt auch dieser halbherzige Appell – wir haben gestern etwas von „halbschwanger“ gehört –, nicht diese Strecke endgültig zu entwidmen, nichts, weil was solls,

(Thomas Krüger, SPD: Gehen Sie doch mal auf die Argumente des Ministers ein!)

also dann kann man auch konsequent sein und sagen, nein, klares Nein, weg damit. Aber so halbschwanger – nein, entwidmen nicht, aber Stilllegung ja –, das ist kein Standpunkt für mich.

(Thomas Krüger, SPD: Aber der Minister hat doch zu den fortlaufenden ...)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Dr. Ralph Weber, AfD: Es gibt noch
genug Redezeit.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will auf einiges eingehen, was hier gesagt wurde.

Zunächst mal, natürlich ...

Ach so, eins habe ich vergessen: Ich beantrage für unseren Antrag dann namentliche Abstimmung. Das will ich jetzt gleich am Anfang ankündigen.

Natürlich, Herr Minister, der Rufbus ist eine gute Sache. Dass der eingeführt wurde, hat ja auch mit den Menschen vor Ort zu tun. Schließlich haben die das auch gefordert. Busse erschließen die Fläche. Ich sage nicht, und das ist ja die Grundvoraussetzung auch, dass die Bahn so bleiben soll, wie sie ist. Dass sie nicht gut ist, das war ja auch der Grund, weshalb immer weniger damit gefahren sind. Natürlich muss in unserem Land der öffentliche Verkehr besser werden, aber integriert, also miteinander verzahnt, Bus und Bahn, und nicht in sogenannten Inseln bei den Aufgabenträgern, wo der Kreis, der Geld hat, eine bessere Mobilität für seine Bürgerinnen und Bürger sichern kann als einer, der keins hat, wo Kompetenzgrenzen wirkliche Grenzen sind, kaum einer über den Tellerrand guckt.

Und das erlauben Sie mir dann auch, dieser vorgelegte Integrierte Landesverkehrsplan, auf den wir ja so lange gewartet haben, der hilft da auch nicht viel weiter, weil da steht so viel Schönes drin, aber so vage – man könnte, man müsste, man sollte. Damit kommen wir nicht weiter, nicht in diese Richtung, die wir eigentlich hoffentlich alle gemeinsam wollen.

Schienspersonennahverkehr ist zumindest aus meiner Erkenntnis nicht eigenwirtschaftlich stemmbar, zumindest nicht in einem Flächenland, da ist immer ein Zuschlag nötig. Und die Hanseatische Eisenbahn ist vier Monate lang eigenwirtschaftlich gefahren, bis sie festgestellt hat, ohne Bestellung durch das Land funktioniert das halt nicht, Herr Eifler. Der Fernverkehr fährt eigenwirtschaftlich, deshalb gibt es in Mecklenburg-Vorpommern auch kaum einen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Deutschland war und ist ein Autofahrerland. Das sieht man bei uns im Land und das sieht man auch ganz besonders in den Großstädten, die jetzt also sozusagen diese Planung, die in vielen Jahren ausschließlich oder fast ausschließlich auf das Auto gerichtet worden ist, jetzt im Zuge der nötigen Verkehrswende umgestalten. Das kostet unheimlich große Investitionen, wahrscheinlich deutlich mehr, als wir brauchen, um die Südbahn wieder ordentlich fahren zu lassen.

Hier an dieser Stelle geht es um eine ländliche Region. Andere Bundesländer, auch Flächenländer, gehen seit Längerem einen anderen Weg. Die reaktivieren Regionalstrecken, die bilden Verkehrsverbünde, und die Entwicklung gibt ihnen recht, die Nutzerzahlen steigen.

Das Argument „Fahrgastzahlen“ ist ja auch gefallen. Es ist seit Anfang 2011/2012/2013 eine ganze Menge pas-

siert, auch im Nutzerverhalten. Das Umdenken der Bevölkerung, das ist in vollem Gange. Viele Menschen, vor allen Dingen auch aus den Großstädten, aus den Metropolregionen Berlin und Hamburg, viele junge Leute, Familien, die verzichten bewusst auf ein Auto, die wollen mit der Bahn fahren. Und wenn sie dann auch noch zeitnah mit dem Bus in die Fläche kommen beziehungsweise aus der Fläche zur Bahn, dann ist auch Umsteigen kein Hindernis. Allerdings, lange Wartezeiten und Bummelfahrten, immer wieder neue Tickets kaufen müssen, das macht den öffentlichen Verkehr unattraktiv und teuer. Und dann fragen sich natürlich viele, wieso soll ich ein schlechtes Angebot auch noch teuer bezahlen.

Bisher sind sämtliche Bemühungen zur Reaktivierung des Bahnbetriebs am Unwillen des Verkehrsministeriums gescheitert. Jegliche Verhandlungen scheinen zwecklos zu sein. Deshalb hatten die Kreistagsfraktionsvorsitzenden bei der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig um einen Gesprächstermin gebeten. Sie haben über ein Jahr gewartet. Das halte ich schon alleine für einen Skandal. Aber nun habe ich gehört, die Ministerpräsidentin hat ihnen geantwortet. Also ich habe dann immer noch die Hoffnung,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das ist Chefsache.)

dass sie das zur Chefsache macht

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Chefsache!)

und dass es dann vielleicht doch ein guter Einsatz für gleichwertige Lebensverhältnisse wird.

Ich sage es noch einmal, Sie horten, auch da sind Sie ja drauf gekommen, Sie horten rund eine Viertelmilliarde Euro in einem Sondervermögen. Daraus bezahlen Sie jedes Jahr 20 Millionen für die Ausbildungsverkehre. Wir haben auch darüber hier im Landtag diskutiert und wir waren alle der Meinung, wir sollten prüfen und möglichst machen, dass diese Ausbildungsverkehre nicht mehr aus den Regionalisierungsmitteln bezahlt werden. Das wären 20 Millionen, damit kämen wir schon ein ganzes Stück weiter. Das wäre ein Vorschlag. Im Bund und auch bei anderen Bundesländern, da fragt man sich mittlerweile, wieso wir mehr Geld vom Bund fordern, wenn wir uns leisten können, so viel Geld auf die hohe Kante zu legen. Und wer wenig bestellt, der bekommt auch wenig, das ist dann sozusagen eine selbsterfüllende Prophezeiung.

1 Million Euro circa für die Südbahn, das ist natürlich nicht alles. Selbstverständlich muss in die Infrastruktur investiert werden, aber das wäre ja vielleicht sogar etwas für den Strategiefonds. Vieles wird aus dem Strategiefonds finanziert, was mit Strategie nichts zu tun hat. Aber das wäre eine strategische,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

das wäre eine strategische Ausgabe.

Herr Kollege Krüger, ich bin mir ziemlich sicher, dass der nächste Doppelhaushalt,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

auch für zwei Jahre, wieder ein solches Geschenk für die Koalitionsfraktionen bereithalten wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

RegioInfra ist auch Eigentümer der Bahninfrastruktur auf der Teilstrecke der Südbahn Malchow–Waren und der Kleinseebahn zwischen Neustrelitz, Wesenberg und Mirow. Beide werden von der Hanseatischen Eisenbahngesellschaft bedient. Die stillgelegte Bahnverbindung zwischen Mirow und Wittstock ist in der sogenannten Reaktivierungsliste enthalten, die der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen im Auftrag der Bundesregierung aktuell erstellt hat. Wenn die Bahn also wieder bis ins brandenburgische Wittstock fährt, machen die Ost-West-Anbindung, die durchgehende Südbahn und die Nord-Süd-Verbindung Güstrow–Plau wieder richtig Sinn. Die Südbahn, die muss einfach weiterleben!

Zusammenfassend will ich sagen, auch noch mal bezogen auf unseren Antrag, das Allerwichtigste wäre jetzt als erster Schritt, dass ein Trassensicherungsvertrag abgeschlossen wird. Es dürfen auf dieser Strecke keine Bäume wachsen, denn wenn das einmal passiert, dann ist ohnehin alles vorbei. Und wir erwarten, dass sich die Beteiligten – und das sind für uns das Land, RegioInfra – die Landkreise Mecklenburgische Seenplatte und Ludwigslust-Parchim – an einen Tisch setzen und darüber beraten, was möglich ist und wie man zu einem Ergebnis, einem positiven Ergebnis für die Regionen kommt. Und wir brauchen ein wirklich integriertes Verkehrskonzept, Bahn, Bus, Fahrrad, Anbindung an die Zentren und den Rufbus und überhaupt den Bus, der die Fläche erschließt. Das kann doch nicht zu viel verlangt sein! Ich hoffe, Sie stimmen unserem Antrag zu.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/3442. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/3442 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktionen von AfD und Freie Wähler/BMV und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Die Doktrin ist wieder befolgt,
nie mit der AfD abstimmen.)

Wir sind in der Abstimmung.

Die Fraktion DIE LINKE hat gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3445 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzu-

geben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr den Schriftführer, die Namen aufzuzuführen.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme abzugeben wünscht? – Das scheint nicht so zu sein. Ich schließe die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 14.28 Uhr

Wiederbeginn: 14.30 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 50 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 21 Abgeordnete, mit Nein stimmten 28 Abgeordnete, ein Abgeordneter enthielt sich. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3445 abgelehnt.

Der Abgeordnete Herr de Jesus Fernandes hat darum gebeten, gemäß Paragraph 88 unserer Geschäftsordnung eine persönliche Bemerkung machen zu wollen. Bitte schön, Herr de Jesus Fernandes.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Vielen Dank.

Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Herr Eifler hat hier eine Falschaussage getätigt. Er hat gesagt, die AfD würde sich im Kreistag Ludwigslust-Parchim nicht beteiligen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das ist richtig. Das ist richtig.)

Das möchte ich zurückweisen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das ist keine Falschaussage!)

Seit 2014 – auch damals schon mit mir, mit meiner Person, und mit Dr. Alexander Kuhr – haben wir uns sehr wohl in den politischen Willensbildungsprozess dort eingebracht,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

auch speziell zum Thema Südbahn.

Ich war natürlich auch immer anwesend, es gibt ja sogar Protokolle, Herr Krüger.

(Thomas Krüger, SPD:
Anwesenheit!)

Setzen Sie hier nicht die nächsten Fake News in den Raum!

(Torsten Renz, CDU: Unsinn!)

Und ...

(Glocke der Vizepräsidentin)

Ja, also es war ein komisches Ablenkungsmanöver, natürlich wegen Herrn Waldmüller, der hier auch nicht geredet hat.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Einen Moment, Herr de Jesus Fernandes.

Ich glaube, ich muss noch mal erläutern, was Paragraph 88 „Persönliche Bemerkung“ unserer Geschäftsordnung ausagt. Es gibt lediglich die Möglichkeiten, unwahre Ausführungen, auf die eigene Person bezogen, zurückzuweisen oder eigene Ausführungen richtigzustellen. Dritte Personen dürften da nur am Rande und nur im Zuge einer Behauptung gegen Ihre Person eine Rolle spielen.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ja.

Ich weise das von mir zurück, entschieden, was von Herrn Eifler kam.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Entschieden. Jawohl!)

Und was von Herrn Krüger eben kam, war ebenfalls die nächste Falschaussage.

(Thomas Krüger, SPD:
Ich habe doch gar nichts gesagt.)

Die weise ich damit auch gleich zurück.

(Thomas Krüger, SPD:
Ich habe doch gar nichts gesagt.)

Vielen Dank.

(Holger Kliewe, CDU: Das ist gelogen.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 22. Mai, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14.32 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Holger Arppe, Dr. Till Backhaus, Sylvia Bretschneider, Lorenz Caffier, Patrick Dahlemann, Stefanie Drese, Karsten Kolbe, Torsten Koplín, Burkhard Lenz und Peter Ritter.

Namentliche Abstimmung

über den
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Regulären Bahnbetrieb auf der Strecke Parchim–Malchow
wieder aufnehmen
– Drucksache 7/3445 –

Jastimmen

CDU

Waldmüller, Wolfgang

AfD

Förster, Horst
Grimm, Christoph
Hersel, Sandro
de Jesus Fernandes, Thomas
Kramer, Nikolaus
Kröger, Jörg
Lerche, Dirk
Obereiner, Bert
Schneider, Jens-Holger
Strohschein, Jürgen
Dr. Weber, Ralph

DIE LINKE

Bernhardt, Jacqueline
Foerster, Henning
Larisch, Karen
Oldenburg, Simone
Rösler, Jeannine
Dr. Schwenke, Mignon
Dr. Weiß, Wolfgang

Freie Wähler/BMV

Weißig, Christel
Wildt, Bernhard

Neinstimmen

SPD

Albrecht, Rainer
Brodkorb, Mathias
Butzki, Andreas
da Cunha, Philipp

Dachner, Manfred
Friedriszik, Dirk
Gundlack, Tilo
Heydorn, Jörg
Krüger, Thomas
Mucha, Ralf
Pegel, Christian
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Stamer, Dirk
Tegtmeier, Martina
Wippermann, Susann

CDU

von Allwörden, Ann Christin
Berg, Christiane
Ehlers, Sebastian
Eifler, Dietmar
Friemann-Jennert, Maika
Glawe, Harry
Kliewe, Holger
Liskow, Egbert
Liskow, Franz-Robert
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Schlupp, Beate

Enthaltungen

SPD

Brade, Christian

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	50
Gültige Stimmen	50
Jastimmen	21
Neinstimmen	28
Enthaltungen	1